

Wirtschaft und Gesellschaft

Wirtschaftspolitische Zeitschrift
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

AK

AUS DEM INHALT

- | | |
|-----------------|---|
| Editorial | Innovationsförderung – das Wunder? |
| Eduard März | Schumpeters Theorie
der wirtschaftlichen Entwicklung |
| Wolfgang Pollan | Inflation
und Geldmengenvermehrung
in Österreich |
| Ewald Nowotny | Preisentwicklung, Steuerprogression
und Lohnpolitik |
| Karl Kollmann | Zur gesellschaftspolitischen
Reichweite der Verbraucherpolitik |
| | Berichte und Dokumente |
| | Bücher |

/80

6. Jahrgang
Heft 3

ORAC

	Die in „Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Arbeiterkammer Wien wieder.	
REDAKTIONSKOLLEKTIV	„Wirtschaft und Gesellschaft“ wird redaktionell von der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut. Günther Chaloupek Brigitte Ederer Irene Geldner Wilhelmine Goldmann Erich Haas Josef Hochgerner	
		Peter Kreisky Theodor Prager Nikolaus Reitzner Kathrin Svoboda Hans Wehsely
REDAKTIONELLE LEITUNG	Günther Chaloupek Erich Haas	
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR	Hans Wehsely	
REDAKTIONSBEIRAT	Helfried Bauer Paul Blau Felix Butschek Peter Fleissner Helmut Frisch Rupert Gmoser Oskar Grünwald Heinz Kienzl Fritz Klenner Herbert Krämer Thomas Lachs Ferdinand Lacina Kazimierz Laski Eduard März Egon Matzner	
		Ewald Nowotny Herbert Ostleitner Claus J. Raidl Hans Reithofer Philipp Rieger Erich Schmidt Gerhard Schwödiauer Josef Steindl Hannes Suppanz Hannes Swoboda Maria Szecsi Julian Uher Erwin Weissel Karlheinz Wolff
VERLEGER UND VERWALTUNG	Wirtschaftsverlag Dr. Anton Orac A-1010 Wien, Graben 17 Telefon 0222/52 85 52	
EIGENTÜMER HERAUSGEBER UND REDAKTION	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien A-1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 Telefon 0222/65 37 65	
DRUCK	Druck- und Verlagsanstalt Gutenberg A-2700 Wiener Neustadt, Wiener Straße 66 Telefon 0 26 22/82 61 Serie	
PREISE	Einzelnummer öS 60,— (inkl. MwSt.) Jahresabonnement öS 200,— (inkl. MwSt.) Ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement öS 100,—	
BANKVERBINDUNG	Postsparkassenkonto 1591.013	

Wirtschaft und Gesellschaft

Wirtschaftspolitische Zeitschrift
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

6. Jahrgang · Nummer 3/80

Inhalt

EDITORIAL

Innovationsförderung – das Wunder? 247

Eduard März

Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung
von Joseph A. Schumpeter in ihrer Beziehung
zum Marxschen System 253

Wolfgang Pollan

Inflation und Geldmengenvermehrung
in Österreich 271

Ewald Nowotny

Preisentwicklung, Steuerprogression
und Lohnpolitik 285

Karl Kollmann

Zur gesellschaftspolitischen Reichweite
der Verbraucherpolitik 295

BERICHTE UND DOKUMENTE

Rudolf Hickel: Alternativen zur Wirtschaftspolitik
in der BRD 305

BÜCHER

Robert Schediwy: Empirische Politik, Chancen
und Grenzen einer demokratischen Gesellschaft
(Maria Szecsi) 321

Heinz Fischer (Hrsg.): Rote Markierungen '80
(Michael Steiner) 325

Bernd Marin und Michael Wagner: Wachstumskrisen
in Österreich? (Hannes Swoboda). 330

Frank Blackaby (Hrsg.): De-Industrialization
(Ulrike Moser) 334

Lothar F. Neumann (Hrsg.): Sozialforschung
und soziale Demokratie
(Friedrich Fürstenberg) 338

**Unsere
Autoren:**

RUDOLF HICKEL ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen

KARL KOLLMANN ist Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Wien

EDUARD MÄRZ ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien

EWALD NOWOTNY ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Linz

WOLFGANG POLLAN ist Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung

EDITORIAL

Innovationsförderung – das Wunder?

Die Diskussion um Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft, insbesondere des industriell-gewerblichen Sektors, wird nicht zum ersten Mal geführt. Bereits Mitte der sechziger Jahre wurde von der „Vergreisung“ des sekundären Sektors gesprochen. Tatsächlich fand damals bereits eine gewisse Anpassung an die geänderten Nachfragebedingungen statt. Durch den nachhaltigen Aufschwung nach 1968/69 gelang es Österreich, den „technological gap“ zu den führenden Industriestaaten nicht zuletzt infolge der Niederlassung zahlloser Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne zu überwinden. Die Produktionsstruktur der heimischen Unternehmen war im wesentlichen von traditionellen Gütern dominiert. Trotzdem gelang es den Unternehmen des industriell-gewerblichen Sektors, eine bis dahin nie dagewesene Expansion zu erzielen. Dabei spielte sicherlich auch die Anfang der siebziger Jahre bestehende Aufteilung des Welt-handelssystems in einzelne Blöcke eine positive Rolle.

Aufgrund der – international gesehen – relativ geringen Anstrengungen in Forschung und Entwicklung sowie der fehlenden Risikobereitschaft in allen Bereichen (Unternehmen, Kreditapparat) fielen aber sowohl die österreichischen wie auch die in Österreich ansässigen ausländischen Unternehmen mit weiterer technologischer Entwicklung wieder relativ zurück. Bei den Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne spielte darüber hinaus die Konzernpolitik eine entscheidende Rolle. Das gilt in erster Linie für neue technologische Schwerpunkte wie die Mikroelektronik.

Mit den seit etwa 1973 einsetzenden Änderungen der für Österreich relevanten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie dem Zollabbau gegenüber der EG, der Verlagerung von Produktionen aus den industrialisierten Staaten in Niedriglohnländer, erwies sich die heimische Produktionsstruktur vor allem, was know how-intensive Erzeugnisse betraf, als weniger wettbewerbsfähig. Letztlich wirkten sich die Veränderungen der Preisrelationen für Rohstoffe („Erdöl-schock“), die damit verbundene Verschlechterung der terms of trade, negativ aus.

Mitte der siebziger Jahre wurde Österreichs Abhängigkeit von Lizenzen immer deutlicher. Diese betraf auch jene Unternehmen, die in österreichischem Eigentum standen. Aber auch im Bereich der direkt und indirekt verstaatlichten

Industrie wurde die Notwendigkeit von Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen oft unterschätzt. Der Schwerpunkt der Suche nach technologischen Neuerungen lag weiterhin auf dem Gebiet der traditionellen Produkte. Wenn die Statistiken ein deutliches Plus der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen gegenüber den Erhebungen zu Beginn der siebziger Jahre aufweisen, so dürfte dies auf ein Mißverhältnis zwischen Einsatz und Ergebnis hindeuten. Das heißt, die Auswirkung der Forschungs- und Entwicklungsergebnisse auf die strukturelle Verbesserung des Produktions- und Leistungsangebots der inländischen Unternehmen dürfte zu gering gewesen sein, um etwa die Importsubstitution nachhaltig zu begünstigen.

Mit der Feststellung der strukturellen Schwächen kam der Ruf nach neuen („intelligenten“) Produkten, mehr Forschung und Entwicklung in den Unternehmen und Förderung der Innovation. Als „intelligente“ Produkte werden jene Sachgüter bezeichnet, die aufgrund ihres technologischen Niveaus befähigt sind, über einen gewissen Zeitraum hin ihre Wettbewerbsfähigkeit aufgrund monopolartiger Stellung zu behaupten und die nicht unmittelbar imitiert werden können. Schwieriger ist die Eingrenzung der Innovation geworden, worunter hier die Umsetzung von neuen Forschungs- und Entwicklungserkenntnissen in neue Produkte und Verfahren verstanden wird.

Durch den technologischen Wandel hat sich der Entwicklungsprozeß von Produkten und Verfahren in vielen Unternehmen gravierend verändert. Zwar war auch früher die Überleitung von neuen Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Fertigung mit Risiken verbunden. Die finanziellen Anstrengungen in dieser Phase dürften aber relativ gering gewesen sein. Heute ist der finanzielle Aufwand auch für mittlere und große Unternehmen aufgrund der längerfristigen geringeren Ertragserwartungen zu riskant geworden. Es kann daher, falls man der Auffassung ist, daß der strukturelle Wandel des industriell-gewerblichen Sektors beschleunigt werden soll, keine Frage sein, daß der Innovationspolitik ein stärkeres Augenmerk zugewendet werden muß als der strukturkonservierenden Investitionsförderung. Die zwischen 1967 und 1974 stark ausgeweitete steuerliche Investitionsförderung beeinträchtigt jedenfalls den Druck auf die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren. Vielmehr wird die betriebliche Expansion in traditionellen Bereichen extrem gefördert.

Rückblickend stellt sich die Frage, inwieweit das vorhandene Instrumentarium der Förderung von Forschung und Entwicklung bzw. der Innovationsphase den Notwendigkeiten der strukturellen Anpassung gerecht wurde. Quantitativ

wurde die Förderung auf Bundes- und Landesebene ausgeweitet. Neben der seit 1975 enorm gesteigerten Dotation der Bundesmittel zur Unterstützung der gewerblichen Forschung (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) wurden in mehreren Bundesländern (z. B. Salzburg, Vorarlberg und Wien) neue Förderungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung eröffnet. Die vorhandenen Instrumente haben sich recht und schlecht in die Notwendigkeit der Förderung der Fertigungsüberleitung angepaßt. Da die Fertigungsüberleitung ein Vielfaches jener Mittel beansprucht, die für die eigentliche Forschung und Entwicklung aufgewendet werden müssen, bedeutet die Unterstützung der Innovation eine Einschränkung des finanziellen Rahmens für Projekte der herkömmlichen Forschungsförderung.

Allen Förderungseinrichtungen ist gemein, daß die Kriterien der Förderungswürdigkeit seit ihrem Bestehen nie grundlegend überdacht wurden. Gerade die Förderungswürdigkeit von Forschungs- und Entwicklungsprojekten wie Innovation müßte aber aufgrund der knappen finanziellen Ressourcen neu gefaßt werden. Die Definition der technologischen Ziele sollte über die Schlagwörter „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur“ und „Humanisierung der Arbeit“ hinausgehen.

Aufgrund der Situation der österreichischen Industrie wird diese nur mit einer offensiven Strukturpolitik auch in Zukunft in der Lage sein, ihre internationale Stellung zu behaupten. „Industriepessimismus“ ist angesichts der Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten der Industriestaaten nicht angebracht. Auch dann nicht, wenn die Bewältigung des Strukturwandels große Probleme bringt, wie etwa das Abtreten von Technologien an weniger entwickelten Staaten. Bei der Festlegung von Schwerpunkten der Innovationsförderung müßte jenen Projekten der Vorzug gegeben werden, die die vorhandene Qualifikationsstruktur Österreichs nutzen und damit längerfristig einen Ausgleich zur relativen Armut an Rohstoffen und Energie schaffen. Die Produkt- und Verfahrensstruktur müßte sich daher zu arbeitsintensiven weiterverarbeitenden und know-how-intensiven Technologien hin entwickeln. Eine Voraussetzung ist u. a. der „Einkauf“ sogenannter Basistechnologien und deren technische Weiterentwicklung. Beispiele dafür sind der Einsatz von Mikroprozessoren in der Meß- und Regeltechnik, im Anlagenbau, die Entwicklung energiesparender Motoren. Weitere Schwerpunkte wären die Umwelttechnologie, sowie die Prüfung der Einsatzmöglichkeiten alternativer Technologien.

Das Erfordernis von Schwerpunktsetzungen bedeutet eine Grobbestimmung des möglichen technologischen Wandels, der nicht nur den Kapitalstock der Unternehmen, sondern

noch viel mehr das vorhandene „Humankapital“ betrifft. Ein Technologiekonzept kann daher neben dem Ausloten chancenreicher Produktionen auch die Anpassung der notwendigen Qualifikationen an neue Strukturen erleichtern. Für die Arbeiter und Angestellten bleibt selbst nach der Überwindung der Innovationsphase im Unternehmen noch immer das Problem der Bewältigung der Mobilitätsanforderungen in den Bereichen Ausbildung, Weiterbildung und Überwindung räumlicher Distanzen.

Die Überwindung der aufgezeigten strukturellen Schwächen des sekundären Sektors setzt (a) noch stärkere Anstrengungen der Unternehmen selbst sowie (b) eine Änderung der Förderungsphilosophie auf seiten der Wirtschaft voraus. Unzweifelhaft muß auch in der Zukunft den Unternehmen die Möglichkeit der Selbstfinanzierung gegeben werden, doch erscheint die von der Industrie vertretene Auffassung der rigorosen Erweiterung der steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung in die Irre zu gehen. Die bereits erwähnten veränderten wirtschaftlichen Bedingungen bieten den Unternehmen kaum eine ausreichende Chance der Selbstfinanzierung. Vielmehr sollte endlich erkannt werden, daß der entscheidende finanzielle Mangel in der Innovationsphase, das Finanzierungsrisiko der Überleitung des Forschungs- und Entwicklungsergebnisses in ein neues Produkt oder Verfahren ist. Mit der Abdeckung bzw. Milderung dieses Risikos könnte für viele Unternehmen der Anreiz geboten werden, Forschungsergebnisse der Universitäten in Österreich zu verwerten. Derzeit werden viele dieser Ergebnisse im Ausland umgesetzt und unter Umständen als Fertigprodukte importiert, oft liegen zukunftssträchtige Ergebnisse, da die Verwertung nicht primär Aufgabe der Universitäten ist, brach.

Da das Risiko der Unternehmen im Rahmen der Fertigungsüberleitung weniger ein technisches als vielmehr ein Finanzierungsrisiko darstellt, müßte in erster Linie ein Kreditrahmen für derartige Vorhaben zur Verfügung gestellt werden. Dieser müßte im Rahmen der Offenmarktpolitik der Österreichischen Nationalbank erfolgen und das Kreditkostenniveau unterhalb der Bankrate fixieren. Um ein weiteres durch das Verhalten des Kreditapparates entstehendes Innovationshemmnis von vornherein auszuschalten, sollte dem Kreditnehmer eine Haftung in der Kredithöhe durch den Bund gewährt werden.

Die dargestellte Konstruktion bedarf keiner zusätzlichen bürokratischen Apparate, sondern ist im Rahmen der bestehenden öffentlichen Förderungseinrichtungen (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, Finanzierungsgarantiegesellschaft) sowie der im Kreditapparat mit

der Finanzierung strukturverändernder Investitionen befaßten Institute abwickelbar. Bei der Festlegung von Kredit- und Haftungsrahmen sollte das Ausmaß der laufenden Fertigungsüberleitungsprojekte berücksichtigt werden. Jedenfalls müßten aber die Kreditwerber einen ausreichenden Eigenmittelanteil bereitstellen.

Mit einer förderungstechnischen Abdeckung der Innovationsphase könnte die in den letzten zwei Jahrzehnten größer gewordene Lücke zwischen ursprünglicher Forschungsförderung und Investitions- bzw. Exportförderung überbrückt werden.

Kaum zu bewältigen sind die ausstehenden Probleme mit einer steuerlichen Prämie (Zuschuß) auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Diese erfordern einen beträchtlichen Kontrollapparat, da etwa die Abgrenzung von Forschungs- und Entwicklungspersonal zu jenem der Produktpflege oder Qualitätskontrolle nur sehr schwer möglich ist. Außerdem wird dadurch der oft bürokratische Forschungs- und Entwicklungsapparat großer Unternehmen stärker gefördert als der kleiner und mittlerer Unternehmen ohne Kontrolle der tatsächlichen Effizienz.

Der im Entwurf für ein Abgabenänderungsgesetz 1980 vorgesehenen 5-Prozent-Prämie für „aktivierungspflichtige Aufwendungen zur Entwicklung, Verbesserung oder Sicherung volkswirtschaftlich wertvoller Erfindungen“ haftet die weiter oben erwähnte Schwäche ebenfalls an. Da sie aber im wesentlichen auf Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften zielt, besteht neben anderen steuerlichen Umgehungsmöglichkeiten die Gefahr, daß so geförderte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse nicht in Österreich verwertet werden.

Ein Anreiz zur Forcierung der Eigenentwicklung im Unternehmen wäre in der Form möglich, daß die Hereinnahme von Lizenzen nach einer bestimmten Frist nicht voll als Betriebsausgabe geltend gemacht werden kann. Dabei müßte sichergestellt werden, daß den Lizenznehmern ihre Aufwendungen aus einem solchen Vertrag nicht in den ersten Jahren der Laufzeit abgegolten werden. Durch eine solche Regelung könnte die Weiterentwicklung von Basislizenzen attraktiver werden.

Neugestaltung und Ausbau der Förderung von Innovationen sind sicherlich nicht der Stein der Weisen, der von heute auf morgen dazu beiträgt, den strukturellen Wandel des industriell-gewerblichen Sektors Österreichs zu bewältigen. Dazu gehört auch die Anpassung der Unternehmensorganisationen an geänderte Bedingungen, vor allem durch bessere Zusammenarbeit mit den Universitäten. Hier geht es in erster Linie darum, den Bedarf der Unternehmen zu artikulieren

und eine größere Bereitschaft zu entwickeln. Ergebnisse der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Universitäten zu übernehmen. Darüber hinaus müßte auch die oft feindliche Haltung des Managements bei der Übernahme des Innovationsrisikos und das bestehende Vertrauen in traditionelle Produktionen abgebaut werden.

Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung von Joseph A. Schumpeter in ihrer Beziehung zum Marxschen System*)

Eduard März

Der Österreicher Joseph A. Schumpeter nimmt einen besonderen Platz in der nationalökonomischen Literatur der jüngsten Vergangenheit ein. Denn sein Werk ist, ähnlich dem zweier anderer großer Ökonomen dieses Jahrhunderts – nämlich Böhm-Bawerks und John Maynard Keynes' –, durch eine bemerkenswerte innere Geschlossenheit gekennzeichnet. Aber darüber hinaus enthält es neben den ökonomischen auch soziologische, historische und politologische Elemente, etwa in der Manier der beiden Deutschen Max Weber und Werner Sombart und des Amerikaners Thorstein Veblen. Von den zuletzt genannten Autoren unterscheidet sich Schumpeter jedoch dadurch, daß er ein ökonomischer Theoretiker allerersten Ranges ist. In der Tat, man muß auf die Klassiker und auf Karl Marx zurückgreifen, um ein theoretisches System von einem ähnlich universellen Charakter zu finden, bei welchem die „reine Ökonomie“ im Vordergrund steht. Und so ist es nur logisch, bei einer Würdigung von Schumpeter auch auf dessen Affinität mit Karl Marx einzugehen.

Ich möchte hier Schumpeters Werk als eine Einheit besprechen, also nur auf den entwickeltsten und reifsten Stand seiner Theorien eingehen. Dieser kommt natürlicherweise vor allem in seinen Spätwerken, insbesondere in den Büchern *Business Cycles* und *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* zum Ausdruck. Aber selbst wenn Schumpeter diese niemals geschrieben hätte, würde er doch, wie ich glaube, zu den originellsten Autoren dieses Jahrhunderts zählen, denn sein Frühwerk *Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, das er noch vor der

*) Aus Anlaß des dreißigsten Todestages des großen austro-amerikanischen Ökonomen bringen wir hier die modifizierte Fassung eines vor mehreren Jahren verfaßten Aufsatzes.

Vollendung des 30. Lebensjahres abschließt, stellt eine weitgehende Vorwegnahme seines reifen Lebenswerkes dar. Auch in diesem Punkt ist eine verblüffende Parallelität zu Karl Marx gegeben, denn auch dieser ist mit dem Rohbau seiner ökonomischen und soziologischen Theorien schon in der dritten Lebensdekade fertig. Schumpeter hat einmal diese Schaffensperiode ein „age of sacred fertility“ genannt.

Wie Marx möchte Schumpeter dem Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung schlechthin auf die Spur kommen. Und er glaubt, ähnlich wie jener, daß dieses Gesetz, oder besser dieses Bündel von Gesetzen, vor allem in der Sphäre der Ökonomie beheimatet ist. Die letzte Ursache der gesellschaftlichen Entwicklung ist in den sporadisch auftretenden – von schöpferischen Individuen bewirkten – Änderungen der „produktiven Kombinationen“, oder in Marxscher Terminologie, der „Produktivkräfte“ zu suchen¹. Diese führen früher oder später auch zu institutionellen Anpassungserscheinungen, aus denen eine qualitativ neue gesellschaftliche Gesamtstruktur erwächst.

Der Akzent in der Schumpeterschen Entwicklungstheorie liegt auf dem sporadischen Hervortreten des Neuerers in der Geschichte. Er unterscheidet so völlig folgerichtig nur zwischen zwei großen gesellschaftlichen Formationen, nämlich zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wie er in seinem brillant formulierten Essay in der Encyclopedia Britannica aus dem Jahre 1955 darlegt, sind Antike und Mittelalter nur als primitive Vorstufen des modernen Kapitalismus aufzufassen². Erst in dem Zeitpunkt, da an die Stelle des schöpferischen Wirtes oder Unternehmers ein – nach modernen betriebswirtschaftlichen Methoden arbeitendes – Team von manageriellen Spezialisten tritt, schlägt die Geburtsstunde einer vom Kapitalismus deutlich unterscheidbaren gesellschaftlichen Formation.

Läßt man die allerjüngste Entwicklungsetappe der industriellen Gesellschaft außer Betracht, so ist, Schumpeter zufolge, der *individuelle* Hang zur Neuerung auf jeder Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung zu finden³. Neuerung ist, seiner Ansicht nach, ein dem Wirtschaftsleben inhärenter Wesenszug. Marx (und die von ihm begründete Schule des „Historischen Materialismus“) hält hingegen diesen „Wesenszug“ für keine allgemeine, sondern eine historische Kategorie. Es ist natürlich richtig, daß dem Menschen in allen gesellschaftlichen Formationen die Aufgabe der Bändigung der Naturkräfte gestellt ist. Aber in den der kapitalistischen Ära vorangegangenen Geschichtsepochen begründet die Bewältigung dieser Aufgabe keinen gesellschaftlichen Führungsanspruch. Dieser muß unter dem Feudalismus oder in dem uns geschichtlich näherliegenden „aufgeklärten“ Fürstenstaaten mit Methoden völlig anderer Art durchgesetzt werden.

Worin unterscheiden sich nach Schumpeter die primitiven Vorstufen des Kapitalismus von der ausgebildeten Form dieses Systems? Unser Autor sieht die „differentia specifica“ in dem neuzeitlichen Kreditwesen. Erst mit der Einführung von Institutionen, die der „Produktion“ von Finanzierungsmitteln sozusagen gewerbemäßig obliegen, vollzieht sich der Übergang zu einer höheren Stufe des Kapitalismus, deren

wesentliches Merkmal die ständige – wenn auch diskontinuierlich auftretende – Revolutionierung der Produktivkräfte ist⁴.

Wir wollen im folgenden auf den von Schumpeter beschriebenen Entwicklungsmechanismus einer hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaft näher eingehen.

Nach Schumpeter ist der einzige Entgelt, den der Kreislauf-Wirt für seine Bemühungen erhält, der Unternehmerlohn. Alle anderen aus dem Produktionsprozeß resultierenden Einkommen fließen den originären Produktionsfaktoren, nämlich Arbeit und Boden, zu. Oder anders ausgedrückt, in der stationären Wirtschaft ist keine Voraussetzung für die Bildung von Unternehmergewinnen gegeben. Und auf diese Weise sind auch Sparkapital, Zins und produktiver Kredit vom Standpunkt der stationären Wirtschaft wesensfremde Erscheinungen. Die Abstraktion von der Wirklichkeit geht also beim Schumpeterschen Modell viel weiter als beim neo-klassischen oder Marxschen.

In Anlehnung an die Tradition, die bereits von der klassischen Nationalökonomie begründet wurde, beginnt Schumpeter mit einer Analyse der stationären Wirtschaft. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint Schumpeters Definition vom wirtschaftlichen Kreislauf mit der neoklassischen oder Marxschen Schule identisch. Der Wert der Produktionsfaktoren ist nur eine andere Ausdrucksweise für das Einkommen der Klassen, die an dem Produktionsprozeß in der einen oder anderen Form beteiligt sind. Und dieses Einkommen gleicht den Preisen der Konsumgüter, die das schließliche Ergebnis dieses Prozesses sind. Auf diese Weise können die Märkte restlos geräumt werden und mit Hilfe der Erlöse, die aus der Zirkulation in die Produktion zurückfließen, kann der Kreislauf in eine neue Lebensphase eintreten.

Im stationären Zustand verändern sich weder die Mengen noch die Preise der erzeugten Waren. Die Bedürfnisse der Menschen und die Qualität der angebotenen Erzeugnisse sind keinem wie immer gearteten Wandel unterworfen. Von dem, was die Quintessenz des kapitalistischen Systems zu sein scheint, nämlich vom Trieb zur Neugestaltung der Produktion, wird in diesem gedanklichen Modell völlig abstrahiert. Freilich arbeitet auch Marx – und im übrigen auch die Vertreter der neo-klassischen Schule – mit einem auf denselben vereinfachenden Annahmen beruhenden Reproduktionsschema. Die Abkehr Schumpeters von den Traditionen des 19. Jahrhunderts ist in einem anderen Punkt zu suchen.

Der Unternehmergewinn oder Profit ist für Schumpeter eine rein dynamische Kategorie. Er fällt nur jenen Produzenten zu, die die Überwindung des stationären Zustandes durch die Einführung neuer produktiver Kombinationen anstreben. Mit der Übernahme dieser den Kreislauf dynamisierenden Rolle verwandelt sich der Wirt in einen Unternehmer, dessen wichtigste Funktion Schumpeter mit dem prägnanten Wort „schöpferische Zerstörung“ umschreibt. Der qualitative Sprung aus der statischen in die dynamische Wirtschaft resultiert aus dem Auftreten des Unternehmers und der von ihm angebahnten

Neuerungen in Bereichen der Produktionstechnik, Produktdifferenzierung, Vermarktung usw.⁵.

Wie kommt, Schumpeters Ansicht zufolge, der Profit zustande? Mit Hilfe der Neuerung versteht es der Unternehmer, sich gegenüber der großen Zahl von traditionalistisch orientierten Kreislauf-Wirten einen – gewöhnlich temporären – Kostenvorteil zu verschaffen. Solange sein individueller Kostenpreis *unter* dem Marktpreis bleibt, fließt ihm aus seiner unternehmerischen Tätigkeit ein Mehrwert zu. Aber dieser Vorteil, der ihm aus der neuartigen Anwendung der Produktionsfaktoren erwächst, wird früher oder später von zwei Seiten her ausgehöhlt: Erstens finden sich sehr bald Nachahmer, wodurch es zu einem Preisdruck auf den Märkten kommt; und zweitens müssen auch, infolge der vermehrten Nachfrage nach den Produktionsfaktoren, die Produktionskosten der neuen Güter steigen. Schumpeters Profit- und Zins-theorie ist, wie wir später noch sehen werden, keineswegs neu. Neu daran ist bloß der Ausschließlichkeitsanspruch, der gegenüber jeder anderen der herkömmlichen Zinstheorien angemeldet wird. Weder die Erklärung der „Ausbeutung“ der menschlichen Arbeitskraft, noch die des Wertagios, das der gegenwärtigen Kaufkraft gegenüber der zukünftigen zukommt, finden vor seinen Augen Gnade⁶. Die Beständigkeit des Zinsphänomens im Angesicht der zugegebenermaßen sporadisch auftretenden Neuerungen führt Schumpeter auf das – im aufsteigenden Ast der Konjunktur – „scharenweise“ Auftreten neuer Kombinationen zurück. Die Phasen mehr oder minder intensiver innovatorischer Unternehmertätigkeit finden nicht zuletzt auch in den Schwankungen der Profitrate und des Zinsfußes ihren Niederschlag.

Mit dem Schumpeterschen Begriff vom Unternehmergewinn verbindet sich auch ein besonderer Begriff des Kapitals und des Kapitalzinses. Für Schumpeter ist Kapital nichts weiter als ein Fonds von Kaufkraft, der den Unternehmer befähigt, Produktionsfaktoren aus alten Verwendungsbereichen abzu ziehen, um sie auf produktivere Weise einsetzen zu können. Eine bestimmte Summe Geldes setzt so den jeweiligen glücklichen Besitzer in die Lage, ein temporäres Herrschaftsverhältnis über Menschen und Sachen zu begründen⁷. Da es in der stationären Wirtschaft keine Sparbildung gibt – alle Träger des Prozesses verwenden ihr Einkommen restlos auf die Anschaffung von Konsumgütern –, erhebt sich die Frage, woher ein zusätzlicher Fonds von Kaufkraft kommt, der die Einschlagung neuer Produktionswege ermöglicht. Schumpeters Antwort ist die, daß die Kommerzbanken den Investitionskredit aus dem *Nichts* hervorbringen⁸. Er polemisiert dabei gegen Fullarton und gegen die anderen Vertreter einer engen „Banking-Theory“. Das Kreditschöpfungstheorem ist natürlich ein Herzstück der Schumpeterschen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben bereits früher erwähnt, daß dieser dem Aufkommen eines leistungsfähigen Kreditwesens einen zentralen Platz in der Genesis des modernen Kapitalismus zuweist.

Die Banken verhelfen so dem Unternehmer zum Besitz zusätzlicher Geldmittel, denen kein komplementäres Güterangebot gegenübersteht.

Die Folge davon ist ein inflationärer Prozeß, der die Kaufkraft der zirkulierenden Geldeinheiten komprimiert und damit das Eindringen des Unternehmers in den Produktionsprozeß ermöglicht. Dem Begriff des freiwilligen Sparens, dem Schumpeter keinen logischen Platz in seinem System einräumt, stellt er den Begriff des „erzwungenen Sparens“ gegenüber, der die mit Hilfe der Kreditschöpfung eingeleitete „Enteignungsaktion“ der Kreislauf-Wirte umschreiben soll.

Es ist nun klar, aus welchen Mitteln der Unternehmer das entliehene Kapital plus einem angemessenen Bankzins an sein Kreditinstitut zurückerstatten kann. Hat sich die neue Kombination der Produktionsfaktoren als erfolgreich erwiesen, so erhält dieser nach Abschluß des Realisierungs- oder Vermarktungsprozesses das vorgeschossene Kapital plus einem mehr oder minder hohen Mehrwert zurück. Der Bankzins ist so ein abgespaltener Teil des aus der Zirkulation entstammenden Mehrwerts.

Wir haben früher erwähnt, daß im Schumpeterschen Modell Neuerungen „scharenweise“ aufzutreten pflegen. Schumpeter führt dieses sonderbare Phänomen im wesentlichen auf zwei Erscheinungen zurück: Erstens auf die große Zahl von Nachahmern, die sich an die Fersen eines erfolgreichen Unternehmers heftet; und zweitens auf die wachsende Bereitschaft der Öffentlichkeit, Neuerungen aufzunehmen, nachdem sich die ersten großen Pionierleistungen durchgesetzt haben. Die ruckartigen Veränderungen eines früher stationären Zustandes führen dann zu konjunkturellen Auftriebserscheinungen, die erst nach längerer Zeit von einer Gegenbewegung abgelöst werden. Die wirtschaftliche Entwicklung unter kapitalistischem Vorzeichen verläuft so in der Form konjunktureller Wellenbewegungen.

Schumpeter hat den Konjunkturzyklus immer als „Juglar-Zyklus“ bezeichnet, um damit den französischen Autor zu ehren, der – seiner Ansicht nach – als erster dieses Phänomen beschrieben hat. Wir wollen hier nur kurz vermerken, daß es eher am Platz wäre, dem konjunkturellen Kreislauf den Namen Marx-Zyklus zu geben, da dieser schon sehr früh den zyklischen Charakter des kapitalistischen Produktionsprozesses erkannt hat. So heißt es bereit im Kommunistischen Manifest:

„Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen⁹.“

Was bewirkt – Schumpeter zufolge – die konjunkturelle Gezeitenbewegung? Wir haben bereits erwähnt, daß die stoßartig einsetzende Neuerungsstufe von einer Steigerung der Preise begleitet ist. In der von den primären Neuerungen getragenen konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommt es dann zu den bekannten Erscheinungen der Hochkonjunktur, auf welche hier nicht näher eingegangen werden muß.

Die Phase der Prosperität enthält jedoch die Keime ihrer eigenen

Zerstörung. Wir erinnern uns, daß die Preiserhöhungen von den gestörten Gleichgewichtsbedingungen auf den Märkten ausgelöst wurden, auf denen der vermehrten Nachfrage nach Produktionsmitteln kein entsprechendes Warenkomplement gegenüberstand. Mit dem Wirksamwerden der neuen produktiven Kombinationen vermehrt sich das Warenangebot. Die Knappheit an Gütern wird nun von einer teilweisen Übersättigung der Märkte abgelöst. Damit beginnen auch die Preise eine sinkende Tendenz aufzuweisen. Die aufeinanderfolgenden Phasen der Inflation und Deflation sind nach Schumpeter konstitutive Bestandteile des Entwicklungsprozesses. Da sie im übrigen den logischen Ansätzen seines Modells Genüge tun, erscheinen sie unserem Autor als die empirische Probe auf das theoretische Exempel.

Das Umschlagen der Prosperität in die Rezession führt Schumpeter im wesentlichen auf zwei Ursachen zurück: auf das Versiegen der innovatorischen Tätigkeit und auf das im Laufe der Prosperitätsphase zunehmende Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Wirtschaftssphären. Von diesem Standpunkt betrachtet, ist die nun anhebende Phase der Rezession ein natürlicher Reinigungsprozeß, dem die vielen lebensunfähigen Gründungen der Prosperitätsphase zum Opfer fallen. Schumpeter stellt sich damit im Gegensatz zu Marx und im übrigen auch zu Keynes, die in der Phase der konjunkturellen Rückbildung ein Krankheitssymptom unserer Wirtschaftsordnung erblicken¹⁰.

Man dürfte Schumpeter nicht Unrecht tun, wenn man seine Konjunkturtheorie als eine Variante der zu Beginn dieses Jahrhunderts in Mode stehenden Disproportionalitätstheorie betrachtet. Der wichtigste Vertreter dieser Theorie war der Russe Tugan-Baranowsky, der im Jahre 1901 seine „Geschichte der englischen Handelskrisen“ veröffentlichte, in der ein von Marx im *Kapital* behandeltes Theorem in den Rang einer vollblütigen Theorie erhoben wird. Tugan hat nicht nur Schumpeter, sondern auch Rudolf Hilferding, Otto Bauer und viele andere sozialistische Denker in dieser Richtung beeinflusst. Der Juglar-Zyklus umfaßt einen Zeitraum von sieben bis zehn Jahren. Aber Schumpeter schließt in seine Betrachtungen auch den längerfristigen Kondratieff-Zyklus und darüber hinaus die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen sozialen Epoche ein. Wir kommen so zu der für die heutige Generation so hochaktuellen Frage nach dem Mechanismus des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsform, der Schumpeter in seinem Werk *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* breiten Raum einräumt. Aber bevor wir ein Gebiet betreten, in dem sich ökonomische, soziologische und historische Aspekte miteinander vermengen, wollen wir einen kurzen kritischen Blick auf die „*oeconomia pura*“ des Schumpeterschen Modells werfen.

Wir haben bereits früher vermerkt, daß – Schumpeter zufolge – der Eintritt des Unternehmers in den statischen Kreislauf die letzte Ursache des wirtschaftlichen Fortschritts ist. Es geht dabei, wie besonders hervorgehoben werden muß, nicht um die myriadenhaft auftretenden kontinuierlichen Veränderungen des Produktionsprozesses, sondern um sprunghafte qualitative Umbildungen der Produktionsweise von

dem Typ Postkutsche – Eisenbahn, herkömmliche elektrische Energie – Atomenergie. Die Motivation für die unternehmerische Tätigkeit ist der Unternehmergewinn, der – wie wir bereits wissen – aus der Differenz zwischen dem auf den statischen Märkten geltenden Marktpreis und dem individuellen Kostenpreis entspringt.

Die systematische, profitorientierte, unternehmerische Tätigkeit ist jedoch nicht, wie Schumpeter glaubt, eine allgemeine menschliche Kategorie, sondern eine auf einen relativ kurzen historischen Abschnitt beschränkte gesellschaftliche Erscheinung. Sie tritt erst spät in der Geschichte auf, in den Städten West- und Mitteleuropas gegen Ende der Feudalzeit, und dürfte gegen Ende dieses und zu Beginn des nächsten Jahrhunderts allmählich verschwinden. Aber dieser Punkt, den wir schon früher berührt haben, ist nur eine Art von „Sesam öffne dich“ zum ökonomischen Modell Schumpeters.

Vom Standpunkt der „reinen“ Theorie ist der Schwerpunkt des Schumpeterschen Systems die dynamische Zinstheorie. Hier befindet sich die eigentliche Wasserscheide gegenüber dem neoklassischen und dem Marxschen Modell. Im statischen Kreislauf gibt es – Schumpeter zufolge – keinen Unternehmergewinn. Der Unternehmer muß sich hier mit dem Unternehmerlohn begnügen, während das restliche Einkommen unter den originären Produktionsfaktoren, Arbeit und Boden, verteilt wird. In seiner berühmten Polemik gegen Böhm-Bawerk hat Schumpeter der Wertagio-Theorie einen, wie wir glauben, tödlichen Schlag versetzt. Während diese das Zinsphänomen von der relativ hohen Wertschätzung gegenwärtiger Güter gegenüber zukünftigen Gütern ableitet, kehrt Schumpeter den Kausalzusammenhang um und erklärt das Phänomen des Wertagios aus der Existenz des Kapitalzinses. Der Exploitationstheorie von Karl Marx glaubt Schumpeter den Boden zu entziehen, indem er ihre Grundlage, die Arbeitswerttheorie, angreift. Da er sich dabei die wichtigsten Argumente der Grenznutzenschule zu eigen macht, müssen wir seine Kritik nicht im einzelnen wiedergeben.

Schumpeter hat insbesondere in seinen *Business Cycles* den harten empirischen Kern seines Modells zu demonstrieren versucht. Aber es scheint uns, daß die Marxsche Zinstheorie den Test der Empirie weit besser zu bestehen vermag als die Schumpetersche. Wir wissen, daß gemäß Schumpeter der Inhalt der unternehmerischen Neuerung die sporadisch auftretende, qualitative Veränderung der Produktionsweise vom Typ Postkutsche-Eisenbahn ist. Die routinemäßige Bewältigung der durch das Schema der einfachen Reproduktion reflektierten Aufgaben, das heißt die mühselige kontinuierliche Kleinarbeit, die für die Arbeitswelt des durchschnittlichen Unternehmers die Regel ist, hat er dem Kreislauf-Wirt zugewiesen, dessen Bemühungen mit dem Unternehmerlohn abgegolten werden.

Schon der Deutsch-Amerikaner Fritz Redlich hat den Einwand erhoben, daß beim Schumpeterschen Modell die Leistung des großen Heeres der Nachahmer nicht gebührend gewürdigt wird, die zur Verbreitung einer neuen Produktionsweise kaum weniger beitragen als der Pionier und Neuerer¹¹. Man muß weitergehen und dem Träger der

kontinuierlichen Kleinarbeit, die sich auf die Erfindung, Verbesserung und kaufmännische Verwertung der Unzahl von Produkten des täglichen Lebens erstreckt, die wirklich entscheidende Rolle im Produktionsprozeß zuerkennen. Man denke z. B. an die chemische Industrie, deren weitreichendes Spektrum von Erzeugnissen selbst für den Fachmann kaum noch überschaubar ist. Revolutionäre Neuerungen mögen für den längerfristigen Kondratieff-Zyklus maßgebend sein, wie die Erfindung der Eisenbahnen im 19. Jahrhundert und die Einführung der elektrischen Energie und des Automobils in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, aber sie erklären nicht das mehr prosaische Geschehen in jenen Zeitläuften, in denen die großen Neuerungen keine dominierende Rolle spielen.

Es ist das große Verdienst der Marxschen Exploitations- und Zins-theorie, daß sie sowohl den kleinen kontinuierlichen als auch den großen diskontinuierlichen Veränderungen gerecht zu werden vermag. Die Exploitationstheorie liefert uns eine rationale Erklärung für die Erscheinung des Kapitalzinses in der stationären – von radikalen Neuerungen unerschütterten – Wirtschaft. Aber auch das Vorprellen der Neuerer und Pioniere kann in das Marxsche System logisch eingefügt werden. Marx hat den Grundgedanken Schumpeters, daß dem Kapitalismus ein Hang zur Neuerung immanent sei und daß der Neuerer sich kraft seiner Leistung eine temporäre Monopolstellung erkämpfe, die zur Quelle von Gewinnen wird, wiederholt und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ausgesprochen. Wir wollen uns hier nur auf ein Zitat aus dem ersten Band des *Kapitals* beschränken:

„Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstages für die Mehrarbeit an als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. Er tut im einzelnen, was das Kapital bei der Produktion des relativen Mehrwerts im großen und ganzen tut. Andererseits aber verschwindet jener Extramehrwert, sobald die neue Produktionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet . . .¹²

Marx versteht diese Stelle mit einer Fußnote, die in den frühen Ausgaben des *Kapitals* noch im englischen Originaltext zu finden ist. Sie zeigt, daß die Schumpetersche Theorie schon in den Anfängen des Kapitalismus in nuce existierte. In dem anonymen Pamphlet *The Advantages of the East India Trade* (London 1720) heißt es u. a.: „If my neighbour by doing much with little labour can sell cheap, I must contrive to sell as cheap as he. So that every art, trade, or engine, doing work with labour of fewer hands, and consequently cheaper, begets in others a kind of necessity and emulation, either of using the same art, trade, or engine or of inventing something like it, that every man may be upon the square, that no man may be able to undersell his neighbour.“

Man könnte einwenden, daß das Marxsche Konzept der Neuerung sich nur auf eine Art der Neuerung bezieht, nämlich auf Verbesserungen der Produktionsweise, die Kostensenkungen zur Folge haben,

während Schumpeter zwischen verschiedenen Arten der Neuerung unterscheidet, darunter auch solchen, die auf die Erschließung neuer Märkte abzielen. Marxens Konzept von den – von ihm wiederholt als „revolutionär“ bezeichneten – Konsequenzen der kapitalistischen Produktionsweise darf jedoch nicht aus der von uns früher zitierten Stelle allein abgeleitet werden. In Wahrheit war sich Marx, weit mehr noch als Smith und Ricardo, über die alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens durchdringenden Einflüsse der unternehmerischen Tätigkeit durchaus im klaren. Schon im *Kommunistischen Manifest* findet sich eine Stelle, in der der Großteil der von Schumpeter angeführten Neuerungsarten implizite enthalten ist:

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossālere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltheile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welch früheres Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten¹³.“

Marxens Exploitationstheorie steht und fällt natürlich mit der Gültigkeit seiner Arbeitswerttheorie. Diese hat, wie ich glaube, der Kritik Böhm-Bawerks und Schumpeters recht gut standzuhalten vermocht. Indes sind in den letzten Jahrzehnten Ereignisse eingetreten, die eine von Marx im übrigen bereits angedeutete – Modifizierung der Arbeitswerttheorie nahelegen. Im Mittelpunkt der Marxschen Version der Arbeitswerttheorie steht die Ware Arbeitskraft, deren Wert, wie der jeder anderen Ware, durch den Wert der für ihre Reproduktion notwendigen Gütermasse gegeben ist. Man muß allerdings hinzufügen, daß es dabei nicht um ein physiologisches Existenzminimum geht, sondern um ein Güterquantum, das ein Ausdruck der *historisch* gewordenen Lebensansprüche der Arbeiter eines Landes ist.

Wie kommt es nun, daß sich die Lohnansprüche in Grenzen halten, die dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals zuträglich sind? Dafür sorgt die sogenannte industrielle Reservearmee, das heißt eine relativ überschüssige Bevölkerung, die sich im Verlauf des Akkumulationsprozesses ausdehnt und dann wieder zusammenschrumpft¹⁴. Dieser von Marx aufgedeckte Mechanismus war sicherlich noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts wirksam. Seine Bedeutung ist jedoch im Zeitalter des „Wettstreits der Systeme“ umstritten, was im wesentlichen mit drei Erscheinungen zusammenhängt: mit der gegenüber der Vorkriegszeit stark angewachsenen Verhandlungsstärke der Gewerkschaften; mit der Vollbeschäftigungspolitik und mit dem raschen Schwinden von Arbeitskraftreserven in den bäuerlichen und kleingewerblichen Sektoren der Wirtschaft.

An Stelle der industriellen Reservearmee sind in den letzten zwei Dekaden in zunehmendem Maße zwei neue Mechanismen getreten, die „Einkommenspolitik“ und die Politik des „Ausweichens in die Preise“.

Aber es ist wohl keine Übertreibung zu sagen, daß dem Arbeitsmarkt die „goldene Balance“ von Anno dazumal verlorengegangen ist, da die Situation des „bilateralen Monopols“ keine determinierte Lösung zuläßt. Marx hat im übrigen diese Situation bereits in seiner Studie *Lohn, Preis und Profit* beschrieben:

„Das Maximum des Profits ist . . . begrenzt durch das physische Minimum des Arbeitslohns und das physische Maximum des Arbeitstages. Es ist klar, daß zwischen den beiden Grenzen dieser *Maximal-profitrate* eine unendliche Stufenleiter von Variationen möglich ist. Die Fixierung ihres faktischen Grades erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit, indem der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszudehnen, während der Arbeiter ständig in der entgegengesetzten Richtung drückt. Die Frage löst sich auf in der Frage nach dem *Kräfteverhältnis der Kämpfenden*¹⁵.“

In den siebziger Jahren, in denen sich der inflationäre Druck weit über das Maß der beiden vorangegangenen Jahrzehnte verstärkt hat, hat sich die Wirtschaftspolitik der führenden kapitalistischen Länder – nicht zuletzt unter dem Einfluß Milton Friedmans und seiner Schule – zunehmend des „klassischen“ Instruments der industriellen Reservearmee bedient. Arbeitslosenraten, die zwischen 5 bis 8 Prozent schwanken, sind keine Seltenheit mehr. Die zünftige Nationalökonomie hat sich allerdings dieser unangenehmen Tatsache dadurch zu entledigen verstanden, daß sie Arbeitslosenraten von dieser Höhe als mit dem Zustand der Vollbeschäftigung vereinbar bezeichnet hat. Auf diese Weise wird allen recht getan, den Gewerkschaftsführern, die Vollbeschäftigung verlangen, und den Unternehmern, die nach der verlorengegangenen, goldenen Balance des Arbeitsmarktes suchen.

Bevor wir das Gebiet der sogenannten „*oeconomia pura*“ verlassen, die sich allerdings selbst in ihrem ureigensten Bereich, der Preis- und Lohntheorie, nicht von soziologischen Momenten völlig loslösen läßt, wollen wir noch einen raschen Blick auf Schumpeters Kapital-, Kredit- und Akkumulationstheorie werfen. Schumpeter definiert, wie bereits früher vermerkt wurde, Kapital als einen „Fonds von Kaufkraft“, der den Unternehmen von den Banken temporär zur Verfügung gestellt wird. Bereits zwei Jahre vor Schumpeter hatte Hilferding das Finanzkapital als Kapital beschrieben, das „in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industrie“ steht¹⁶. Die Anschauungen der beiden Autoren sind offensichtlich von der Machtstellung inspiriert, die das Mobilbankwesen zu der damaligen Zeit im Wirtschaftsleben Zentraleuropas eingenommen hat.

Mit Hilfe des ihm von den Banken zeitweise überlassenen Kapitalfonds ist der Unternehmer imstande, ein Herrschaftsverhältnis über Sachen und Menschen zu begründen, um diesen eine neue produktive Orientierung zu geben. Der Bankkredit ist demnach nur eine Methode der Anbahnung neuer Produktionsverhältnisse. Schumpeter vollzieht somit einen radikalen Bruch mit dem dinglichen Konzept des Kapitals,

das sich bis in die Zeit der klassischen Ökonomie zurückverfolgen läßt. Aber die Ähnlichkeit des Schumpeterschen Kapitalbegriffes zu dem Marxschen ist unseres Erachtens nur eine rein verbale. Denn das mit Hilfe des Bankkredits entstandene Herrschaftsverhältnis über Menschen und Sachen resultiert wohl in der Erscheinung des Mehrwerts, aber dieser entspringt nicht der Sphäre der Produktion, wie dies bei Marx der Fall ist, sondern der der Zirkulation.

Das Mobilbankwesen spielt, wie wir bereits angedeutet haben, in der Genesis des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine entscheidende Rolle. Hilferding sieht allerdings in der Dominanz des Finanzkapitals nur das Merkmal einer bestimmten historischen Entwicklungsphase; Schumpeter dagegen erhebt diesen Umstand in den Rang einer allgemeinen gesellschaftlichen Kategorie. Der aus dem Nichts geschöpfte Bankkredit gilt für ihn geradezu als der Demiurg des wirtschaftlichen Fortschritts. Aber er vernachlässigt damit die weit wichtigere Erscheinung der Sparbildung im Unternehmungssektor, die für die Wirkungsweise der frühen kapitalistischen Unternehmen sowie der modernen Industriegiganten im gleichen Maße charakteristisch ist.

Der Akkumulationsprozeß wird bei Schumpeter mittels des Bankkredits, bei Marx und einigen neueren Autoren vermöge des Unternehmergewinns oder, wie man heute zu sagen pflegt, vermöge der internen Kapitalressourcen des Unternehmens bewerkstelligt. Aber dies ist nicht der einzige und, wie wir glauben, auch nicht der wichtigste Unterschied zwischen der Schumpeterschen und der Marxschen Auffassung von der erweiterten Kapitalreproduktion. Dieser ist unseres Erachtens vor allem in dem Umstand zu suchen, daß Schumpeter diesen Prozeß als ein psychologisches, Marx hingegen als ein soziologisches Phänomen auffaßt.

Wir wissen, daß der dem Kapitalismus immanente Hang zur Neuerung von Schumpeter gewissen persönlichen Motivationen, dem Siegerwillen, dem Wunsch nach Gründung einer Dynastie und dergleichen, zugeschrieben wird. Marx hätte unseres Erachtens die Bedeutung (und vielleicht auch Virulenz) dieser Motive nicht bestritten, denn er wußte, daß der Akkumulationsprozeß, der für die kapitalistische Gesellschaftsordnung typische Mechanismus ist, vermöge dessen soziale Geltung und Macht erworben werden können:

„Die Akkumulation“ – heißt es im *Kapital* – „ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte Herrschaft des Kapitalisten aus“¹⁷.

Marx hätte allerdings, wie wir glauben, hinzugefügt, daß die *auri sacra fames* – die „unauslöschliche Leidenschaft nach dem Gewinn“ – nur im Kapitalismus die Form des Akkumulationsprozesses annimmt. Der Kapitalist unterscheidet sich vom mittelalterlichen Schatzbildner vor allem dadurch, daß er sein Kapital stets von neuem in die Zirkulation wirft, anstatt es aus dieser herauszuziehen. Diese „rastlose Bewegung des Gewinnes“ (wie Marx es ausdrückt) entspringt jedoch nicht

aus der psychischen Eigenart des einzelnen Kapitalisten, sondern aus den ökonomischen Existenzbedingungen des Kapitals. Denn durch die auf dem Warenmarkt herrschende Konkurrenz wird jeder Kapitalist dazu *gezwungen*, die Betriebsanlagen zu vergrößern, die technische Ausstattung seiner Arbeiter zu verbessern, neue und produktivere Organisationsformen ins Leben zu rufen und so weiter, da er andernfalls Gefahr läuft, seinen Platz an der Sonne zu verlieren.

„Man muß nie vergessen“, – schreibt Marx – „daß die Produktion dieses Mehrwerts – und die Rückverwandlung eines Teils desselben in Kapital, oder die Akkumulation bildet einen integrierenden Teil dieser Produktion des Mehrwerts – der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktionsweise ist¹⁸.“

Schumpeter erkennt allerdings bereits in seinem Frühwerk *Die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, daß sich im Spätkapitalismus Wandlungen anbahnen, die auf eine „Kollektivisierung“ des Akkumulationsprozesses hinauslaufen. Er ist auf diesen Gedanken später immer wieder zurückgekommen und hat ihn in seinem Werk *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* zum Ausgangspunkt einer großangelegten Analyse des Übergangsprozesses vom Kapitalismus zum Sozialismus gemacht.

Neuerung und Bankkredit sind die wirtschaftlichen Mechanismen, die – Schumpeter zufolge – ein großes Stück der bisherigen Menschheitsgeschichte beschreiben. Aber in jüngster Zeit wird die Einführung neuer produktiver Kombinationen immer mehr zu einem routinemäßig betriebenen Geschäft, für das nicht mehr der einzelne Unternehmer, sondern ein Team von manageriellen Spezialisten zuständig ist. Der Fortschritt wird sozusagen automatisiert und entpersönlicht.

Die Beobachtung, daß das, was man mit Karl Renner als die „produktorische“ Funktion des Kapitals bezeichnen könnte, auf einer gewissen Entwicklungsstufe des Kapitalismus von der „distributorischen“ Funktion losgelöst wird, geht bereits auf Karl Marx zurück. Auch Werner Sombart hat in dem Werk *Der Moderne Kapitalismus* dieses Phänomen behandelt und auf eine „Tendenz zur Loslösung des Unternehmertums vom Kapitalbesitz“ hingewiesen. (Bd. 3, 1. Halbband, Seite 14) Ferner hat Hilferding, zwei Jahre vor dem Erscheinen der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* von Schumpeter, die Kollektivisierung der Unternehmerfunktion recht anschaulich beschrieben:

„Die Expansion des kapitalistischen Unternehmens, das Aktiengesellschaft geworden ist, kann jetzt, losgelöst von der Fessel des individuellen Eigentums, rein nach den Anforderungen der Technik erfolgen. Die Einführung neuer Maschinerie, die Aufnahme verwandter Produktionszweige, die Ausnützung von Patenten erfolgt nur mehr nach dem Gesichtspunkt ihrer technischen und ökonomischen Angemessenheit¹⁹.“

Der Höhepunkt dieses Prozesses wird freilich erst im Zeitalter der industriellen Giganten und der sogenannten „multinationalen“ Konzerne erreicht. In *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* stellt Schumpeter schließlich fest: „Die vollkommen bürokratisierte indu-

strielle Rieseneinheit verdrängt nicht nur die kleine und mittelgroße Firma und 'expropriert' ihre Eigentümer, sondern verdrängt zuletzt auch den Unternehmer und expropriert die Bourgeoisie als Klasse, die in diesem Prozeß Gefahr läuft, nicht nur ihr Einkommen, sondern, was unendlich wichtiger ist, auch ihre Funktion zu verlieren²⁰.

Die Entpersönlichung oder Kollektivisierung der Unternehmerfunktion ist so nach Schumpeter die letzte Ursache für das allmähliche Absterben der kapitalistischen Produktionsweise. Wie der Feudalherr in der Zeit des Schießpulvers, des Buchdruckwesens und der Manufaktur wird nun auch der Kapitaleigentümer funktionslos, und es mangelt ihm immer mehr auch der Wille, seine vom Standpunkt der Gesellschaft überflüssig gewordene Position zu verteidigen.

Zur Übernahme der Unternehmerfunktion durch das Kollektiv der Manager treten allerdings noch andere, den Transformationsprozeß in Richtung auf den Sozialismus begünstigende Umstände. Schumpeter zählt vier weitere dieser Faktoren auf:

Erstens, der Konzentrationsprozeß führt zur Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz der kleinen Eigentümer. „Das eigentliche Fundament des Privateigentums und des freien Vertragsrechtes“, meint Schumpeter, „zerbröckelt in einer Nation, deren lebenskräftigste, faßbarste und ausdrucksvollste Gestalten aus dem moralischen Gesichtskreis des Volkes verschwinden“²¹.

Zweitens, der Spätkapitalismus bewirkt wohl eine stetige Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen; die für jede Industriegesellschaft charakteristischen, ständig wiederkehrenden berufsmäßigen und regionalen Änderungen vermehren aber die Unsicherheit der individuellen Existenz. „Säkularer Fortschritt verkoppelt mit individueller Unsicherheit“, führt Schumpeter aus, „ist natürlich das beste Rezept zur Erzeugung sozialer Unruhe“²².

Drittens, die große Familieneinheit, früher der festeste Kitt der bürgerlichen Ordnung, wird immer mehr zur Ausnahmeerscheinung, und damit verschwindet auch die vielleicht wichtigste Motivation für die unternehmerische Tätigkeit.

Viertens, die rationalistische Kritik, die sich früher gegen die Feudalordnung richtete, wendet sich nun in steigendem Maße gegen das Privateigentum und die Wertvorstellungen des Bürgertums. Träger dieser Kritik sind die Intellektuellen, in denen Schumpeter den eigentlichen Gärstoff der bourgeoisien Gesellschaft sieht. Die wachsende soziale und politische Bedeutung der Intelligenzschichte hängt, Schumpeter zufolge, mit der Ausdehnung des Bildungswesens und mit den Proletarisierungstendenzen innerhalb dieser Schichte zusammen. Aus dieser rekrutieren sich dann die intellektuellen Kader der Arbeiterbewegung²³.

Den soeben angeführten fünf Faktoren schreibt Schumpeter eine so explosive Wirkung zu, daß er die Ablösung der kapitalistischen durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht nur für unvermeidlich hält, sondern auch für einen Prozeß, dessen Ende sich schon deutlich abzeichnet.

Einige der von Schumpeter angeführten Umstände, die für eine baldige Transformation unserer gegenwärtigen Produktionsweise sprechen, decken sich natürlich mit der Marxschen Argumentation. Dies gilt für die sozialen Folgen des Konzentrationsprozesses, für die Abspaltung der Unternehmerfunktion von der Eigentumsfunktion des Kapitals und schließlich für die Auflösung der bürgerlichen Familie. Mit dem letzteren Phänomen hat sich bekanntlich vor allem Friedrich Engels beschäftigt.

Die Feststellung Schumpeters, daß sich unter dem Spätkapitalismus der Lebensstandard der Massen kräftig hebt, läuft natürlich der Marxschen „Verelendungstheorie“ diametral entgegen. Aber man darf nicht vergessen, daß Schumpeter Gelegenheit hatte, durch mehr als ein Jahrzehnt die wirtschaftspolitischen Implikationen der sogenannten Keynesschen Revolution zu studieren. Und er wußte auch – von der unmittelbaren Beobachtung der wirtschaftlichen Auswirkungen zweier Weltkriege her –, daß Vollbeschäftigung mit den Mitteln der staatlichen Ausgabenpolitik leicht durchsetzbar sei. Man muß jedoch hinzufügen, daß Schumpeter, falls er sich heute zu uns gesellen könnte, wahrscheinlich mit einiger Überraschung das Faktum registrieren würde, daß ein Fünftel der Bevölkerung des reichsten Landes der Erde noch unter der Armutsgrenze dahinvegetiert.

Schumpeters analytische Begabung glänzt vielleicht am hellsten, wenn er die Rolle der Intelligenz im Spätkapitalismus bloßzulegen versucht. Er sagt zunächst mit verblüffender Treffsicherheit die gewaltige Expansion des Erziehungs- und Bildungsapparates voraus. Und sein enger Kontakt mit der amerikanischen Jugend auf den Universitäten läßt ihn schon früh erkennen, daß es die Intelligenz ist, welche die Schattenseiten einer allzu formalistisch orientierten demokratischen Ordnung am schmerzlichsten empfindet. Von dieser Beobachtung führt nur ein einziger Schritt zu der Erkenntnis, daß mit der quantitativen Zunahme eines intellektuellen Proletariats sich ein gefährlicher sozialer Gärstoff entwickeln müsse.

Prof. Haberler hat einmal Schumpeter mit Cassandra verglichen, deren Prognose hinsichtlich des Herannahens einer neuen Ära im Sinne einer Warnung und innerlichen Distanzierung aufzufassen sei. Es fragt sich, ob eine solche Interpretation der Schumpeterschen Position richtig ist, denn dieser hat – im Gegensatz etwa zu Max Weber – einer sozialistischen Wirtschaftsforderung einen höheren Grad der Rationalität zugebilligt als der kapitalistischen. Er hat dies mit vier Argumenten begründet:

Erstens, im Falle des Oligopols sind Preise und Produktionsmengen undeterminiert. In einer sozialistischen Wirtschaft sind dagegen diese Daten eindeutig determiniert und ermöglichen so eine rationale und optimale Lösung des Produktionsproblems. Sofern die so eingesparten Mittel nicht völlig vergeudet werden, fügt Schumpeter hinzu, muß die Leistungsfähigkeit in unserem Sinne zunehmen²⁴.

Zweitens, das Oligopol begünstigt die Entstehung großer Überschuß-

kapazitäten, die vor allem vom Standpunkt der Untermauerung monopolistischer Positionen erforderlich sind.

Drittens, im Kapitalismus ist nur eine Dämpfung der konjunkturellen Schwankungen möglich, während ein planwirtschaftliches System zur völligen Beseitigung des Wirtschaftszyklus führt. Schumpeter faßt diesen Gedanken in der folgenden prägnanten Formulierung zusammen: „Die sozialistische Leitung wird sich vermutlich dem Kapitalismus der Großunternehmung ebenso überlegen erweisen, wie der Kapitalismus der Großunternehmung sich jener Art von Konkurrenzkapitalismus überlegen gezeigt hat, dessen Prototyp die englische Industrie vor gut hundert Jahren war²⁵.“

Viertens, der Kapitalismus ist gekennzeichnet durch einen ständigen Kampf zwischen staatlicher Verwaltung und Privatwirtschaft. Viele der besten Köpfe des Landes sind in diesem Konflikt engagiert, hochqualifizierte Bürokraten auf der einen Seite und Staranwälte sowie managerielle Spezialisten auf der anderen Seite. Auf diese Weise werden den produktiven Aufgaben der Gesellschaft oft die besten Köpfe entzogen.

Marx hätte diese Liste der Vorzüge eines sozialistischen Systems wahrscheinlich nur um einen, aber sehr wesentlichen Punkt erweitert. Er hätte hinzugefügt, daß der Sozialismus die Überwindung der uralten sozialen Krankheit, nämlich der Entfremdung, anbahne, indem er der Trennung des Arbeiters vom Arbeitsgegenstand ein Ende bereite. Demokratie bedeutet im Marxschen System bewußte Regelung des Produktionsprozesses auf *allen* Ebenen, wo relevante gesellschaftspolitische Entscheidungen getroffen werden.

Es ist jedoch kein Zufall, daß dieser Punkt von Schumpeter unberücksichtigt blieb, denn er widerspricht letzten Endes seiner soziologischen Grundkonzeption. Für Schumpeter ist der Inhalt der Demokratie nicht identisch mit dem Prozeß der demokratischen Willensbildung, sondern bloß mit dem periodischen demokratischen Wahlakt, der zur Willensbildung seitens der zur Führung „berufenen“ Personen führt. Und so konnte Schumpeter auch mit Gleichmut dem Kommen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung entgegensehen. Denn mit Pareto, Nietzsche und den anderen Elitephilosophen seiner Zeit war er der Meinung, daß das Klassenphänomen in letzter Instanz auf den „individuellen Eignungsdifferenzen“ beruhe und daß sich jede gesellschaftliche Formation in zwei soziale Gruppen teile – „in die Elite“, das ist die Klasse der überlegenen Individuen und in den „Rest der Bevölkerung“, das ist die Gruppe der Individuen von unterlegener Eignung – um Pareto zu zitieren. (Allgemeine Soziologie, S. 2042.)

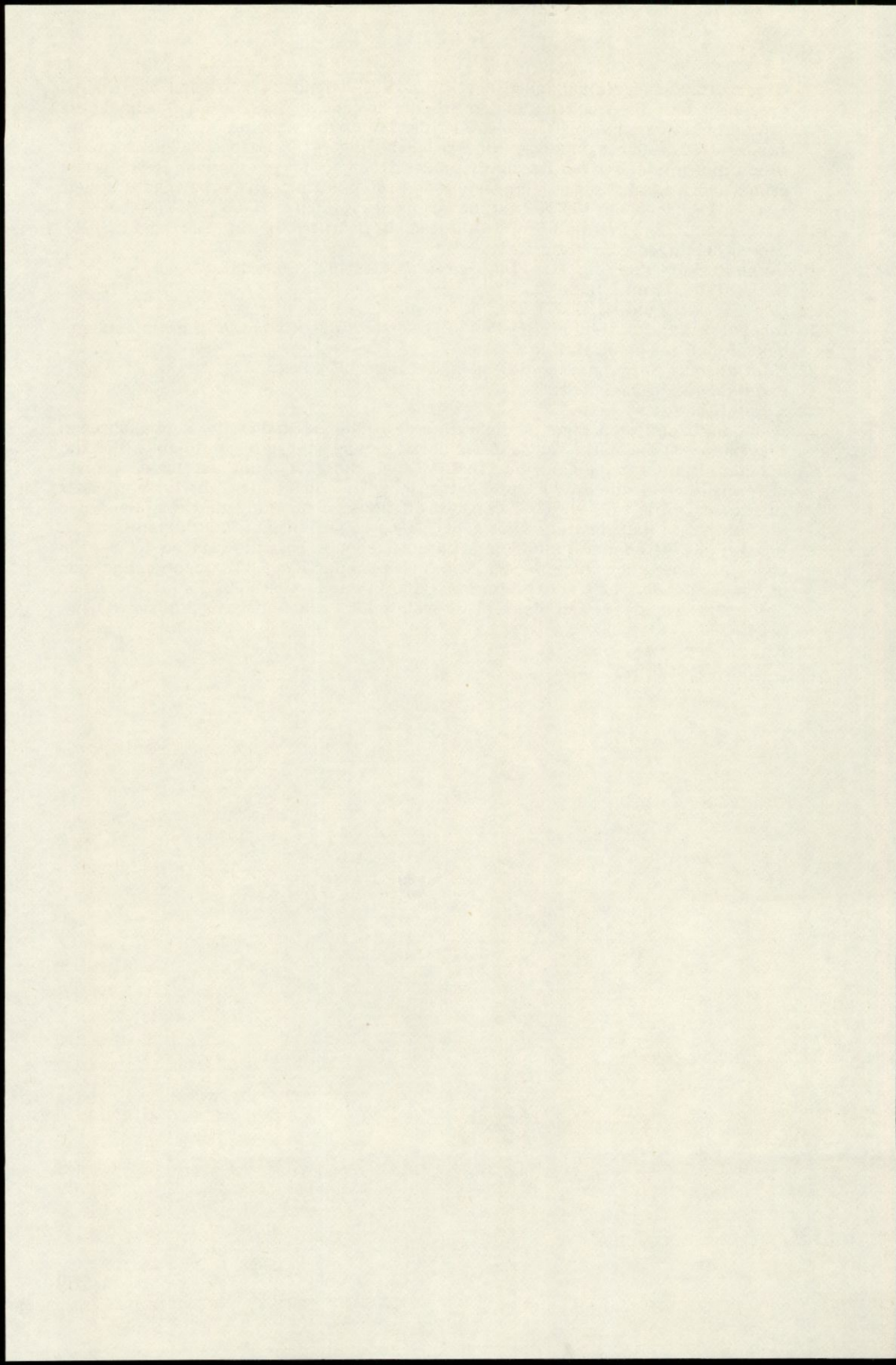
Und so besitzt der Schumpetersche Sozialismus mehr die Charakteristiken des Platonschen Staates als der von Thomas Morus, Robert Owen oder Karl Marx erträumten zukünftigen Gemeinschaft. Schumpeter war die Vision einer Gesellschaft, in der – um ein berühmtes Wort zu zitieren – jede Köchin potentiell zur Führung der Staatsgeschäfte berufen ist – nicht nur fremd; er hielt sie auch für utopisch und unrealisierbar.

Anmerkungen:

- 1 „Unter ‚Entwicklung‘ sollten also nur solche Veränderungen des Kreislaufs des Wirtschaftslebens verstanden werden, die die Wirtschaft aus sich selbst heraus zeugt, nur eventuelle Veränderungen der ‚sich selbst überlassenen‘, nicht von äußerem Anstoß getriebenen Volkswirtschaft.“ *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 2. Auflage, München und Leipzig 1926, Seite 95.
- 2 Siehe *Capitalism*, Band 4, S. 801 ff.
- 3 So lesen wir in Schumpeters *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*: „Wir sprechen von Unternehmern nicht bloß für jene historischen Epochen, in denen es Unternehmer als besondere soziale Erscheinung gibt, sondern wir knüpfen Begriff und Namen an die Funktion und an alle Individuen, die diese in irgendeiner Gesellschaftsform tatsächlich ausfüllen, seien sie auch Organe einer sozialistischen Gemeinschaft oder Herren eines Fronhofes oder Häuptlinge eines primitiven Stammes.“ Seite 111.
- 4 Vergl.: *Business Cycles*, New York 1939, Seite 224.
- 5 In seiner oben zitierten *Theorie* unterscheidet Schumpeter zwischen fünf verschiedenen Arten „produktiver Kombinationen“: 1. Die Herstellung eines neuen Gutes; 2. die Einführung einer neuen Produktionsmethode; 3. die Erschließung eines neuen Absatzmarktes; 4. die Eroberung einer neuen Bezugsquelle von Rohstoffen; 5. die Durchführung einer ökonomischen Neuorganisation wie die Schaffung einer Monopolstellung. S. 100–101.
- 6 „Diese drei Sätze, daß der Zins als großes soziales Phänomen ein Produkt der Entwicklung sei, daß er aus dem Unternehmergewinn fließe und daß er nicht an konkreten Gütern hafte, sind die Basis unserer Zinstheorie.“ *Theorie*, Seite 261. Die letztere Bemerkung muß als Polemik gegen Böhm-Bawerk verstanden werden, der den Zins aus dem Wertagio der Gegenwartsgüter ableitet.
- 7 „Was also ist denn das Kapital, wenn es weder in den Gütern bestimmter Art noch in Gütern überhaupt besteht? Die Antwort liegt nunmehr nahe genug: Es ist ein Fonds von Kaufkraft. Nur als solcher kann es seine wesentliche Funktion erfüllen...“ *Theorie*, Seite 170.
- 8 „In diesem Sinne definieren wir also den innersten Kern des Kreditphänomens in der folgenden Weise: Kredit ist wesentlich Kaufkraftschaffung zum Zwecke ihrer Überlassung an den Unternehmer, nicht aber einfach Überlassung von vorhandener Kaufkraft – von Bescheinigungen über vorhandene Produkte – an ihn. Die Kaufkraftschaffung charakterisiert prinzipiell die Methode, nach der sich die wirtschaftliche Entwicklung in der nichtgeschlossenen Volkswirtschaft durchsetzt.“ *Theorie*, Seite 153.
- 9 Karl Marx und Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, *Ausgewählte Schriften*, Band I, S. 28–29.
- 10 Der Marxsche Standpunkt wird vielleicht am besten durch die folgende Stelle zum Ausdruck gebracht: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ *Das Kapital*, Band III., Berlin 1955, Seite 528.
- 11 Siehe Fritz Redlich: „Entrepreneurship in the Initial Stages of Industrialization“; *Weltwirtschaftliches Archiv*, Band 75 (1955), Seite 62.
- 12 Karl Marx: *Das Kapital*, Band I, Berlin 1955, Seite 334.
- 13 Karl Marx und Friedrich Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, *Ausgewählte Schriften*, Band I, Seite 28. Die vier neuen „Kombinationen“, die wir in der obigen Stelle gefunden zu haben glauben, sind – neue Güter, neue Produktionsmethoden, neue Märkte und neue Rohstoffquellen.
- 14 Einen Zustand der Vollbeschäftigung, der heute aus der „aktiven“ Arbeitsmarktpolitik (nach schwedischem Muster) resultiert, konnte Marx verständlicherweise nicht voraussehen. Ein Residuum an Arbeitslosigkeit dürfte er sogar für Perioden der Hochkonjunktur als einen Normalzustand betrachtet haben. So heißt es im *Kapital*: „Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann – dies

Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß je höher die Produktivkräfte der Arbeit desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingung . . . Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt darin aus, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals.“ Band I, S. 679–680.

- 15 Karl Marx, „Lohn, Preis und Profit“, *Ausgewählte Schriften*, Berlin 1953, Band I, S. 417. (Hervorhebungen vom Verfasser)
- 16 Vergl. Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1927, Seite 283.
- 17 *Das Kapital*, Band I, Seite 622.
- 18 *Das Kapital*, Band III, S. 271–272.
- 19 *Das Finanzkapital*, Wien 1927, Seite 138. Die erste Auflage des *Finanzkapitals* stammt bekanntlich aus dem Jahre 1910.
- 20 *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, Seite 218.
- 21 *Kapitalismus* usw., Seite 228.
- 22 *Kapitalismus* usw., Seite 235.
- 23 „Eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten der späteren Stadien der kapitalistischen Zivilisation ist die starke Ausdehnung des Erziehungsapparates und namentlich der höheren Bildungsmöglichkeiten. Diese Entwicklung war und ist nicht weniger unvermeidlich als die Entwicklung industrieller Rieseneinheiten; aber im Gegensatz zu diesen wurde und wird sie von der öffentlichen Meinung und den Behörden unterstützt, so daß sie viel weiter geht, als sie es aus eigener Kraft getan hätte . . . Insofern als die höhere Bildung derart das Angebot an Dienstleistungen der beruflichen, quasi-beruflichen und letzten Endes aller ‚steifen Kragen‘-Kategorien über den durch Kostenüberlegungen bestimmten Punkt hinaus vermehrt, kann sie einen besonders wichtigen Fall der Teilarbeitslosigkeit schaffen.“ *Kapitalismus* usw., S. 245–246.
- 24 *Kapitalismus* usw., Seite 311.
- 25 Ebenda, Seite 313.



Inflation und Geldmengenvermehrung in Österreich

Wolfgang Pollan

If you want to analyse the process of inflation,
„Cherchez la monnaie“.

Milton Friedman, Inflation: Causes and Consequences¹

Einleitung

Die Vorstellung, daß eine rasche Vermehrung der Geldmenge zu Geldentwertung führe, hat eine sehr lange Geschichte. Sie wurde in den fünfziger Jahren von Friedman und später von anderen Nationalökonomien wieder aufgegriffen und in einer Reihe von einflußreichen Arbeiten propagiert. Weite Verbreitung fand diese Doktrin jedoch erst in den siebziger Jahren, als sich die Inflation in den meisten Industrieländern dramatisch beschleunigte². Dieses Gedankengut wurde auch – häufig in sehr vereinfachter Form – in die wirtschaftspolitisch maßgebende öffentliche Meinung resorbiert und führte in einigen Ländern zu der von Friedman geforderten Festlegung von Geldmengenzielen. Dahinter stand die Absicht, durch eine restriktive Geldpolitik die Inflationsprobleme wieder unter Kontrolle zu bringen.

Auch in Österreich wurde zuweilen die Vermutung geäußert, daß die Preisentwicklung zu Mitte der siebziger Jahre in einem kausalen Zusammenhang mit der Geldmengenentwicklung ein paar Jahre zuvor stünden³. Der vorliegende Beitrag stellt die Frage, wieweit die naive monetaristische Interpretation der Inflation, die in einigen Ländern als die dominierende Hypothese gelten muß, auf Österreich zutrifft. Die Arbeit untersucht zuerst, in welchem Maße sich, rein statistisch gesehen, eine Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und der Inflationsrate nachweisen läßt. Der zweite Teil der Untersuchung wendet

sich der Frage zu, wieweit eine essentielle Bedingung für die kausale Interpretation zwischen Geldwachstum und Inflation, nämlich das Bestehen einer stabilen Geldnachfragefunktion, in Österreich gewährleistet ist.

Ausgangspunkt der Friedmanschen Analyse ist eine stabile Geldnachfragefunktion, in der Realeinkommen, Preise und die Zinssätze die wichtigsten Bestimmungsfaktoren sind⁴. Im Rahmen einer langfristigen Betrachtung gilt daher unter Außerachtlassung der Zinssätze und eines möglichen Trends, daß die Wachstumsrate der Geldmenge ($\dot{M}$) gleich ist der Wachstumsrate der Realeinkommen ($\dot{Y}$) und der Inflationsrate ($\dot{P}$). $\dot{M} = \dot{P} + \dot{Y}$.

Falls nun das Geldangebot exogen vorgegeben ist, läßt sich diese Gleichung in eine Aussage über die Bewegung von Realeinkommen und Inflation ummünzen. Friedman vertrat hierzu die Meinung, daß das Wachstumspotential einer Wirtschaft im wesentlichen vorgegeben sei und sich der Überschuß von Geldmengenwachstum über das Realeinkommenwachstum gänzlich in der Inflationsrate niederschlagen würde.

„In order for the price level to be reasonably stable over the decades, the total stock of money will have to grow to accomodate itself to the growth input and in population . . . A substantially more rapid growth in the money supply will inevitably mean inflation; conversely, continued inflation of substantial magnitude cannot occur without such a large rate of growth in the money supply“⁵.

Die monetäre Analyse der Inflation wurde in den letzten Jahren durch eine Reihe von Ökonomen verfeinert, wobei das Hauptaugenmerk auf den Mechanismus, der Geldmengenänderungen in Änderungen in der Inflationsrate umsetzt, gerichtet war. Ähnlich, wie schon in Friedmans wissenschaftlichen Arbeiten⁶, gelte der postulierte Zusammenhang nur mittelfristig. So schreibt etwa Herbert Stein nach einer sorgfältigen Analyse: „To be sure, the rate of price change in any year is due to a myriad of forces; and the monetarist hypothesis does not claim that „only money matters“ for the rate of inflation. It states that the rate of monetary expansion is the only systematic factor in determining the rate of inflation“⁷.

Einige Ökonomen gehen jedoch über die Vorstellung einer mittel- oder langfristigen Beziehung zwischen Geldmengenexpansion und Geldentwertung hinaus und schreiben, wohl unter dem Eindruck der Beschleunigung der Inflationsrate in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, jede kurzfristige Änderung in der Inflationsrate einem vorhergehenden Geldmengenwachstum zu. So vertritt zum Beispiel Michael Parkin folgende Meinung zur Beschleunigung des Preisauftriebes in Großbritannien: „The build up of money growth through 1967 can be seen as having generated the inflation take-off in the late 1960s and 1970s, with the tightening of monetary policy in 1969 bringing in its wake the reduction of inflation in 1971–1972. The take off of inflation since then up to the present time, is clearly identifiable with the

expansion of M1 in 1971–1972, building up to a growth rate of nearly 20 per cent in 1972⁴⁸.

Die monetaristische Interpretation der gegenwärtigen Inflationsphänomene blieb nicht auf akademische Kreise beschränkt, sondern fand auch in nationalen und internationalen Beratungsgremien starken Anklang. Dies gilt insbesondere für die naivere Variante. Zwei Beispiele mögen hier genügen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich schreibt dazu im Siebenundvierzigsten Jahresbericht im Rahmen einer Diskussion der Abwertungs-Inflationsspirale (Teufelskreis): „(es) ergibt sich zunächst die bemerkenswerte Tatsache, daß sowohl Großbritannien wie Italien in den Teufelskreis wegen ihrer binnenwirtschaftlichen Entwicklung hineingerieten. In Großbritannien ist dies vor allem der Geldpolitik zuzuschreiben: man braucht kein orthodoxer Monetarist zu sein, um den Anstieg der Geldmenge (M3) 1973 in Höhe von 30 Prozent als Hauptursache für den drastischen Wertverfall des Pfundes im selben Jahr anzusehen. Die Entwicklung wurde indessen zeitweilig durch ein ‚Schwellensystem‘ der Lohnindexierung erheblich verschärft, das im Frühjahr 1974 in Kraft trat, im Verlauf von 1975 jedoch auslief. In Italien wuchs die Geldmenge (M2) bereits 1973 (und noch mehr Anfang 1974) in überhöhtem Tempo; außerdem spielte bei der Aufweichung der Lira auf den Devisenmärkten die Lohnexplosion während desselben Jahres eine wichtige Rolle. Im Gegensatz dazu waren das Wachstum der breit definierten Geldmenge und die Zunahme der Löhne in jenem kritischen Jahr sowohl in Deutschland wie in der Schweiz relativ maßvoll; diese Tatsache zusammen mit der vorher verfolgten straffen Geldpolitik hilft die anfänglich starke Höherbewertung beider Währungen erklären⁴⁹. Angesichts der dämpfenden Wirkung von Aufwertungen auf Importpreise sei es daher, fährt der Bericht fort, nicht verwunderlich, daß die Inflation der Verbraucherpreise in Großbritannien und in Italien wesentlich höhere Raten erreichte als in Deutschland oder der Schweiz.

In ähnlicher Weise macht eine Expertengruppe der OECD die Geldexpansion in den Jahren 1971–1972 für die Beschleunigung des Preisauftriebes in den Folgejahren verantwortlich. Der McCracken-Report weist zwar auf die Schwierigkeiten hin, die einer exakten Bestimmung der Kausalität entgegenstehen, schließt sich aber dann doch dem monetaristischen Erklärungsansatz an, der selbst kurzfristig gelten soll: „Nevertheless, the main lesson from our review of monetary policy does seem to stand out. That is the excessive expansion in 1971–1972. The major contribution of this key episode in monetary policy to inflationary pressures in 1972–1973 and later can hardly be denied⁵⁰.

Die empirische Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und der Inflationsrate

Eine Variante des simplen monetaristischen Ansatzes unterstellt, wie einige der obigen Zitate andeuten, unter Vernachlässigung des Einflus-

ses des realen Einkommens eine kausale Beziehung zwischen der Geldwachstumsrate und der Inflationsrate¹¹. In Anlehnung daran wurde vorerst eine Reihe von Gleichungen mit der Inflationsrate als abhängiger und der Rate der Geldexpansion als unabhängiger Variable geschätzt. Um den verzögerten Effekten von Änderungen in der Geldmenge auf die Inflationsrate zu berücksichtigen, wurde die von S. Almon entwickelte Distributed Lag-Analyse eingesetzt¹².

Die Berechnungen wurden mit Quartalsdaten in der Form von Jahreszuwachsdaten vorgenommen. Die Preisdaten beziehen sich entweder auf den Verbraucherpreisindex oder den Deflator des Bruttoinlandsprodukts¹³.

Der hier verwendete Geldmengenbegriff bezieht sich auf die Geldmenge im engeren Sinn und wird als Bargeld plus Sichteinlagen bei den Kreditinstituten (ohne Zwischenbankeinlagen und ohne Einlagen bei der Österreichischen Nationalbank) abzüglich der Gold- und Silbermünzen definiert¹⁴.

Die Aufblähung der Geldmenge in den Jahren 1971–1973 und die darauffolgende Beschleunigung der Inflation wird von einigen Monetaristen immer wieder als Beweis für eine ursächliche Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und der Rate der Geldentwertung angeführt. Es empfiehlt sich daher, einen Zeitraum, der diese Jahre einschließt, zuerst zu untersuchen. Eine Regressionsgleichung mit einer Lagverteilung in der Form eines Polynoms dritten Grades¹⁵) zeigt tatsächlich für den Zeitraum 1. Quartal 1964 bis 4. Quartal 1977 mit einem R^2 von .74 einen guten Fit. Die Summe der Koeffizienten ist gleich eins. Dies entspricht der Höhe nach dem Effekt der Geldmengenveränderung auf die Inflationsrate, die nach naiver monetaristischer Auffassung¹⁶ in einer vollbeschäftigten Wirtschaft zu erwarten wäre. Der Wert von eins bedeutet, falls man ihn kausal interpretieren würde, daß ein Anstieg der Geldmenge um einen Prozentpunkt die Inflationsrate um einen Prozentpunkt hinauftreiben würde. Nach der geschätzten Lagverteilung übt der Geldmengenzuwachs mit einer Verzögerung von acht bis neun Quartalen den größten Einfluß auf die Preisentwicklung aus, also mit einer Verzögerung von etwas mehr als zwei Jahren. Dies stimmt näherungsweise mit dem Intervall zwischen dem starken Anstieg der Geldmenge in den Jahren 1974–1975 überein.

Diese Ergebnisse gelten für den Zeitraum 1964 bis 1977. Wieweit aber ändern sich die Resultate, wenn die Jahre mit den hohen Inflationsraten ausgeschaltet werden? Dies ist die Frage der zeitlichen Stabilität. Wenn die Basisperiode, über die die Regression geschätzt wird, um vier Jahre auf 1:1960–4:1973 zurückgeschoben wird, ergibt sich ein völlig anderes Bild. Die Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und Inflationsrate ist bedeutend lockerer als für die erstgenannte Periode. Der Determinationskoeffizient ist nur .415; die Summe der Koeffizienten sinkt auf .663 herab; dies entspricht zwei Drittel des früheren Wertes. Auch das Muster der Lagverteilung fällt anders aus: der Einfluß der Geldveränderungsraten bis zu einem Jahr gewinnt relativ an Gewicht, Lags von zwei bis drei Jahren dagegen verlieren an Bedeutung. Ein

noch größeres Maß an Instabilität wird offenbar, wenn die Regressionsgleichung für den Zeitraum 1. Quartal 1959 bis 4. Quartal 1971 berechnet wird¹⁷.

Der Determinationskoeffizient ist nur mehr .233, die Summe der Koeffizienten fällt auf .167 herab. Auffällig sind hier auch die negativen Koeffizienten der erklärenden Variable, verzögert um vier bis neun Quartale.

Die Verwendung des Deflators des Bruttoinlandsproduktes anstatt des Verbraucherpreisindex als abhängige Variable bringt ähnliche Resultate. (Siehe Tabelle 1.) Hier scheint eine Verzögerung bis höchstens elf Quartalen ausreichend zu sein, um die verzögerte Reaktion von Inflationsrate auf Veränderungen der Geldmenge zu erfassen.

Tabelle 1

Regressionsergebnisse – Almon Lag
Veränderungsrate des Deflators des Bruttoinlandsproduktes –
Veränderungsrate der Geldmenge

Rang des Polynoms: 3 Periodenlänge: 12

Periode	R^2	Summe der Gewichte
1Q64–4Q77	.637	.878
1Q60–4Q73	.338	.563
1Q58–4Q71	.198	.436

Wie bereits eingangs in der Diskussion der Geldnachfragefunktion erläutert wurde, ist es jedoch nicht, wie oft in verbalen Ansätzen impliziert wird, die Veränderungsrate der Geldmenge an sich, die die Inflationsrate bestimmt, sondern die Geldzuwachsrate vermindert um die Wachstumsrate des realen Outputs. In den folgenden Regressionen fungiert daher die Wachstumsrate der Geldmenge abzüglich der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes als die unabhängige Variable.

Diese Modifikation ergibt in Gleichungen für den Verbraucherpreisindex einige interessante Veränderungen. Die beste statistische Anpassung kann mit einer maximalen Verzögerung von elf Quartalen erreicht werden. Wie vorher wird auch hier die beste Beziehung für die Periode 1. Quartal 1964 bis 4. Quartal 1977 erreicht. Das R^2 ist nun mit .59 niedriger als zuvor (.74). Anstatt Eins ist nun die Summe der Koeffizienten .79. Für den Zeitraum 1. Quartal 1960 bis 4. Quartal 1973 sind die Ergebnisse mit den oben angeführten Resultaten beinahe identisch; in der gegenwärtigen Fassung bringt die Berücksichtigung des BIP für den Zeitraum 2. Quartal 58 bis 4. Quartal 71 sogar bessere Ergebnisse als vorher: das R^2 als auch die Summe der Koeffizienten ist etwas höher als in der ersten Fassung ($R^2 = .426$, Summe der Koeffizienten = .291).

Abb. 1

Inflation und Geldmengenwachstum

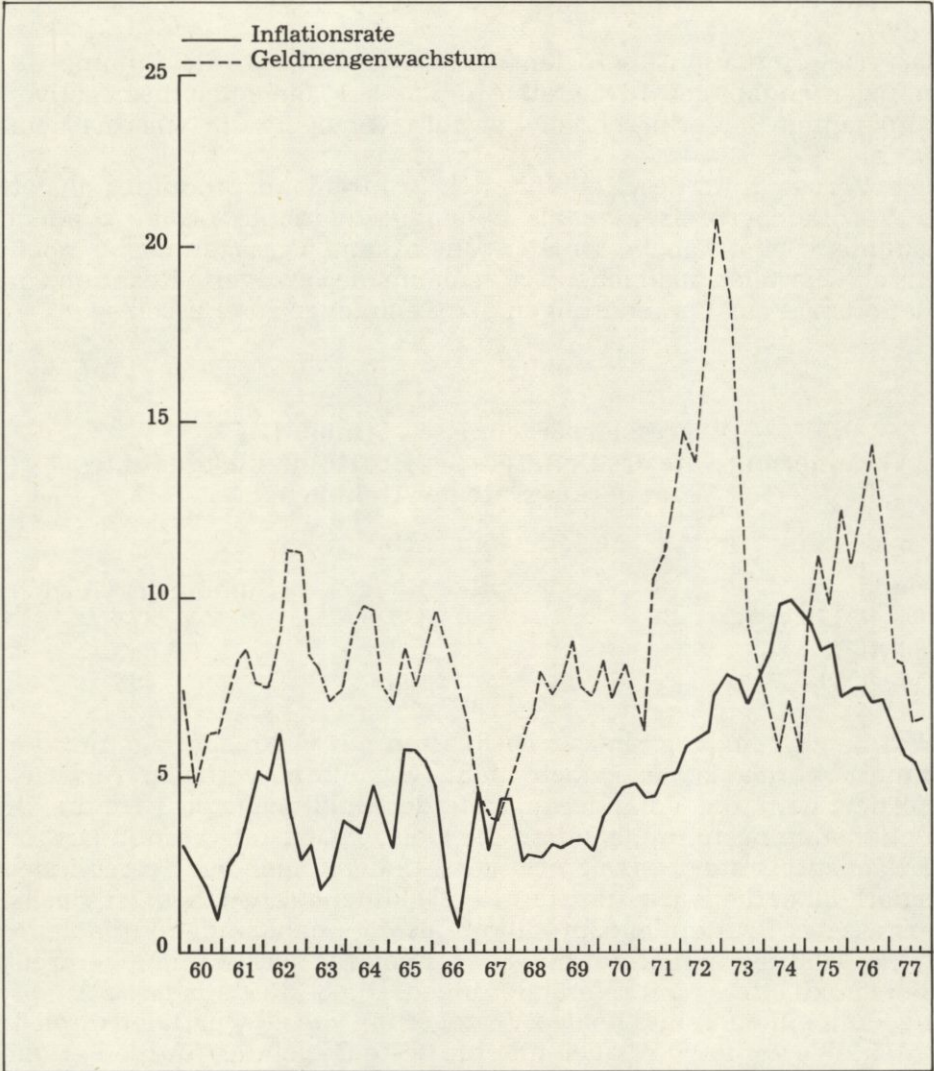


Abb. 2

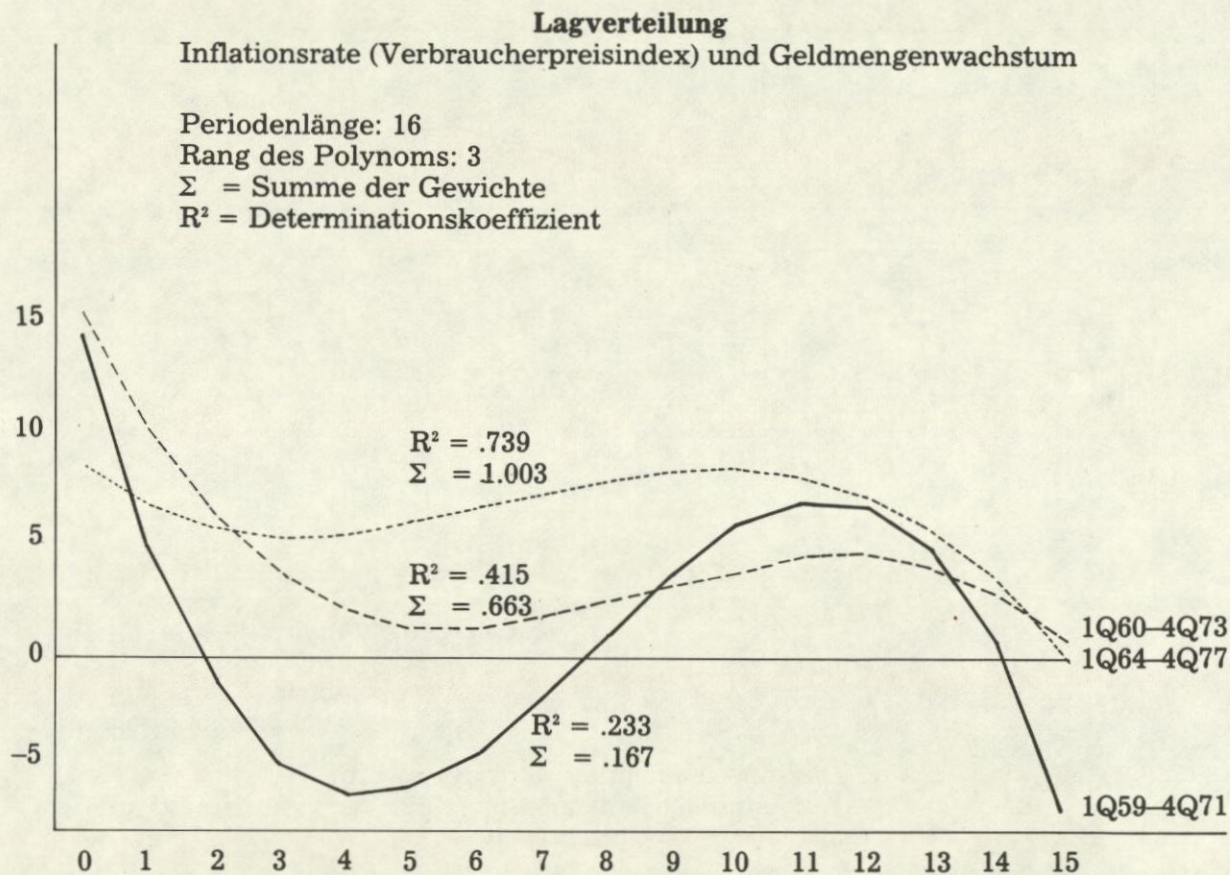
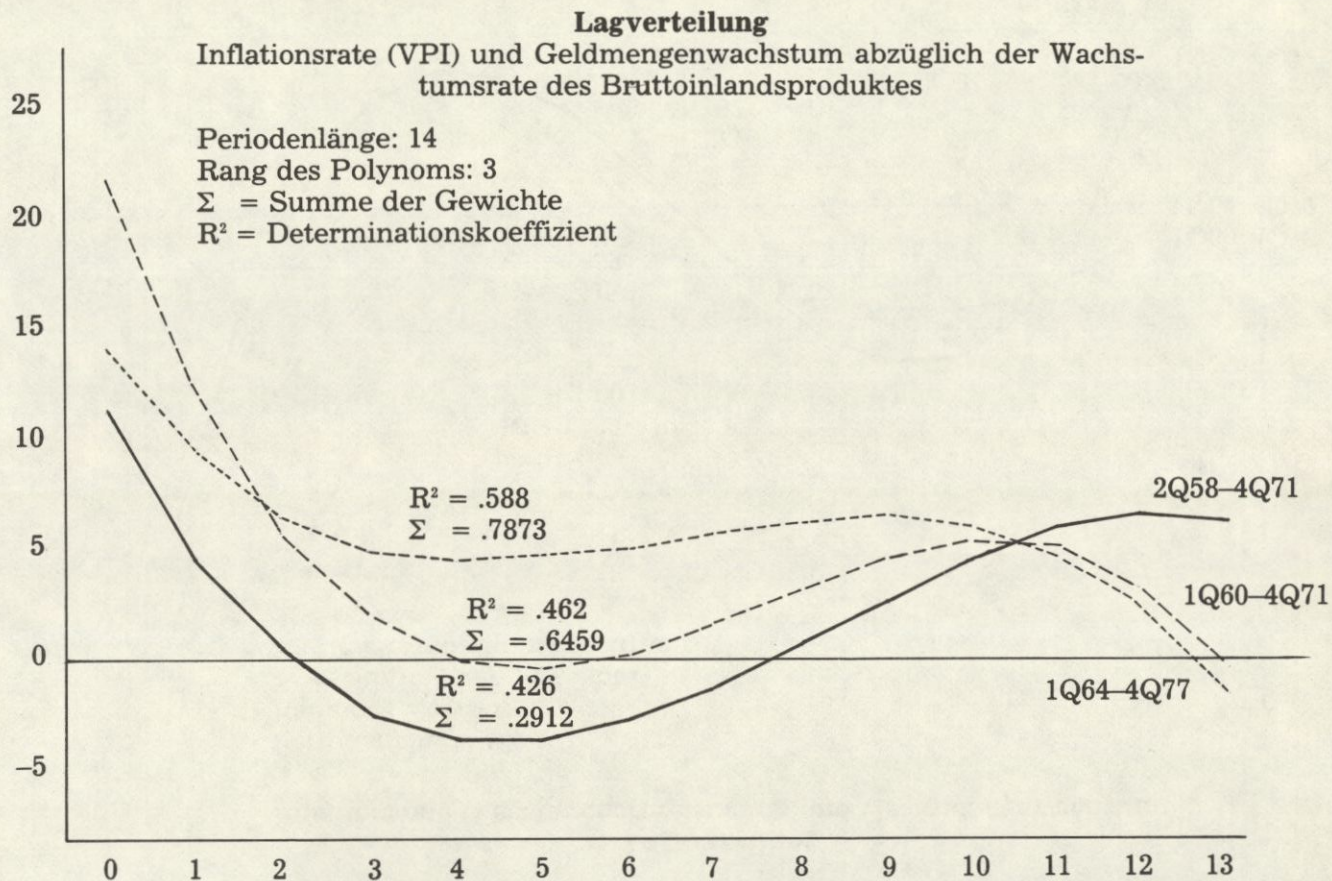


Abb. 3



Die angeführten Resultate legen den Schluß nahe, daß die Form der empirischen Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und Inflationsrate, die für die Periode 1964–1977 gilt, nicht aufrechterhalten werden kann, wenn die mittleren siebziger Jahre ausgeschaltet werden. Der Zusammenhang ist bedeutend lockerer, jedoch nicht völlig vernachlässigbar. Dies gilt insbesondere für die theoretisch besser fundierte Beziehung zwischen Inflationsrate einerseits und Zuwachsrates der Geldmenge minus Wachstumsrate des Outputs andererseits. Die für die früheren Zeiträume gefundenen Beziehungen entsprechen vielleicht einer mittelfristig gültigen Erklärung der Preisentwicklung von der Geldseite her¹⁹. In einer kurzfristigen Betrachtung scheint die Veränderungsrate der Geldmenge allerdings kein nützliches Prognoseinstrument zu sein. Dies wird auch durch die großen Prognosefehler verdeutlicht, die aufscheinen, wenn die Inflationsrate an Hand der Ergebnisse für die Zeiträume bis 1971 bzw. bis 1973 weiterprognostiziert werden. (Siehe Abbildung 4.)

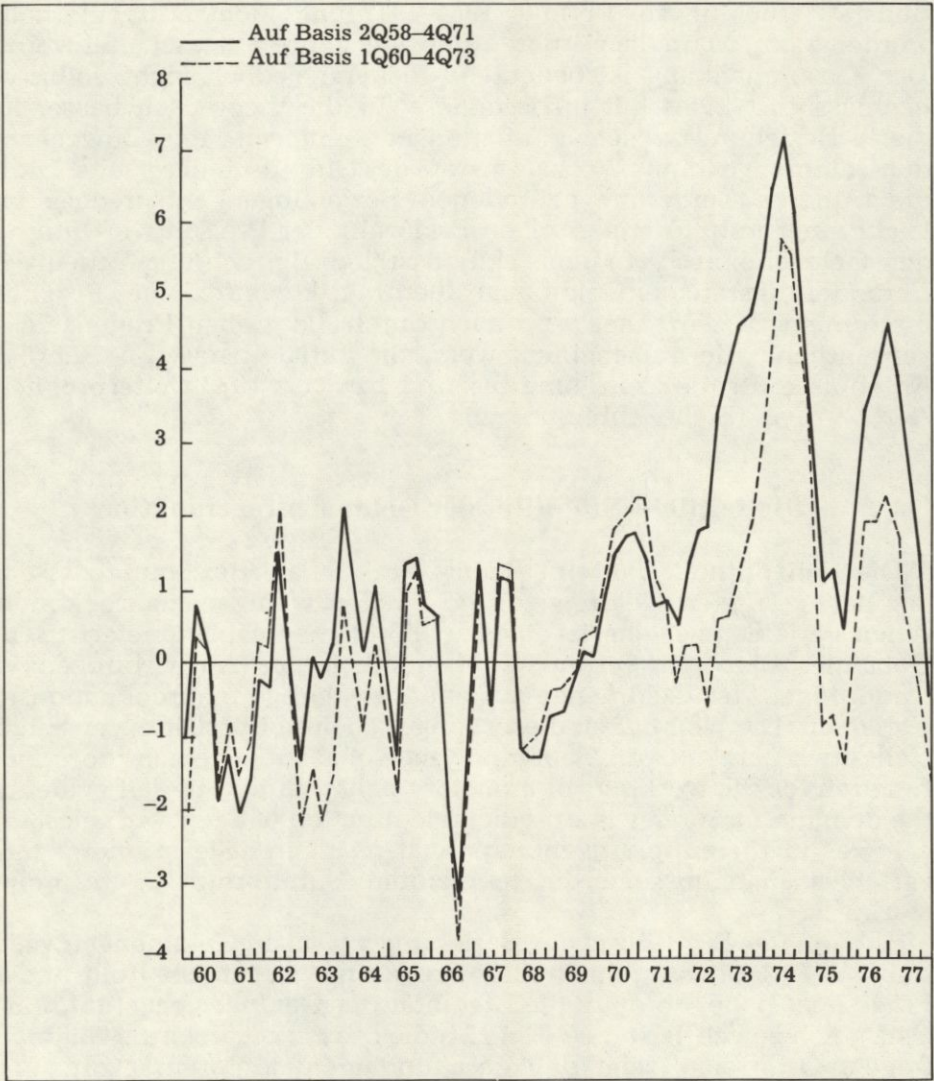
Die zeitliche Stabilität der Geldnachfragefunktion

Die Behauptung, daß eine stabile funktionale Beziehung zwischen der nachgefragten Geldmenge und einigen wenigen makroökonomischen Variablen bestehe, ist eines der Fundamente im monetaristischen Gebäude. Dies gilt besonders hinsichtlich der Auswirkungen von Änderungen der Geldmenge auf andere wichtige makroökonomische Variablen. Die Wichtigkeit dieser Frage scheint unbestritten zu sein. So stellt etwa Laidler fest: „The importance of a stable demand for money function for the workings of monetary policy should be self evident. If the demand for money is a predictable function of a few variables, then changes in the supply of money must result in at least one of those variables changing in order to maintain equilibrium in the money market“²⁰.

Auch in der Erörterung der Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und Inflationsrate spielt diese Frage eine wesentliche Rolle und die Frage liegt nahe, ob denn die Stabilität der Geldnachfragefunktion in Österreich gewährleistet ist. Eine Studie des Autors über die Geldnachfrage in Österreich²¹ zeigt, daß diese fundamentale Voraussetzung nicht erfüllt ist. Vielmehr ergeben sich Beweise für Strukturbrüche zu Anfang der siebziger Jahre. Im Zuge der Auflösung der internationalen Währungsordnung von Bretton Woods kam es, vor allem angesichts der massiven Handelsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten im Zeitraum 1969–1971, in den Jahren 1971 und 1972 zu starken spekulativen Kapitalabflüssen aus den Vereinigten Staaten²². Auch das folgende Jahr (1973) war durch erhebliche Unsicherheiten auf den internationalen Kapitalmärkten gekennzeichnet. Im ersten Quartal war der Dollar zwar wieder spekulativen Angriffen ausgesetzt, für den Rest des Jahres ergaben sich jedoch nennenswerte Rückflüsse in die Vereinigten Staaten.

Abb. 4

**Schätz- bzw. Prognosefehler
Verbraucherpreisindex**



Tatsächliche Inflationsraten minus geschätzte oder prognostizierte Werte; Berechnung auf Grund der in Abb. 3 wiedergegebenen Daten.

„Among the OECD recipient countries, Germany clearly stands out with a net capital inflow of \$ 15 billion over the last two and a quarter years. Nearly half of this surplus was recorded in the first quarter of this year. Canada, Australia, France, Switzerland, and especially, the smaller European countries as a group, also had significant inflows during this period of exchange rate uncertainty“²³.

Die Kapitalzuflüsse in den Jahren 1971 und 1972 und deren Abfluß im Jahr 1973 führten zu außerordentlich hohen Zuwachsraten der Geldmenge in den Jahren 1971, 1972 und auch noch im ersten Halbjahr 1973, dagegen zu relativ niedrigen Zuwachsraten in den folgenden Quartalen. Diese monetäre Entwicklung spiegelt sich in einer Verschiebung der Geldnachfragefunktion im Jahre 1971 und einer Rückkehr zur Ausgangsposition im zweiten Halbjahr 1973. Dies hat zur Folge, daß eine für die Jahre bis 1970 geschätzte Geldnachfragefunktion den tatsächlichen Bestand an Geld stark unterschätzt²⁴.

Eine wesentliche Bedingung für eine simple monetaristische Analyse, nämlich die Stabilität der Geldnachfragefunktion, ist somit verletzt und der außerordentlich starke Anstieg der Geldmenge zu Beginn der siebziger Jahre und der darauffolgende heftige Preisauftrieb in den Jahren 1974–1975 erscheint in diesem Lichte nur als eine historische Zufälligkeit, die in einer recht guten Korrelation zwischen Geldmen-genwachstum und Inflationsrate ihren Niederschlag findet. Die kurzfristigen Ursachen der Inflationsbeschleunigung zu Mitte der siebziger Jahre müssen daher wohl in einem weiteren Kreis von Faktoren, wie etwa dem abrupten Anstieg der Rohstoffpreise, der Entwicklung staatlich administrierter Preise oder der Lohnentwicklung, soweit sie nicht nur Ausdruck eines Nachfrageüberhanges ist, gesucht werden²⁵. Darüber hinaus ist die Beziehung zwischen den beiden Variablen für Zeiträume, während welcher die Geldnachfragefunktion stabil ist, eher locker. Allerdings sind dies Zeiträume relativ geringer Zuwachsraten in der Geldmenge und den Preisen, und man könnte erwarten, daß Auswirkungen institutioneller Faktoren sich kurzfristig stark in der Bewegung der Preise niederschlagen²⁶.

Die angeführten Resultate schließen nicht notwendigerweise die Möglichkeit aus, daß gewisse ausgesuchte monetäre Variablen, etwa im Sinne von Nachfrageindikatoren, geeignete Hinweise auf die zukünftige Entwicklung der Preise liefern könnten. Der folgende Abschnitt enthält einige Bemerkungen, wie dies möglicherweise im Rahmen einer differenzierteren monetären Analyse bewerkstelligt werden könnte.

Geld ist nicht gleich Geld

Der vorhergehende Abschnitt ist ein geeigneter Ausgangspunkt, um auf eine fundamentale Schwäche im simplen monetaristischen Inflationsansatz, die in der jüngsten Diskussion über die Effektivität der Fiskal- und Geldpolitik betont wurde, hinzuweisen. (Ähnliche Kritik trifft auch auf die naive Form des Keynesianismus zu, siehe später). Es

ist, wie Bent Hansen und andere Ökonomen betont haben, sinnlos, die Wirkungen von Geldmengenänderungen zu untersuchen, falls nicht genau spezifiziert wird, auf welche Weise die Geldmengenänderung zustande kommt. Ob die Geldmenge durch Offen-Markt-Operationen erhöht wird, oder ob ein Budgetdefizit über Geldschöpfung durch die Zentralbank finanziert wird und sich auf diese Weise die Geldmenge erhöht, ist offensichtlich von entscheidender Bedeutung²⁷. Diese Unterscheidung scheint sowohl von der naiven Form des Monetarismus als auch von der naiven Variante des Keynesianismus ignoriert zu werden, findet dagegen in sorgfältigeren theoretischen Modellspezifikationen sehr wohl Berücksichtigung²⁸.

In einer offenen Volkswirtschaft gibt es noch einen zusätzlichen Kanal, Kapitaltransaktionen mit dem Ausland, über den die Geldmenge vermehrt werden kann. Aber genauso wie in einer geschlossenen Volkswirtschaft ist es auch hier unumgänglich, die Quellen der Geldmengenveränderung zu spezifizieren, bevor Aussagen über ihre Wirkungen gemacht werden können. Langfristige Kapitalzuflüsse etwa zur Finanzierung von Investitionen (Realkapital) üben natürlich eine völlig andersgeartete (stimulierende) Wirkung auf die Gesamtwirtschaft aus als kurzfristige spekulative Kapitalzuflüsse, wie sie zu Anfang der siebziger Jahre auftraten, deren volkswirtschaftlicher Effekt wohl vernachlässigt ist, wenn man von einer möglichen Verminderung der kurzfristigen Zinsen absieht.

Statistiken über das Geldmengenwachstum sind zwar kurzfristig und mit relativ großer Verlässlichkeit verfügbar; ihr Wert als Indikator für die Stoßrichtung der monetären Entwicklung auf dem Gebiet der Inflationsanalyse ist jedoch sehr eingeschränkt. Je nach der Quelle, aus der sich die Geldmengenerhöhung speist, sind die Wirkungen auf die Volkswirtschaft stark unterschiedlich und eine differenziertere Betrachtungsweise scheint erforderlich²⁹.

Anmerkungen

- 1 Friedman, Milton, *Inflation: Causes and Consequences*, Bombay 1963, Council for Economic Education.
- 2 Hier seien nur einige wenige der Ökonomen genannt, die der monetaristischen Analyse der Inflation als nationales oder internationales Problem zuneigen. Allerdings gibt es auch hier, wie später noch dargelegt wird, weitreichende Unterschiede.
Anderson, L. C. and Karnosky, D. S., *A Monetary Interpretation of Inflation*, in *Analysis of Inflation, 1965-1974*. Ed. Joel Popkin, NBER-Ballinger Publishing Co. Cambridge, Mass. 1977.
Genberg Hant and Alexander K. Swoboda, *Causes and Origins of the Current Worldwide Inflation*, in *Inflation Theory and Antiinflation Policy*, ed. Lundberg, International Economic Association, The Macmillan Press Ltd., London and Basingstoke, 1977.
Laidler, D., *Inflation in Britain: A Monetarist Perspective*, *American Economic Review*, Sept. 1976, Vol. 66, No. 4.
Selden, Richard, T., *Monetary Growth and the Long-Run Rate of Inflation*, *American Economic Review, Papers and Proceedings*, May 1975, Vol. 65, No. 2.
Siehe auch die Beiträge zum Sammelband: *The Problem of Inflation*, Eds. Karl Brunner and Allan Meltzer, Carnegie-Rochester Conference, Series on Public Policy, North-Holland, 1978.
Eine empirische Überprüfung der monetaristischen Hypothesen sowie anderer Hypothesen für eine Reihe von Ländern enthält Gordon, Robert, J., *World Inflation and Monetary Accommodation in Eight Countries*, *Brookings Papers on Economic Activity* 2/1977.
- 3 Hier ist häufig von einer „Alimentierung“ des Preisauftriebes von der Geldseite her die Rede.
- 4 Friedman, Milton, *The Quantity Theory of Money - A Restatement*, in Milton Friedman, Ed., *Studies in the Quantity Theory of Money*, University of Chicago Press, Chicago 1956.
- 5 Friedman, Milton, *The supply of money and changes in prices and output*, in *The Relationship of Prices to Economic Stability and Growth*, Washington, D. C. US Government Printing Office, 1958.
- 6 In der nichtwissenschaftlichen Presse scheint Friedman allerdings eine extremere Form der Quantitätstheorie zu vertreten.
- 7 Stein, Herbert, *Inflation and Stagflation*, *Journal of Monetary Economics*, April 1978, p. 211.
- 8 Parkin, Michael, *Where is Britain's Inflation Going?* *Lloyds Bank Review*, July 1975, No. 117, p. 9.
- 9 Bank für internationalen Zahlungsausgleich, *Siebenundvierzigster Jahresbericht*, Basel 1977, p. 42; kursiv im Original.
- 10 *Towards Full Employment and Price Stability*, A Report to the OECD by a Group of Independent Experts (Paul McCracken, Guido Carli, Herbert Giersch, Attila Karaosmanoglu, Ryutaro Komiya, Assar Lindbeck, Robert Marjolin, Robin Matthews); OECD 1977.
- 11 Diese Verfahrensweise ist solange problemlos, als die Wachstumsrate des realen Einkommens nicht stark variiert. Wieweit dies insbesondere in den siebziger Jahren nicht zutrifft und die Ergebnisse verfälscht, wird später untersucht.
- 12 Almon, S., *The Distributed Lag between Capital Appropriations and Expenditures*, *Econometrica*, Jan. 1965, Vol. 33, No. 1.
- 13 Für die Jahre vor 1964, für die nur Daten des Bruttonationalproduktes zur Verfügung stehen, wurde der entsprechende Deflator verwendet.
- 14 Eine ausführliche Beschreibung dieses Konzeptes ist enthalten in: Handler, Heinz, *Geldpolitik, Geldbasis und Geldmenge*, Zum Geldmengenkonzept des Wifo, Monatsberichte 1/1977, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Daten über die jährlichen Zuwachsraten der Geldmenge vor 1959 beziehen sich jedoch auf die Definition, die von der Österreichischen Nationalbank verwendet wird. Die beiden Geldkonzepte unterscheiden sich hauptsächlich durch die Einbeziehung von Bundes-

- guthaben bei der Österreichischen Nationalbank im Geldbegriff der Nationalbank. Diese Unterschiede dürften jedoch in den fünfziger Jahren vernachlässigbar sein.
- 15 Die Auswahl der maximalen Lags und des Grades des Polynoms ist notwendigerweise etwas arbiträr. Ein Polynom zweiten oder dritten Grades mit einem maximalen Lag von elf Quartalen (insgesamt also zwölf Zeitperioden) scheint nicht auszureichen: die Koeffizienten der unabhängigen Variable verzögert um acht oder neun Quartale stiegen wiederum an, anstatt, wie zu erwarten wäre, gegen Null abzufallen. Um den anscheinend steigenden Einflußgrad zu berücksichtigen, wurde ein maximaler Lag von 15 Quartalen vorgegeben. Die folgenden Regressionsergebnisse beziehen sich alle auf ein Polynom dritten Grades.
 - 16 Siehe jedoch die Resultate weiter unten, wo auch die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes berücksichtigt wird.
 - 17 Die kürzere Basisperiode wird durch das Datenmaterial bedingt.
 - 18 Wiederum sind in dieser (relativ flexiblen) Form der Lagverteilung die Koeffizienten der um drei bis sieben Quartale verzögerten unabhängigen Variablen negativ. Unter Vorgabe von stärkeren Bedingungen für die Form der Lagverteilung ist es natürlich möglich, die Positivität aller Koeffizienten zu erzwingen.
 - 19 Siehe etwa H. Stein, op. cit.
 - 20 Laidler D., *The Influence of Money on Economic Activity-A Survey of some Current Problems*, in G. Clayton, J. C. Gilbert, R. Sedgwick eds. *Monetary Theory and Monetary Policy in the 1970s*, Oxford University Press 1971, London, p. 90. Siehe auch Friedman, Milton und D. Meiselman, *The Relative Stability of Monetary Velocity and the Investment Multiplier in the United States, 1897-1958*, in *Stabilization Policies: Commission on Money and Credit*, Engelwood Cliffs, 1963.
 - 21 Pollan, Wolfgang, *The Cyclical Responsiveness of the Demand for Money and its Stability in an Open Economy: The Case of Austria*. *Angewandte Statistik und Ökonometrie*, Heft 14, Göttingen 1978, Vandenhoeck & Ruprecht.
 - 22 Ibid. p. 40; siehe auch OECD, *Economic Outlook*, Nr. 10, Dec. 1971, p. 43 ff.
 - 23 OECD *Economic Outlook*, Nr. 13, July 1973, p. 50.
 - 24 Pollan, Wolfgang, op. cit. p. 41 ff.
 - 25 Siehe dazu etwa die Darstellung der Preisentwicklung in Pollan, Wolfgang, *Vielfalt in der Bewegung der Verbraucherpreise seit 1967*, *Monatsberichte* 4/1980.
 - 26 Dies, insbesondere die ihren Auswirkungen nach antizyklische Preisgestaltung der öffentlichen Hand, könnte vielleicht als Erklärung für die Form der Lagverteilung (zum Teil negative Koeffizienten) für die Periode 1958-1971 dienen.
 - 27 Daß Offen-Markt-Käufe von Wertpapieren unter Umständen sogar deflationär wirken können, ist theoretisch nicht ausgeschlossen, dagegen scheint allgemeine Übereinstimmung dahingehend zu bestehen, daß durch Geldschöpfung finanzierte Budgetdefizite expansionär wirken. Allerdings wird diese zweite Maßnahme von den Monetaristen gerne als geldpolitische Maßnahme, von den Keynesianern dagegen als fiskalpolitische Maßnahme reklamiert. Siehe hiezu B. Hansen, op. cit., p. 557, und Blinder Alan. S. and Robert M. Solow, *Analytical Foundations of Fiscal Policy*, in *The Economics of Public Finance*, The Brookings Institution, Wash. D. C., 1974; und Frisch, Helmut, *The Role of Money in the Inflation Analysis*, in *Inflation Theory and Anti-inflation Policy*, Ed. Erik Lundberg, International Economic Association, The Macmillan Press Ltd, London and Basingstoke, 1977.
 - 28 Christ, C. F. *A Simple Macroeconomic Model with a Government Budget Restraint*, *Journal of Political Economy*, Jan. 1968, Vol. 76., Hansen, Bent, op. cit., Blinder, Alan, S. and Robert M. Solow, op. cit., Brunner K. and A. Meltzer, *An Aggregative Theory for a Closed Economy*, in Jerome L. Stein, ed., *Monetarism*, Amsterdam 1976, Ch. 2, Stein, Jerome, L., *Inside the Monetarist Black Box*, in Jerome L. Stein, ed. *Monetarism*, Amsterdam 1976, Ch. 3.
 - 29 In jüngster Zeit haben auch institutionelle Änderungen zu Umschichtungen innerhalb der finanziellen Portfolios geführt, die die Interpretation des Geldmengenwachstums erschweren. Siehe dazu Handler, Heinz, *Monatsberichte* 6/1979, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Preisentwicklung, Steuerprogression und Lohnpolitik¹

Ewald Nowotny

(1) Die Frage, welches Ausmaß und welche Form Lohnerhöhungen annehmen müssen, um eine „korrekte“ Abgeltung von Preissteigerungen zu gewährleisten, ist von offensichtlicher zentraler wirtschaftspolitischer Bedeutung. Neben Fragen welche Preissteigerungen als „lohn-relevant“ zu sehen sind, ob die Abgeltung für alle Einkommensgruppen in gleicher Form oder differenziert erfolgen solle ist insbesondere auch die Frage von Bedeutung, wieweit steuerliche Effekte im Rahmen der „Inflationsabgeltung“ Berücksichtigung finden sollten.

Von besonderer Bedeutung sind hier die Effekte eines progressiven Lohn- und Einkommensteuersystems. Denn während bei einer proportionalen Einkommensteuer die prozentmäßige Erhöhung, die erforderlich ist, um die Netto-Realeinkommen konstant zu halten gleich ist der Inflationsrate, ist dies bei einem progressiven Steuersystem nicht der Fall. Sowohl durch Wirkungen über die Gestaltung der Bemessungsgrundlage (insbesondere in bezug auf Steuerfrei- und Absetzbeträge)² als auch durch die Gestaltung des Tarifes werden in diesem System Grenzsteuersätze und Durchschnittssteuersätze voneinander abweichen. Insbesondere wenn in einem solchen System der Steuerpflichtige durch eine Abgeltung in der Höhe der Inflationsrate in die Zone eines höheren Grenzsteuersatzes gelangt, wird der resultierende Netto-Einkommenszuwachs unter der abzugeltenden Inflationsrate verbleiben. Diese Problematik hat in Staaten mit einem ausgeprägt progressiven Steuersystem, wie dies etwa für die skandinavischen Länder und die USA gilt, insbesondere unter dem Eindruck höherer Inflationsraten erhebliche Aufmerksamkeit gefunden³. Auch in der österreichischen Diskussion gewinnt dieser Aspekt an Bedeutung, in der Regel freilich ohne daß genauere quantitative Anhaltspunkte über die Größenordnungen dieses „Steuer-Effektes“ vorliegen. Im folgenden sollen daher

an Hand einer einfachen Formel Anhaltspunkte hinsichtlich der involvierten Größenordnungen abgeleitet werden.

(2) Es seien E das ursprüngliche Einkommen eines Steuerpflichtigen, $\Delta p/p$ der prozentuelle Preisanstieg, der abgegolten werden soll, t_1 der Durchschnittssteuersatz bei E , t_m der Grenzsteuersatz. Um die Netto-Einkommen real konstant zu halten, muß gelten

$$\Delta E(1-t_m) = E(1-t_1) \cdot \Delta p/p$$

Daraus folgt:

$$\frac{\Delta E}{E} = \frac{\Delta p}{p} \cdot \frac{(1-t_1)}{(1-t_m)}$$

Die nachstehende Tabelle 1 enthält quantitative Illustrationen für die Zusammenhänge in der Dynamik von Lohnsteigerung, Preisentwicklung und Einkommensteuersystem (charakterisiert durch Grenz- und Durchschnittssteuersätze), wobei die angeführten Kombinationen K von Grenz- und Durchschnittssteuersätzen in etwa dem österreichischen Einkommensteuertarif entsprechen.

Tabelle 1

**Zusammenhänge von prozentueller Einkommenssteigerung ($\dot{E}$)
Preisentwicklung ($\dot{p}$) und verschiedenen Kombinationen K
von Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen**

Preissteigerungsrate	$\dot{E}$ im Falle von			
	K_1	K_2	K_3	K_4
5%	6	7	8	8
7%	9	10	11	12
10%	13	14	16	17

(3) Die in Tabelle 1 enthaltenen Ergebnisse zeigen, daß in jedem Fall aus der Wirkung eines progressiven Steuersystems heraus eine über der Inflationsrate liegende Einkommensabgeltung erforderlich ist, wenn es gilt die Netto-Realeinkommen konstant zu halten: Bei Einkommen, die den österreichischen Durchschnittseinkommen entsprechen (zwischen K_2 und K_3), würde etwa bereits eine Preissteigerungsrate von 5 Prozent Nominaleinkommenszuwächse zwischen 7 und 8 Prozent erfordern. Steigende Inflationsraten erfordern dabei eine etwa proportional höhere Dynamik.

Verwendete Kombinationen K von Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen

	Durchschnitts- steuersatz (t_1) ¹	Grenzsteuer- satz (t_m)	entspricht ungefähr einem Jahresbrutto- einkommen von S
K ₁	7%	28%	90.000
K ₂	12%	38%	150.000
K ₃	19%	48%	270.000
K ₄	30%	58%	550.000

1 Lohnsteuer nach Einkommensstufen 1977 in Prozent des Jahresbruttoeinkommens eines Angestellten bei Zugrundelegung von 6,5% steuerfreier Bezüge, 14 Monatsgehältern, kein Alleinverdiener (Kitzmantel, 1979, S. 48).

Die nach Formel (1) berechneten Werte der Tabelle 1 können natürlich nur als erste, grobe Indikatoren des eingebauten inflationären „Selbstverstärkungspotentials“ eines progressiven Steuersystems dienen. In einem realen Inflationsprozeß wirken „Steuer-Lohn-Spirale“ und „Preis-Lohn-Spirale“ mit zeitlichen Verzögerungen von komplexer Struktur aufeinander ein. Im Anhang dieses Artikels wird ein entsprechendes dynamisches Modell entwickelt, welches über die oben dargestellten definitorischen Zusammenhänge hinaus den Einfluß bestimmter Verhaltensannahmen in bezug auf Festsetzung der Löhne zeigt, für die als Kontrakteinkommen die geschilderten Zusammenhänge ja von spezieller Bedeutung sind. Es zeigt sich dabei, daß es bei einem progressiven Steuersystem bei vollständiger und sofortiger Anpassung der Löhne an den kombinierten Inflation-Steuereffekt zu akzelerierenden inflatorischen Prozessen kommen kann. Stellt man dagegen auf ein verzögertes Anpassungsverhalten ab, wird eine Strategie, die Nettoealohnzuwächse in Höhe des Produktivitätsfortschritts anstrebt, zu einem nur vorübergehenden „induzierten“ Anstieg der Inflationsrate führen.

(4) Hinsichtlich der wirtschaftstheoretischen Schlußfolgerungen geben diese kurzen Anmerkungen einen – weiteren – Hinweis darauf, daß Änderungen des Preisniveaus nicht als „neutral“ in bezug auf die realwirtschaftliche Entwicklung gesehen werden können. Die Existenz eines progressiven Steuersystems wird vielmehr bewirken, daß Preissteigerungen auch die realen Beziehungen in bezug auf Distribution und Allokation verändern, wobei Ausmaß und Form der entsprechenden Effekte von der jeweiligen Art der Inflationskompensation abhängen⁴. Generell gilt, daß es problematisch erscheint, die distributiven und allokativen Auswirkungen von Preissteigerungen zu analysieren, ohne explizit auch den Einfluß des Steuersystems zu berücksichtigen⁵.

(5) Auf wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen, die ja auf jeden Fall auch die Seite der öffentlichen Ausgaben miteinbeziehen müßten, soll an dieser Stelle nicht im einzelnen eingegangen werden. Insbesondere sind die angeführten Modell-Rechnungen selbstverständlich nicht als lohnpolitische „Leitlinie“ zu sehen, da konkrete lohnpolitische Überlegungen ja von wesentlich umfassenderen Betrachtungen, die u. a. auch die außenwirtschaftliche und konjunkturpolitische Komponente einbeziehen, auszugehen haben. Nur zwei speziell deutlich werdende Aspekte seien hervorgehoben: Die gewaltige Dynamik einer Preis-Lohn-Spirale bei höheren Inflationsraten und ausgeprägt progressivem Steuersystem läßt die große wirtschaftspolitische Bedeutung einer Politik der Preisstabilität erkennen, da ein Zurückschrauben einer einmal eingesetzten Preisdynamik auf Grund der dargestellten Mechanismen offensichtlich überaus schwierig und damit langwierig ist⁶.

Zum zweiten wird die Bedeutung auch der direkten Besteuerung als (indirekter Lohn-)Kostenfaktor deutlich, eine Bedeutung, die bisher gegenüber den Nachfrageeffekten der Besteuerung vielfach zu wenig berücksichtigt worden sein dürfte⁷.

Dieser „Kosteneffekt“ der direkten Besteuerung ergibt sich, wenn von einer zumindest tendenziellen Überwälzung auch der direkten Steuern auszugehen ist. Hinsichtlich der Gewinnbesteuerung besteht heute im Rahmen der Finanzwissenschaft weitgehende Übereinstimmung, daß unter den empirisch dominierenden oligopolistischen Marktverhältnissen und Preissetzung nach Vollkostenprinzip⁸ jedenfalls mittelfristig von einer tendenziellen Steuerüberwälzung ausgegangen werden kann (Mieszkowski, 1969; Recktenwald, 1971).

Aber auch hinsichtlich der Lohnsteuer, insbesondere von expliziten oder impliziten Erhöhungen der Lohnsteuer, ist dann von Überwälzungstendenzen zu sprechen, wenn in Lohn- und Tarifverhandlungen auf Netto-Reallohnzuwächse abgestellt wird. Ein solcher Trend ist international feststellbar (OECD 1976) und dürfte sich auch für Österreich aus manchen Indizien ableiten lassen⁹. Hinsichtlich der Besteuerungswirkung würde dies eine zumindest partielle Überwälzbarkeit der Lohnsteuer implizieren.

Eine volle Überwälzung ist dagegen nicht anzunehmen, da dies voraussetzen würde, daß die Lohnpolitik auf das, wie vorher gezeigt, nach Einkommenshöhe unterschiedliche Ausmaß der „kalten Progression“ abstellt. Dies wird in der Regel aber nicht der Fall sein (H. G. Petersen, 1977). Darüber hinaus ist zu beachten, daß für die Netto-Realeinkommensentwicklung ja letztlich nicht die Tarif-, sondern die Effektivlohnentwicklung ausschlaggebend ist, wobei das Ausmaß der Lohndrift im Konjunkturverlauf und auch zwischen verschiedenen Einkommensgruppen schwankt. Jedenfalls aber würde bereits eine auch nur partielle und in bezug auf Senkungen und Erhöhungen annähernd symmetrische Überwälzungstendenz der Lohnsteuer bedeuten, daß die Wirkung einer Lohnsteuersenkung analytisch etwa gleichzusetzen wäre einer Lohnsubvention an die Unternehmungen. In beiden Fällen würde ein Teil des Zuwachses der Netto-Gehaltssumme

vom öffentlichen Sektor „getragen“¹⁰. Dieser Aspekt bekommt besondere Bedeutung durch das dynamische Element, das, wie gezeigt, von einem deutlich progressiven Steuerverlauf ausgeht.

Wie generell bei Fragen der Steuerüberwälzung, ist freilich auch hier zu berücksichtigen, daß ein partialanalytischer Ansatz nicht ausreichen kann, um die gesamtwirtschaftlichen Effekte voll zu erfassen, die insbesondere auch von der Finanzierungsseite einer Lohnsteuersenkung bestimmt werden, wobei etwa diese Effekte sehr unterschiedlich sein werden, je nachdem ob die Finanzierung über Ausgabensenkungen, Erhöhungen anderer Steuern oder höhere öffentliche Verschuldung erfolgt.

(6) Um dieses dynamische Element einer „tax-push-inflation“ zu kompensieren oder zumindest zu neutralisieren wird von manchen Seiten eine Indexierung des Einkommensteuersystems vorgeschlagen (Giersch 1974; Meade-Report, 1978), die bei korrekter Durchführung sowohl die Bemessungsgrundlage, wie den Tarif umfassen müßte. Eine Indexierung nur eines – wenn auch bedeutenden – Teilbereiches des Wirtschaftsgeschehens würde freilich zu schwerwiegenden Verzerrungen gegenüber den nicht-indexierten Wirtschaftsbereichen führen (Hamada, 1979). Eine umfassende Indexierung dagegen ist schon administrativ und kostenmäßig kaum denkbar und wäre wohl auch hinsichtlich ihrer stabilitätspolitischen Effekte nicht unbedenklich.

Denn es darf ja nicht übersehen werden, daß längere Perioden von Preissteigerungen auch eine psychologisch-verhaltensmäßige Eigendynamik entwickeln, die auch bei umfassender Indexierung über längere Perioden nachwirken und damit eine Rückkehr zu „vor-inflationären“ Verhaltensweisen erschweren würden. Dies könnte dann dazu führen, daß Volkswirtschaften mit ausgebauten Indexregelungen stärker „inflation-anfällig“ sind als solche, die auf diskretionäre Anpassungen abstellen.

Dies gilt nicht nur, weil eine Indexierung in der Regel den Einsatz von, wie im Anhang gezeigt, oft entscheidenden, Anpassungsverzögerungen als „wirtschaftspolitischem Notventil“ erschweren und generell das Entstehen einer „Inflationsmentalität“ begünstigen könnte. Bedeutender noch könnten die Wirkungen sein hinsichtlich institutioneller Verhandlungsprozesse, insbesondere auf den strategischen Gebieten der Einkommens- und Steuerpolitik: Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft, bzw. erforderlicher Wählerlegitimation wie politische Parteien, Gewerkschaften etc. benötigen Verhandlungserfolge, um die Loyalität ihrer Mitglieder, bzw. Wähler zu sichern. Eine Indexierung von Löhnen, Steuern etc. würde nun das Feld solcher Verhandlungen wesentlich einengen, da sie sich nun nur auf reale Änderungen beziehen können, während ein wesentlicher Teil der Endergebnisse durch die Indexierung schon quasi automatisch vorgegeben wäre. Das Ergebnis der Verhandlungsprozesse und die Bedeutung der Verhandlungsführung wird damit wesentlich weniger „eindrucksvoll“ erscheinen. Das könnte Verhandler, insbesondere in kompetitiven Situationen, dazu führen, reale Ergebnisse in bezug auf Steuersenkungen, Lohnerhö-

hungen etc. anzustreben, die höher sind als es sich ohne Indexierung ergeben hätte¹. Selbstverständlich wird die Bedeutung dieser Problematik wesentlich anhängen vom Grad der Geldillusion, von den institutionellen Gegebenheiten etc. Jedenfalls dürfte hier aber ein wesentlicher Grund liegen für die Skepsis der Wirtschaftspolitik, gegenüber den insbesondere von neo-klassischen Theoretikern vielfach vorgebrachten Indexierungs-Vorschlägen.

Es wird daher sinnvoll sein, nach anderen Wegen zu suchen. Hinsichtlich der speziellen steuerpolitischen Problematik würde, wie in den angeführten Beispielen gezeigt, eine über ad hoc-Änderungen hinausgehende Reduzierung der „Inflations-Sensibilität“ des Einkommensteuer-Systems insbesondere eine Verringerung der Differenz zwischen Durchschnitts- und Grenzsteuersätzen erfordern. Dies wäre erreichbar durch eine Ausweitung der Bemessungsgrundlage bei Reduzierung – „Proportionalisierung“ – der Tarife. Wie von mir an anderer Stelle gezeigt (Nowotny 1979), ließe eine solche Entwicklung eine Vielzahl steuerpsychologischer und insbesondere allokativer Vorteile erwarten. Die Überlegungen der vorliegenden Studie zeigen nun, daß eine solche Entwicklung in Richtung einer „umfassenden Einkommenbesteuerung“ auch erhebliche stabilitätspolitische Vorteile, gerade hinsichtlich des zentralen Bereiches der Einkommenspolitik mit sich bringen könnte.

Anmerkungen

- 1 Eine erste Fassung der in dieser Studie enthaltenen Überlegungen wurde vor dem Wirtschaftswissenschaftlichen Staff-Seminar an der Wirtschaftsuniversität Wien vorgetragen und in den Arbeitsheften der WU-Wien, Reihe Volkswirtschaft Nr. 23 veröffentlicht. Den Seminarteilnehmern bin ich für wertvolle Kritik zu Dank verpflichtet.
- 2 Es sei darauf hingewiesen, daß durch die Einengung der Bemessungsgrundlage durch Steuerfreibeträge etc. auch bei linearem (Proportional-)Tarif ein Progressionseffekt im Sinne steigender Durchschnittssteuersätze bei steigendem Einkommen entsteht.
- 3 Siehe dazu u. a. die Beiträge von R. A. Musgrave (1976 und 1979), wobei in den in diesen Beiträgen abgeleiteten Ergebnissen jedoch mathematische Fehler enthalten sind. L. Mathiessen (1973), E. Lundberg (1957), E. Nowotny (1980). Für eine Analyse der Zusammenhänge von progressiver Besteuerung und Inflationseffekten in bezug auf verschiedene Formen einer Indexbindung siehe D. Bös (1974).
- 4 Es sei darauf hingewiesen, daß entsprechende Probleme nicht nur hinsichtlich der oben speziell diskutierten Lohnentwicklung, sondern auch hinsichtlich der Entwicklung der Netto-Realgewinne, bzw. Realzinssätze bestehen (Nowotny, 1980).
- 5 Wie dies z. B. weitgehend der Fall ist in der – mit Recht – bekannten Studie von Streißler, Beinsen, Schleicher, Suppanz (1976).
- 6 Zu diesen Preis-Steuer-Lohn-Mechanismen ist noch die außenwirtschaftliche Problematik hinzuzurechnen, die sich bei inflationären Entwicklungen (u. U. aber auch bei realem Wachstumsvorsprung) in einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz niederschlagen kann. Das „klassische“ Instrument der Abwertung könnte in einer solchen Situation via Import-Preis-Erhöhlungen aber wiederum den „Preis-Steuer-Lohn-Multiplikator“ in Bewegung setzen und damit die erhofften Vorteile einer Abwertung weitgehend wettmachen, bzw. u. U. bei „destabilisierendem Anpassungsverhalten“ sogar überkompensieren.

- 7 Vgl. etwa die Konzeption temporärer Einkommensteuer-Erhöhlungen als einem Mittel der Inflationsbekämpfung, wie sie im deutschen „Stabilitäts-Gesetz“ enthalten ist. Nach den Überlegungen dieses Beitrages wäre von einer solchen Konzeption dagegen u. U. sogar eine entgegengesetzte, d. h. inflationsfördernde, Wirkung zu erwarten.
- 8 Zum empirischen Nachweis für Österreich siehe die Beiträge von H. Walther und E. Nowotny, in Nowotny (1978).
- 9 Man denke als deutlichsten Niederschlag etwa an den „Big Bargain“, als ein (informeller) Zusammenhang zwischen Lohnsteuer-Senkung und dadurch „ermöglichten“ niedrigeren Bruttolohn-Forderungen geschaffen wurde.
- 10 Die allokativen und distributiven Effekte der beiden Maßnahmen können freilich im einzelnen sehr unterschiedlich sein, da eine Lohnsteuersenkung – im Gegensatz zu einer generellen Lohnsubvention – für die niedrigsten Einkommen, die keine Steuerpflicht trifft, keine Entlastungswirkung bedeutet. Es ist weiters zu beachten, daß der Effekt der „Lohnsubvention“ nicht in einer Gewinnerhöhung bestehen soll, sondern unter Annahme einer entsprechenden „Überwälzung“ in verringerten Preissteigerungsraten.
- 11 Eine solche Tendenz dürfte sich in Österreich etwa bei der unter Minister Schmitz eingeführten Indexierungs-Regelung für die Bezüge der Bundesbediensteten ergeben haben. Jedenfalls wurde diese Regelung später nicht mehr weitergeführt.

Literatur

- Bös, Dieter, Indexbindung von Einkommen und progressive Besteuerung, Z. f. Nationalökonomie, Bd. 34, 1974, S. 145–172.
- Giersch, Herbert, Index Clauses and the Fight against Inflation, in: Essays on Inflation and Indexation. Edited by the American Institute for Public Policy Research; Washington, D. C., 1974, 1–23.
- Kitzmantel, Edith, Steuern – Wer sie zahlt, wer sie trägt, Wien 1979.
- Lundberg, Erik, Business Cycles and Economic Policy, Cambridge (Mass.): Harvard University Press, 1957 (Swedish Edition 1953).
- Mathiessen, Lars, Index-Tied Income Taxes and Economic Policy, Swedish J. Econ., March 1973, 75 (1), 49–66.
- Meade, James E. (Chairman). The structure and reform of direct taxation. London: The Institute for Fiscal Studies, George Allen & Unwin Ltd., 1978.
- Mieszkowski, Peter, Tax Incidence Theory: The Effects of Taxes on the Distribution of Income, J. Econ. Lit., December 1969, 7 (4), pp. 1103–24.
- Musgrave, Richard A., Taxation, Inflation and Growth, in: Inflation, trade and taxes. Edited by David A. Belsley et al. Columbus: Ohio State University Press, 1976, pp. 181–93.
- Musgrave, Richard A. Fiscal Policy and Stagflation: The U. S. Experience in: Wirtschaftswissenschaft als Grundlage staatlichen Handelns. Edited by P. Bohley and G. Tolke-mitt. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1979, pp. 47–60.
- Nowotny, Ewald, Finanzwissenschaftliche Entwicklungen im Bereich der Einkommensbesteuerung, Institut für Finanzwissenschaft und Steuerrecht, Gelbe Briefe Nr. 109, Wien 1979.

- Nowotny, Ewald, Inflation and Taxation: A Survey of Macroeconomic Issues, erscheint in Journal of Economic Literature, Sept. 1980.
- Nowotny, Ewald, Studien zur Wettbewerbsintensität in der österreichischen Wirtschaft, Wien 1977.
- OECD. The Adjustment of Personal Income Tax systems for inflation. A Report by the Committee on Fiscal Affairs. Paris: OECD, 1976.
- Petersen, H. G., Personelle Einkommensbesteuerung und Inflation. Frankfurt 1977.
- Recktenwald, Horst C., Tax Incidence and Income Redistribution. An Introduction. Detroit 1971.
- Streißler, Erich; Beinsen Lutz; Schleicher Stefan; Suppanz Hannes. Zur Relativierung des Zieles der Geldwertstabilität, Göttingen 1976.

Anhang*

Wenn wir annehmen, daß sich die Preise durch prozentuelle Zuschläge zu den Lohnstückkosten bilden, so besteht zwischen Preissteigerungsrate p , Bruttolohnsteigerungsrate l und Produktivitätsfortschrittsrate q die bekannte Beziehung

$$(1) \quad p_t = l_t - q_t$$

Existiert ein progressives Steuersystem, so wird die definitorische Beziehung zwischen Bruttolohnzuwachsrate l , Nettoeinkommenzuwachsrate l_n und Preissteigerungsrate p durch den Progressionsgrad des Steuersystems modifiziert (siehe auch Text, Abschnitt (2)):

$$(2) \quad l_t = \frac{(1 - t_l)}{(1 - t_m)} (l_n^r + p_t)$$

Der Progressionsgrad des Steuersystems kann durch den Koeffizienten

$$(3) \quad m = \frac{(1 - t_l)}{(1 - t_m)}$$

ausgedrückt werden, wobei t_l (wie im Text, Abschnitt (2)) den durchschnittlichen, t_m den marginalen Steuersatz bezeichnet. Interessant wird Gleichung (2), wenn wir sie mit Hilfe bestimmter Hypothesen über das gewerkschaftliche Lohnforderungsverhalten in eine Verhaltensgleichung verwandeln: Wir nehmen an, daß die Gewerkschaften einen konstanten Nettoeinkommenzuwachs von β Prozent fordern (was sicherlich eine zu „mechanische“ Annahme ist). Um die daraus resultierenden Bruttolohnforderungen zu berechnen, müssen die Gewerkschaften von bestimmten Erwartungen bezüglich der zukünftigen Preisentwicklung

* Ausgearbeitet von H. Walther, Institut für Finanzwissenschaft, Univ. Linz

ausgehen. Wir nehmen der Einfachheit halber an, daß sich die erwartete Inflationsrate p_t^e an der Inflationsrate der Vorperiode orientiert, also

$$(4) \quad p_t^e = h \cdot p_{t-1}$$

wobei der Parameter h die „Trägheit“ der Erwartungsbildung in einfacher Weise zum Ausdruck bringt: je geringer h , desto schwächer reagieren die Inflationserwartungen auf Änderungen der Inflationsrate.

Damit der gewünschte Nettoealohnzuwachs in der Höhe von β Prozent auch verwirklicht werden kann, müssen die Gewerkschaften daher eine Bruttonominallohnzuwachsrate in der Höhe von

$$(5) \quad \bar{l}_t = m \cdot (\beta + h \cdot p_{t-1})$$

fordern. Wenn wir von der (nicht unplausiblen) Annahme ausgehen, daß aufgestellte Forderungen in den Tarifabschlüssen nicht immer verwirklicht werden können, wird im allgemeinen die tatsächliche Bruttonominallohnsteigerung l_t geringer sein als die geforderte, also

$$(6) \quad l_t = k \cdot \bar{l}_t$$

wobei k (der „Durchsetzungsparameter“) zwischen Null und Eins liegen kann.

Substituiert man nun Gleichung (5) in Gleichung (6) und sodann in Gleichung (1), so erhält man

$$(7) \quad p_t = k \cdot m \cdot (\beta + h \cdot p_{t-1}) - q_t$$

Gleichung (7) ist eine Differenzengleichung erster Ordnung. Löst man sie auf, so erhält man für den Zeitpfad der Inflationsraten

$$p_t = (p_0 - \frac{k \cdot m \cdot \beta - q}{1 - k \cdot m \cdot h}) (k \cdot m \cdot h)^t + \frac{k \cdot m \cdot \beta - q}{1 - k \cdot m \cdot h}$$

Die Beziehung (8) zeigt, daß ein höherer Progressionsgrad m des Lohnsteuersystems nicht nur die Institutionell bestimmte langfristige Basisinflationsrate anhebt,

$$\bar{p} = \frac{k \cdot m \cdot \beta - q}{1 - k \cdot m \cdot h}$$

sondern auch das Lohn-Preis-System tendenziell instabiler wird. Generell läßt sich sagen, daß eine aggressivere Lohnpolitik (ein höheres k), eine schnellere Anpassung der Inflationserwartungen (ein höheres h) und eine stark progressive Lohnsteuer in Richtung einer Destabilisierung des Lohn-Preis-Systems wirken. In Tabelle 1 ist der Inflationsspfad, den das System bei Auftreten eines exogenen Inflationsschocks in der Höhe von 5 Prozentpunkten einschlägt, anhand eines einfachen Zahlenbeispiels für ein proportionales (Spalte (1)) und ein progressives Steuersystem (Spalte (2)) dargestellt.

Wie man sieht, ist bereits die Ausgangsinflationsrate (vor Eintreten des „Inflationsschocks“) im Falle eines progressiven Systems höher (in unserem Zahlenbeispiel beträgt sie 1 Prozent). Darüber hinaus sind nicht nur die inflationären Folgeerscheinungen des Ausgangsschocks heftiger, auch die Rückkehr zur Basisinflation fällt deutlich schwerer.

Ein weiteres Problem verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Der Koeffizient m wird im Zeitablauf bestimmten charakteristischen Schwankungen unterworfen sein, weil sich die gesamtwirtschaftliche Aufkommenselastizität bei konstantem nominellen Steuertarif ändern wird, je mehr Arbeitnehmer in höhere Progressionsstufen hineinwachsen. Aber unsere Darstellung reicht aus, den „Grundmechanismus“ klar werden zu lassen.

Tabelle 1

Parameterkonstellation für das proportionale Einkommenssteuersystem (Spalte (1))

$$k = 0,8 \quad m = 1, \quad \beta = 0,025, \quad q = 0,02, \quad h = 0,5, \quad P_0 = 0,05$$

Parameterkonstellation für das progressive Steuersystem (Spalte (2))

$$k = 0,8, \quad m = 1,5, \quad \beta = 0,025, \quad q = 0,02, \quad h = 0,5, \quad P_0 = 0,06$$

Zeit	Inflationsspfad	
	(1)	(2)
•	0,00	0,01
0	0,05	0,06
1	0,02	0,04
2	0,008	0,028
3	0,0032	0,021
•	•	•
	0,00	0,01

Zur gesellschaftspolitischen Reichweite der Verbraucherpolitik

Karl Kollmann

I.

In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik Deutschland die Verbraucherpolitik deutlich in den Brennpunkt auch kritischer Analysen gerückt. Für viele, die sich in emanzipatorischer Absicht mit gesellschaftlichen Mechanismen auseinandersetzen, scheint die Verbraucherpolitik ein möglicher, noch wenig genutzter Ansatz für das, was man in guter Tradition Aufklärung nennt. Der Bereich des Konsumierens, des Erwerbens von Gütern und des Inanspruchnehmens von Dienstleistungen berührt ja den einzelnen tatsächlich unmittelbar und ununterbrochen. Der einzelne verfügt dabei zumindest potentiell über entsprechendes Urteilsvermögen, er kann hautnah, als Betroffener, Kompetenz ins Treffen führen und überhaupt lassen sich vom Ausgangspunkt Konsum weg, Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Gesellschaft absehen, in denen der einzelne, der Bezahlende, der Drehpunkt wäre. Einsicht ist beim Konsumieren doch sehr „griffig“ möglich, konkret – ein gewissermaßen induktives Lernen. Außerdem bleibt, obgleich Einzelinteresse und Allgemeininteresse durchweg deckungsgleich sind, – es sind schließlich alle Leute Verbraucher –, die Polarisierung Produzent – Konsument gewahrt. Diese Überlegungen zur Didaktik der Aufklärung leiten die kritische Beschäftigung mit der Verbraucherpolitik bei praktischer Absicht.

Dieser optimistische Blickwinkel entspricht auch der Perspektive, mit der die Kritik an der verbraucherpolitischen Praxis zu lesen ist. Gegenwärtig praktizierte Verbraucherpolitik „liefert in der Regel eine allgemeine, am Leitbild der sozialen Marktwirtschaft orientierte Zielsetzung, die auf eine Verbesserung der ‚Marktstellung‘ der Verbraucher abzielt.“ Bislang hatte sie nur „die Aufgabe ... ‚Dysfunktionen‘ des

marktwirtschaftlichen Systems zu beseitigen“, in Form eines „reaktiven Sozialschutzes“¹. Das jedoch genügt nicht: „Nur wenn (das verbraucherpolitische Instrumentarium) in der Lage ist, Veränderungen dergestalt herbeizuführen, daß nicht nur das Verhalten der abhängig Beschäftigten im Konsumbereich verändert wird, sondern auch Verhaltensänderungen im Produktionsbereich, d. h. in der Produzentenrolle der abhängig Beschäftigten, erzielt werden, wird es zu einer ‚effizienteren‘ Vertretung der Verbraucherinteressen beitragen können“².

Verbraucherpolitik sieht heute noch weitgehend von diesem ihr innewohnenden gesellschaftspolitischen Imperativ ab und funktioniert als Regulativ, als ein Bestandteil im Bündel staatlicher Aufgaben, deren Absicht etwa ökonomische und politische Stabilisierung ist. Dem entspricht auch die gängige Definition von Verbraucherpolitik als Summe der Maßnahmen zum Schutz, zur Information und zur Bildung der Verbraucher. Das Problematische dabei: die Interessen der Verbraucher drohen herauszufallen – Mittel sind zu Zielen aufgeblasen. Rechtlicher Schutz, Information und Bildung sind sicherlich Mittel, um als Verbraucher Interessen wahrnehmen und artikulieren zu können. Die Schaffung guter Deklarationsvorschriften oder die Information über die verbraucheradäquate Verwendung dieser Deklarationen ist jedoch nur ein Element verbraucherpolitischer Maßnahmen. Ein anderes und wahrscheinlich wichtigeres wäre, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen, die es dem einzelnen erlauben, autonom und aktiv an der Gestaltung des Angebots mitzuwirken.

Der politischen Pragmatik heute mangelt es oftmals an Leitzielen. Man konstatiert zwar allenthalben den Verfall des politischen Diskurses, der Auseinandersetzung mit der Zukunft und darauf gerichteter Interessen; die große Politik bedauert den Verlust von Respekt, welchen ihr die Mehrheit versagt. Auf der anderen Seite nimmt die Bereitschaft, sich in unmittelbar berührenden Fragen zu engagieren zu, das läßt sich an den Aktivitäten von Bürgerinitiativen ablesen. Allerdings bleibt diese Form der Selbstorganisation von Interessen relativ folgenlos – wenn der Anlaß eine Lösung erhalten hat, bedeutet das meist auch Auflösung der Organisation. Das Phänomen Bürgerinitiative deutet aber jedenfalls ein sehr weitreichendes Defizit für Artikulationsmöglichkeiten der Interessen Betroffener an. Diese zu schaffen, scheint notwendig, soll das Unbehagen gegenüber der Administration nicht weiter vertieft werden. Außerdem wäre dies auch eine Maxime zur Realisierung von Demokratie, der man sich bislang halt doch nur sparsam genähert hat.

Verbraucher, die sich aktiv mit der Gestaltung des Angebots zu beschäftigen beginnen, kommen über pragmatische Konsumentenpolitik hinaus: sie erfahren Konsum-, Einkommens- und Arbeitsinteressen als miteinander vernetzt. Konsumfragen erhalten eine Folie der Lebensqualität, der Probleme sozialer Stellung unterlegt; – Konsumfragen haben die Tendenz, zu gesellschaftspolitisch relevanten Fragen hinzu-leiten. Verbrauchererfahrung und emanzipatorische Verbraucherpolitik gingen also Hand in Hand. Im Gegensatz dazu allerdings werden

heute, üblicherweise, Konsuminteressen und Arbeitsinteressen sowohl in theoretischen Erörterungen wie in der praktischen politischen Arbeit, getrennt behandelt. Beide, Konsumentenpolitik wie Sozialpolitik, entbehren eines festen und bereichsübergreifenden Rahmens. Und beide waren bislang kaum strukturwirksam. Die Orientierung am Machbaren und die Fixierung an isolierten, eingängigen wirtschaftsstatistischen Daten scheint strukturgerechtes Denken zu blockieren und damit der Politik die Leitschiene gesellschaftspolitischer Ziele zu nehmen.

Sicherlich gibt es die Realität differenzierter. Dennoch stellt die Orientierung am Machbaren, am Angebot gewissermaßen, natürlich auch für eine strukturwirksamsein wollende Verbraucherpolitik eine wesentliche Gefahr dar. Typisch dafür ist der Warentest. Zum einen ist der objektive Warentest heute vielfach der einzige Anhaltspunkt für sachliche Kaufentscheidungen. Auf der anderen Seite reicht diese Orientierungshilfe in qualitativer Hinsicht nicht über das Angebot hinaus. Das Testergebnis bemißt sich am besten Produkt – das aber ist ein doch nur kurz greifender Maßstab. Kaum einem Hersteller würde es einfallen, sein Produkt wesentlich besser, also langlebiger und servicefreundlicher etc. zu gestalten, als ihm dies der Markt, die Mitbewerber vorgeben. Qualitativ herausragende Produkte würden zwar den Maßstab des Warentests neu einpegeln, ein großer Qualitätsunterschied würde aber, auch unter Ansehung des Umstands, daß sich nur ein eher kleinerer Teil der Verbraucher an Warentests orientiert, letztlich zum „Wettbewerbsnachteil“ für ein überragendes Produkt werden. Auch wenn die Verbraucher hochwertige Produkte wünschen, wird das Angebot primär von den Konkurrenzprodukten, also von den Mitbewerbern abhängig sein. Der Marktmechanismus funktioniert nur in einem schmalen Band. Es sei denn, es würde durch entsprechende Qualitätsvorgaben in den Markt eingegriffen. Neben solchen durch (Rechts-)Normen angewiesenen Standards könnte durch Intensivierung von Qualitätstests, die über das Warenangebot hinaus ihre Maßstäbe am Möglichen nehmen und durch entsprechende Publikation solcher Vorgaben, im Sinne der Verbraucherinteressen auf das Angebot eingewirkt werden.

In der Regel sind Soll-Kriterien von Gütern und Dienstleistungen nur mühsam zu erarbeiten, bemißt man sie ex post am Angebot. Paradigmatisch dafür ist etwa der empirisch nur schwer nachweisbare Tatbestand des „geplanten Verschleißes“. Allerdings wäre auch dieser Einwand zu relativieren: Es ist richtig, daß es kaum realisierbar scheint, Lebensdauer-Zeitreihen von Kraftfahrzeugen bspw., zu erheben. Aber damit würde sich ohnedies nur belegen lassen, daß – jetzt unterstellt – die Autohersteller systematisch die Lebensdauer ihrer Kraftfahrzeuge drückten. Wichtiger und immerhin einfacher wäre der Nachweis, was getan werden könnte, bzw. was nicht getan wird, um die Lebensdauer eines Kraftfahrzeuges zu erhöhen. Ein derartiger Ist-Soll-Vergleich, basierend auf dem Produkt und dem technisch Machbaren, Möglichen würde durchaus triste Zustände offenbaren.

Dabei geht der Tatbestand qualitativer Obsoleszenz (Vermeidung realisierbarer, lebensdauerverlängernder Maßnahmen) Hand in Hand mit dem funktionellen und psychosozialen Verschleiß³. In Anbetracht der immer knapper werdenden Ressourcen gewinnt das Problem des Verschleissens natürlich auch eminent wirtschafts- und umweltpolitische Dimensionen, weit über die konsumentenpolitische Bedeutung im herkömmlichen Sinn hinaus. Nicht nur langfristig, sondern auch ganz aktuell, beispielsweise hinsichtlich der anstehenden Bilanzprobleme. Längerlebige Autos würden *à la longue* zu einem höheren Dienstleistungsvolumen für Wartung und Instandsetzung führen. Aktuell hiebei z. B. auch die heute übliche Reparaturpraxis, bei Motorschäden selbst kleineren Ausmaßes bilanzbelastende Austauschmotore einzubauen, statt eine Überholung des Aggregats durchzuführen. Setzt man den heute gegebenen Verschleiß von Gütern in Relation zu den doch fallweise realisierten Produktverbesserungen – etwa die gering gebliebene Lebensdauer von Auspuffanlagen zu der von Stahlgürtelreifen – so läßt sich anrißhaft das technologisch Machbare absehen.

II.

Die Automatik quantitativen Wachstumszwangs kann, *grosso modo*, vom Markt, wie er jetzt funktioniert, nicht mehr abgeschaltet werden. Das berührt das Problem geplanten Verschleisses ebenso wie die Ausweitung und Reduktion des Konsumgüterangebots. Die Konzentrationsspirale, bei den Anbietern, den Herstellern wie im Handel, hat heute bereits bedrohliche Ausmaße angenommen. Hier von bereits eingetretenen Einbußen bei der Lebensqualität zu sprechen, ist durchaus nicht ungerechtfertigt. Exemplarisch dafür ist der Austrocknungsprozeß bei der Nahversorgung. Kleine Händler werden notgedrungen, auch ohne böse Absicht, gemäß den Marktmechanismen niederkonkurriert. Kleine Dienstleistungsunternehmen verlieren ihren Markt: Produkte instandzusetzen zahlt sich vielfach nicht mehr aus. Der Verbraucher kauft die Produkte im Endeffekt teurer, zum Preis kommt der im Verbraucherbewußtsein im Regelfall kaum klar abgesehene Zeitaufwand für und die Wegekosten der Besorgung. Dazu gesellen sich die Mehraufwände für den rational und haushaltsökonomisch kaum verarbeitbaren und gewollten Zusatznutzen der sogenannten „Convenience-Produkte“. Der vorverpackte Markenartikel war der erste, das Fertigprodukt ist der jetzt gerade aktuelle zweite Schritt. Das hat sicherlich sehr interessante Auswirkungen auf die Tiefenschicht des tatsächlichen Konsumierens, der Lebenswelt, bedenkt man bspw. nur das Umfeld der Nahrungszubereitung. Hier Entfremdung zu konstatieren fällt leicht, zumal dann, wenn Lebensqualität – auch im subjektiven Verstehen – mehr bedeutet als bloßes Hinunterschlucken, oder jenes Konsumieren, das man halt einfach über sich ergehen läßt.

Natürlich kommen durch Produktinnovationen soziale Effekte zustande; „neue“ Produkte induzieren oder verstärken soziale Trends

und Mechanismen. Nicht unmittelbar, das stimmt schon, aber doch in vielen Facetten vermittelt. Wie fatal ein Konsumgut sich auszuwirken vermag, zeigt das Kraftfahrzeug; wie tief es innerhalb kurzer Zeit selbst das äußere Erscheinungsbild des menschlichen Lebensraums geformt hat, können wir alle tagtäglich bemerken. Allerdings fällt – paradox – die Veränderung, die radikale und tiefgreifende Veränderung innerhalb eines kurzen Zeitraumes nur wenigen auf. Die private Kraftfahrzeugnutzung heute zeigt ebenfalls, wie schwierig es für eine mit in die Zukunft reichenden Leitzielen ausgestattete Kommunal- oder Umwelt- und Verbraucherpolitik auch ist, einmal übersehene Weichenstellungen und Entwicklungen zu sanieren. Vor ebensolchen Entscheidungen steht jetzt und hierzulande gerade die Verbraucherpolitik, z. B. bei „kleinen Packungsgrößen“.

Kleine Packungsgrößen sind praktisch handhabbar, auf den Markt der Einpersonenhaushalte zugeschnitten. Eine gar nicht so geringe Zahl von Verbrauchern würde sich mehr von diesen für sie zweckmäßigeren Packungsgrößen wünschen. Zum andern muß aber allein, die sich einigermaßen verständig mit sozialen Mechanismen auseinandersetzen, klar sein, daß mit kleinen Packungsgrößen immerhin auch zu einem wenn auch kleinen Teil der Trend zu Einpersonenhaushalten, zur „Single“-Lebensweise verstärkt wird. Kleine Wohnformen, Convenience-Produkte, auf einen alleinigen Verbraucher zugeschnittene Pakungen, alles das ist von den Voraussetzungen her tiefenwirksam für soziale Entwicklungen – unvermittelt und ceteris paribus von fast vernachlässigbarem Effekt, jedoch sind gerade das Bedingungen, die unterirdisch wirksam sind. Jedenfalls findet man sich hier unmittelbar im gesellschaftspolitischen Feld wieder, auch inmitten ideologischer Auseinandersetzungen. Was wäre vorzuziehen: sozialer Liberalismus (hinsichtlich der Lebensformen) oder Stärkung mikrosozialer Lebensformen? Welche sozialökonomischen Folgewirkungen haben kleine Packungsgrößen?

Nun, für sozialökonomische Überlegungen wird's sicher einfacher – jede vernünftige Umwelt- und Wirtschaftsperspektive wird vermutlich Rohstoff- und Energieeinsatz bei Produktion und Distribution bedenken. Die Ressourcenbelastung soll minimal, die Preis-Nutzen und Qualitätsrelation soll maximal sein. Kleinpakungen würden in vielen Fällen wahrscheinlich zu einer Mischkalkulation und damit zu einem Preisvorteil zu Lasten der Standardpackungen führen. Sie wären also eher ablehnend zu beobachten.

Demgegenüber jedoch der Wunsch der Verbraucher nach derartigen Packungen, den die Anbieter offenbar noch zu wenig befriedigen. Eine pragmatische Verbraucherpolitik, die in gutgemeinter Absicht Verbraucherinteressen vertreten wollte, täte in diesem Fall nichts anderes, als eine fehlerhafte Marktautomatik über die sicher auch hierzulande durch mangelnde Innovationsbereitschaft der Anbieter ohnedies nicht besonders funktioniert. Verbraucherpolitik dieser Art würde letztlich den Markt für die zum Glück eher langsam und vorsichtig operierenden Unternehmen aufbereiten. Eine zu unmittelbaren Interessen distan-

zierte, weil auf langfristige Interessenslagen Bedacht nehmende Verbraucherpolitik hingegen, muß notgedrungen auf gesellschaftspolitische Erwägungen Rücksicht nehmen. Nicht nur in der Praxis der Verbraucherfragen gibt es den Konnex zur Gesellschaftspolitik, auch in den Beiträgen zu deren Lösung läßt sich nicht darauf verzichten.

III.

„Die Bedürfnisse des Konsumenten sind eben kein festes Datum. Vielmehr entwickeln sie sich auf dem Hintergrund von Wertvorstellungen, Konsumnormen einer Gesellschaft, sie werden von der anbietenden Wirtschaft gefördert oder geschaffen, sie entstehen dadurch, daß Menschen mit Menschen zusammenleben, sich gegenseitig beeinflussen. Gerade diese Prozesse der gegenseitigen Beeinflussung sind zu erklären, um das Verhalten von Verbrauchern zu verstehen“.

Das Unbehagen an pragmatisch verfahrenender Verbraucherpolitik erweist sich als Kritik an einer ephemere bleibenden Datenökonomie und an einer, ihre soziale Reichweite nicht oder nur zu gering einbeziehenden politischen Pragmatik. Der sozial wirksame Charakter, den Konsum und den die sog. soziale Lage, also im wesentlichen das Einkommen erzeugen, ist sicherlich gravierend. Obzwar eher als Fehlleistung zu betrachten, indiziert beispielsweise der Ausdruck „sozial schwach“ als Synonym statt: „über geringe finanzielle Mittel verfügend“, eigentlich diese Tiefenwirksamkeit der Konsummöglichkeiten sehr deutlich. Natürlich bieten mehr realisierbare Konsummöglichkeiten subjektiv mehr Lebensqualität. Sich Vielfalt und Abwechslung bei Lebensmitteln leisten können, einmal im Monat einen Kurzurlaub machen können, in einer großen Wohnung leben und ähnliche Möglichkeiten haben, ist nicht nur angenehmer, sondern dazu – gewissermaßen als in vielen Fällen der nicht unbedeutende Zusatznutzen – sozial wirksam, prestigefördernd, Status signalisierend. Demonstrationsfähiger Konsum gibt dem jeweils Konsumierenden Vorteile im sozialen Wettbewerb. Das führt gar nicht selten soweit, daß die Annehmlichkeiten, die ein entsprechendes Konsumgut zu vermitteln vermag, sekundär werden und Konsum quasi als Hilfsmittel dem sozialen Wettbewerb gänzlich untergeordnet ist. Das Paradox ist, daß gerade durch die einigermaßen mögliche Vertikalmobilität dieser soziale Wettbewerb schärfer geworden zu sein scheint. Wo einst Klassenlagen fix vorprogrammiert waren, dem einzelnen nur eine Feindifferenzierung, das Verhältnis von Aufwand und sozialem Nutzen demonstrationsfähigen Konsums war daher kalkulierbar für den einzelnen. Heute gibt es sicherlich mehr Chancen, Möglichkeiten, mehr Gerechtigkeit für die Menschen, mehr Mobilität und eine quantitativ dichtere Sozialstruktur, jedoch noch immer die im wesentlichen gleich gebliebenen Formen sozialer Wahrnehmung, sozialer Prozesse, Sozialkontakte usw.

Die Qualität sozialer Interaktionen, das *procedere* hat sich nur unwesentlich geändert. Die Menschen heute wissen durchaus über die

höhere Mobilität Bescheid, bemessen einander aber nach wie vor durch Kriterien wie Status, soziale Macht u. dgl., deren äußeres Erscheinungsbild eben das Konsumgut ist. Wirtschaft und Gesellschaft liegen in ihren qualitativen Strukturen wenig auseinander. Hier wie dort gibt es annähernd deckungsgleiche Mechanismen, – Wettbewerb oder Erfolg etwa. Wie sozialer Wettbewerb mittels konsumierbarer und demonstrationsfähiger Güter vor sich geht, läßt sich an jedem Arbeitsplatz in jeder Wohnhauseinrichtung, die noch nicht unter großstädtischer Anonymität leidet, in jeder Nachbarschaft und allen Gruppen beobachten. Und dort, wo das soziale Feld: Nachbarschaft fehlt, tritt an dessen Stelle der „generalisierte Andere“, die Konsumnorm, an der sich der einzelne mit seinen Konsummöglichkeiten bemüht. Demonstrationsfähiger Konsum ist der Gradmesser von Status, die intervenierende Variable dabei das Einkommen, über das der einzelne verfügt. Dieser vereinfachte, im Prinzip aber stimmige Zusammenhang, wird weitgehend als Hilfskonstrukt bei der Einschätzung von anderen Menschen benutzt. Unter dem Aspekt der heute möglichen Mobilität, indiziert Konsum den Erfolg, den einer hat, oder der ihm, mehr oder weniger schuldhaft, versagt geblieben ist. Sicherlich sind die Zusammenhänge in der praktischen Wirklichkeit differenzierter, auch haben sich in den letzten Jahren neue Trends entwickelt, die diesen Konnex aufbrechen und die beispielsweise unter dem Schlagwort „Konsumverzicht“ kursieren. Sicherlich, wer imstande ist, seine Identität auch aus einer beruflichen Tätigkeit zu beziehen, dem gelingt es eher, sich diesen sozialen Mechanismen, die durchaus Zwangscharakter haben, zu widersetzen.

IV.

Der weite Horizont, der sich für die Verbraucherpolitik auftut, weist ihr hochrangige gesellschaftspolitische Relevanz zu. Versucht man in systematischer Absicht und auch im Bereich empirischer Fakten zu den grundlegenden Interessensbereichen des einzelnen vorzustoßen, so erweisen sich Bedürfnisbefriedigung und die sogenannte Arbeitswelt als zentral und letztlich miteinander tief verwoben. Dem Bereich des Konsumierens und dem des Arbeitens sind alle sozialökonomisch relevanten Einrichtungen und Phänomene zuzuordnen: „bei extensiver Begriffsfassung können über das dichotome Begriffspaar Konsum und Arbeit auch alle Dimensionen der Lebensqualität konzeptionell erfaßt werden, weil sich alle einzelnen sozialen Indikatoren entweder dem Konsumbereich oder dem Arbeitsbereich oder beiden gemeinsam zuordnen lassen⁵.“ Verbraucherpolitik und Sozialpolitik stünden also in einer Hierarchie politischer Sachbereiche obenauf. Das grundlegende Problem jedoch ist die traditionelle Unternehmensorientiertheit instrumenteller Politik. Verwirklichung des Produzenteninteresses und des Konsumenteninteresses⁶ scheitern heute daran, daß nach wie vor das Primat des Unternehmensinteresses gilt.

Nicht nur an diesen Sachverhalt stößt eine prospektive Verbraucher-

politik kräftig an, – auch wenn sie ihr Konzept der Konsumentensouveränität verfolgen möchte, muß sie schmerzhaft ihre weit über die institutionell zugestandenen Zuständigkeiten hinausgehende Reichweite erkennen. Konsumentensouveränität meint, daß jeder einzelne frei von heteronomen Mechanismen seine Konsumententscheidungen treffen könne bzw. solle. Dies bedeutet logischerweise, daß Konsum nicht sozialen Zwangscharakter haben dürfe. Gemeint ist damit, daß in keiner Weise Konsumgüter als sozial erstrebenswert affiziert werden dürfen; Konsummöglichkeiten müßten ihres sozial wirksamen Charakters entsagen.

Das Konzept der Konsumentensouveränität weist in dieser Form weit über die heute gegebene Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur hinaus. Setzt man dazu das Produzenteninteresse in eine entsprechende Relation – Produzenteninteresse meint ja: Interesse der tatsächlich Produzierenden, nicht das des realiter abstrakten Produzenten –, so wird die Verbraucherpolitik zu einem Angelpunkt der autochthonen Selbstbestimmung des einzelnen: die Aufhebung aller Entfremdung als Produzent und Konsument, die Entlastung des Sozialen von Lebenserhaltungsnotwendigkeiten (Arbeit, insbesondere Einkommen) und von Verzerrungen im Rahmen der Bedürfnisbefriedigung (des Konsums und seiner Fremdbestimmtheit).

Es ist legitim, aufgrund verbraucherpolitischer Beobachtungen auf entsprechenden gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu bestehen. Dies berührt selbstverständlich Fragen der Mitbestimmung des arbeitenden Menschen am Ergebnis und konsumfähigen Produkt seiner Arbeit, wie Fragen der Mitbestimmung des Konsumenten bei den von ihm konsumierten Produkten. Selbstverständlich sind auch Fragen wie beispielsweise der Einkommensverteilung von verbraucherpolitischem Interesse.

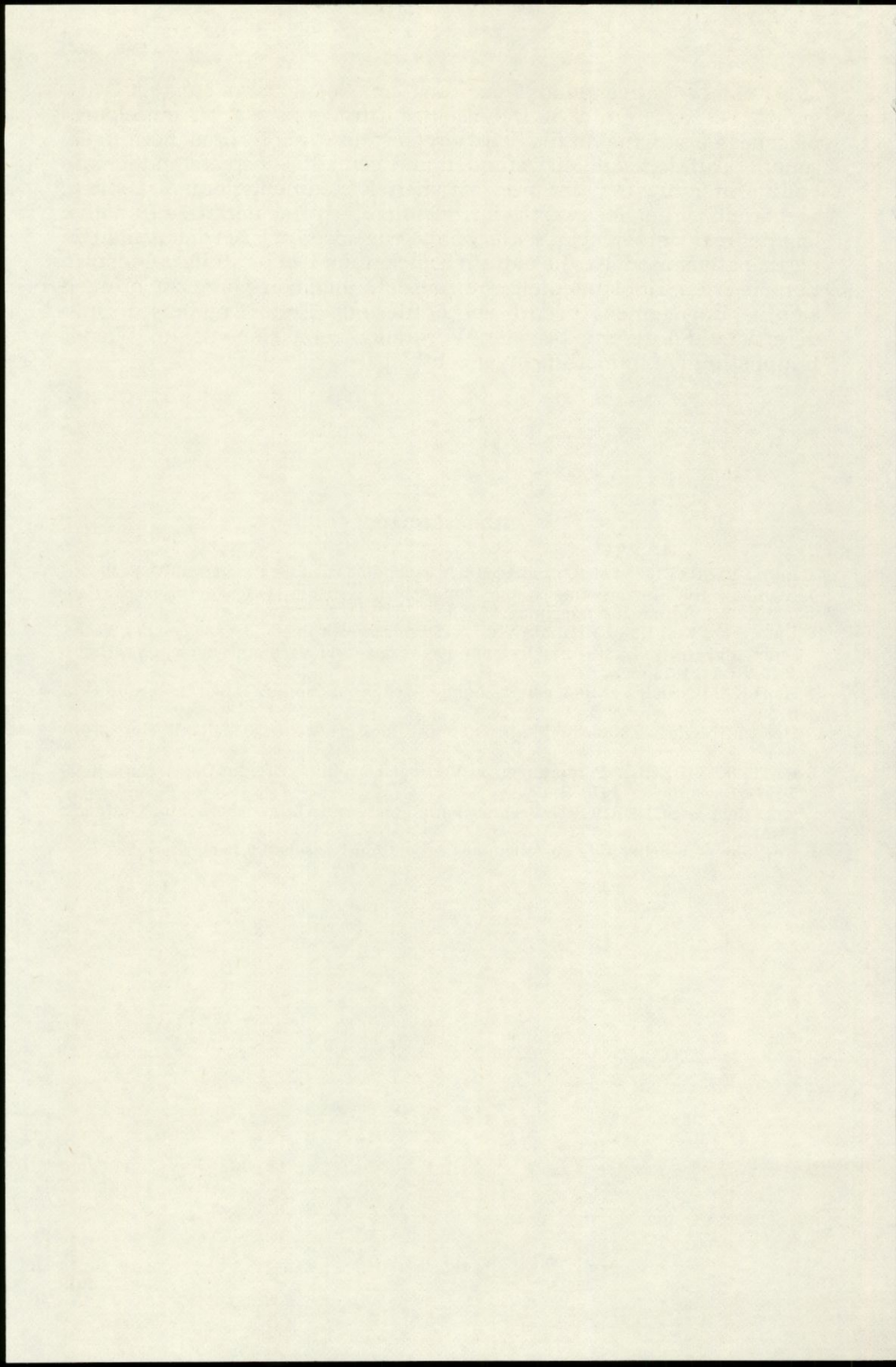
Was und wie etwas produziert wird, das sollen diejenigen in erster Linie bestimmen können, die es im wesentlichen herstellen und diejenigen, die es konsumieren und nicht eine, durch traditionelle Wissensmonopolisierung und Verfügungsmacht ausgestattete, kleine Gruppe. Natürlich sind derartige Überlegungen längerfristiger Natur. Nicht nur die Interessen der Leute, die Waren herstellen und konsumieren, sind wahrzunehmen, sondern es sind auch schrittweise die entsprechenden Möglichkeiten zur Durchsetzung derartiger Interessen zu schaffen.

Für die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer gibt es entsprechende Modelle und die gewerkschaftliche Interessensorganisation. Partizipation der Verbraucher ist aus organisatorischen Gründen schon wesentlich schwerer. Dennoch gibt es auch hierzu Modelle. In Frankreich beispielsweise hat sich im Frühjahr 1979 aus privater Initiative eine Selbsthilfeorganisation von Verbrauchern gebildet, Fahrer einer Automarke haben sich in den Kopf gesetzt, „ihr“ Unternehmen zu zwingen, seine Produkte sorgfältiger herzustellen, Fahrern dieser Marke bei der Durchsetzung von Gewährleistungs- bzw. Garantieansprüchen behilflich zu sein usw.⁷ Als Ziel ist nicht nur die Institutionalisierung eines Konsumentenbeirates bei der Geschäftsführung, sondern

auch eine entsprechende Vertretung im Aufsichtsrat etc. ins Auge gefaßt. Dieses „Comité de Défense des Citroënists“ hat als mitteleuropäisches Paradigma für die Selbstorganisation von Verbraucherinteressen viel Aufmerksamkeit gefunden und genießt selbstverständlich die volle Unterstützung der französischen Konsumentenorganisationen. Sicherlich ist bei hochwertigen Konsumgütern eine derartige Initiative leichter realisierbar, aber, wie erwähnt, wir wären erst bei den Anfängen partizipativer Modelle, die natürlich auch unter Geburtshilfe der institutionalisierten Konsumentenschutzeinrichtungen in Gang zu bringen sind, – Engagement bedarf der Förderung. Erste Ergebnisse einer derartigen Förderung privaten Verbraucherengagements im Wiener Raum stimmen immerhin zuversichtlich.

Anmerkungen:

- 1 Bernd BIERVERT et al.: Grundlagen der Verbraucherpolitik Reinbek 1977, S. 40
- 2 Reinhard ROCK: Zusammenhänge von Arbeit, Konsum, Freizeit. In: Hrsg. Hans Matthöfer: Verbraucherforschung FFM 1977, S. 172
- 3 Dazu etwa: Karl-Heinz HILLMANN: Das Obsoleszenzproblem in einer Zeit der Wachstums- und Umweltkrise. In: Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung, Heft 1/1975, Berlin 1975, S. 21 ff
- 4 Hans KAMINSKI: Verbrauchererziehung in der Sekundarstufe I, Bad Heilbrunn 1978, S. 5
- 5 Horst MINTE: Konsum- und Arbeitsinteresse des privaten Haushalts, Bochum 1978, S. 4
- 6 KEITZ/HEMBERLE: Forderungen an Verbraucherfunktionäre. In: Der Arbeitnehmer 5/1978, Saarbrücken 1978, S. 194
(dort auch: G. SCHERHORN: Verbraucherinteresse und Verbraucherpolitik, Göttingen 1975)
- 7 Konsumenten-Selbsthilfe im Anlaufen“, Arbeit und Wirtschaft 9/1980, Wien 1980



ALTERNATIVEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DER BRD

Rudolf Hickel

I. Die Anstöße zur Vorlage von Memoranden

1. Die Situation seit 1975

Seit 1975 hat sich viermal eine organisatorisch nicht gebundene und verbundene Gruppe kritischer Wirtschaftswissenschaftler, die an Universitäten, in Forschungsinstituten, Gewerkschaften und Parteien arbeiten, durch die Vorlage von „Memoranden“ zur Wirtschaftspolitik zu Wort gemeldet¹. Trotz Unterschiedlichkeiten in der Schwerpunktsetzung – vor allem in der theoretischen und empirischen Ausführlichkeit – sind diese „Memoranden“ durch eine Gemeinsamkeit charakterisiert. Im Gegensatz zu vorherrschenden marktoptimistischen Diagnosen und Prognosen wirtschaftlicher Entwicklung, stellen die „Memoranden“ die dabei systematisch vernachlässigten – in der Markttheorie als Restgröße behandelten – Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in den Vordergrund. In den jeweiligen „Memoranden“ geschieht dies auf vier Ebenen:

– In einer „Situationsanalyse“ werden die sozialökonomischen Auswirkungen krisenhafter Wirtschaftsentwicklung auf die Lage der Arbeitnehmer empirisch detailliert beschrieben.

– Die Kritik gegenüber der offiziellen wirtschaftspolitischen Beratung – vor allem durch den „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR), die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Institute sowie die wissenschaftlichen Beiräte beim Bundesfinanz- und -wirtschaftsministerium – richtet sich gegen deren Fundamentalthese, die ökonomischen und sozialen Probleme würden über die Gewinnwirtschaft für alle Beteiligten – auch die Arbeitnehmer – gleichermaßen optimal gelöst.

– Die kritische Analyse „praktizierter Wirtschaftspolitik“ schließt sich an. Die mangelnde Effizienz sowie die Auswirkungen einer vorwiegend indirekten, auf funktionsfähige Marktprozesse setzenden Wirtschaftspolitik werden untersucht.

– Der Nachweis der Notwendigkeit und Möglichkeiten einer „alternativen Wirtschaftspolitik“, durch die prinzipiell die krisenverursachende Dominanz gewinngesteuerter Produktion und Verteilung zugunsten direkter und aktiv-politischer Gestaltung – bei weiterem Ausbau von Demokratisierung und Mitbestimmung – zurückgedrängt werden soll, bilden den Abschluß aller bisher vorgelegten „Memoranden“.

Der Anstoß zur fortgesetzten Vorlage dieser „Alternativgutachten“, aber auch ihre breite Resonanz hängen mit der wirtschaftlichen Entwicklung, ihrer dominanten Interpretation und der entsprechend eingerichteten Wirtschaftspolitik zusammen. Seit der schwersten Nachkriegs-Wirtschaftskrise 1974/75 – im Krisenjahr 1975 wurde das erste „Memorandum“ vorgelegt – hat sich die Arbeitslosigkeit als Dauerphänomen eingestellt. Die durch die Arbeitnehmer insbesondere vorfinanzierten Gewinn- und Produktionsauf-

schwünge in den Nachfolgejahren schlagen auf die Arbeitsmärkte nicht mehr nachhaltig durch. Durch die zunehmende Relevanz der Rationalisierungsinvestitionen – über staatliche Technologiepolitik aktiv gefördert – kommt es zu einer „Entkopplung“ zwischen Produktions- und Beschäftigtenentwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung polarisiert sich zu Ungunsten der Arbeitnehmer.

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 empfiehlt die marktorthodoxe Wirtschaftswissenschaft – allen voran der „Rat der fünf Weisen“ – massiv eine Antikrisenpolitik, in deren Mittelpunkt die Umverteilung zugunsten der Gewinne steht. Durch zurückhaltende Lohnpolitik einerseits und entsprechende Finanzpolitik andererseits sollten die Gewinne verbessert werden, den aus ihnen resultierten beschäftigungssichernden Investitionen. Die mittelfristige Wirtschaftspolitik ist zum Großteil von ihren Grundlagen her dieser Umverteilungsstrategie gefolgt. „Haushaltskonsolidierung“ zu Lasten sozialorientierter Teile des Budgets einerseits und Steuerentlastungs- sowie Ausgabenprogramme zur Stabilisierung privatwirtschaftlicher Gewinne andererseits.

Die „Memoranden“ haben sich von Anfang an gegen diese theoretisch unbewiesene, empirisch widerlegte, ökonomisch erfolglose und sozialpolitisch unverantwortliche Umverteilungsstrategie gewandt. Bereits im ersten „Memorandum“ mit dem Titel „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ wurde diese einfältige Antikrisenformel scharf kritisiert. Inzwischen liegen auch deutliche empirische Erfahrungen vor, die belegen, daß die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung über eine Gewinnstimulierung nicht erreicht und gesichert werden kann. Trotz dieser gegenteiligen Erfahrung, trotz wiederholter Kritik durch die Gewerkschaften, aber auch durch die „Memoranden“, scheint diese Politikformel nicht aus der Welt zu schaffen zu sein. Unbeein-

druckt von der Tatsache, daß Lohnzurückhaltung und teure staatliche Konjunkturpolitik auf den Arbeitsmärkten kaum positive Effekte auslösen konnten, unbeeindruckt von der Erfahrung, daß es zu Preissteigerungen gekommen ist, die die Lohnsituation real verschlechtern, wurde mit dem ganzen Aufwand offiziöser wirtschaftspolitischer Beratung, sowie dem Einsatz der Massenmedien der Versuch unternommen, die aktuelle lohnpolitische Runde für 1980 erneut auf die Hoffnung einzustimmen, weitere Gewinnverbesserung würde sich mittelfristig in einer verbesserten Beschäftigungslage niederschlagen. Der SVR besteht mit seinem jüngsten Jahresgutachten (1979/80) auf der mittelfristigen Strategie der Verstetigung der Formel: Gewinne – Investitionen – Beschäftigung.

2. Die Krisenerklärung des marktorthodoxen Beratungskartells

Im Zentrum wissenschaftlicher Kritik mußte und muß jene Wirtschaftswissenschaft stehen, die für diese marktorthodoxe Antikrisenpolitik das entsprechende Erklärungsmuster liefert. Dies impliziert vor allem die Kritik des Krisenszenarios, das der „SVR“ erstmals geschlossen im 75er Jahresgutachten vorgelegt hat und das die theoretische Legitimation für die praktizierte Wirtschaftspolitik abgeben sollte. Im Kern läuft die „Sachverständigen“-Krisenerklärung auf die Feststellung hinaus, daß im Prinzip gewinngesteuerte Marktwirtschaften in sich stabil seien, also eine krisenfreie, optimale Produktion, Verteilung und Beschäftigung garantieren könnten. Wenn es zu Krisen komme, dann seien diese „außermarktmäßig“ bedingt. Außerhalb des Marktes stehende Kräfte würden also „marktin-konforme“ Ansprüche stellen, die dieser nicht verarbeiten könne und deshalb mit Produktions- und Beschäftigungseinschränkung zwangsläufig

reagieren müsse. Als „außermarktmäßige“ Störenfriede gegenüber einer an sich als stabilisierungsfähig behaupteten Wirtschaft bezeichnet der SVR lohnfordernde Gewerkschaften und den Konjunktur- und Sozialpolitik betreibenden Staat.

Im 1976 angebotenen Konstrukt der „Mindestlohnarbeitslosigkeit“ werden die beschäftigungspolitischen Konsequenzen dieser machtfremden Einflüsse durch den SVR festgehalten: Einerseits setzen danach die Gewerkschaften Löhne durch, die über denen liegen, die sich am Markt – was das auch immer heißt – einspielen würden. Andererseits sorgt die Konjunkturpolitik – durch Ausgabenprogramme – und die Sozialpolitik – durch soziale Sicherung von Arbeitslosen – dafür, daß die aus zu hohen Löhnen abgeleitete Arbeitslosigkeit politisch überdeckt wird. Im Klartext heißt das: Die eigentlich krisenkompensierende Politik wird in die Ursache der Wirtschaftskrise umgemünzt, denn dem SVR-Konzept nach wird durch ein System konjunktur- und sozialpolitischer Interventionen verhindert, daß der einzelne Beschäftigte die Risiken der Arbeitslosigkeit auch individuell verspürt und darüber ein Druck auf sinkende Löhne zustande kommt. Die Vorstellung eines vollbeschäftigungskonformen Lohnniveaus, das der SVR analytisch nicht bestimmen kann, steht dahinter. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus der so verdrehten Kausalität zwischen Ursache und Folgen der Wirtschaftskrise sind deutlich: Wenn Vollbeschäftigung erreicht werden soll, müssen Lohnzuwächse zurückgeschraubt und Konjunktur- und Sozialpolitik – im Sinne der Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos – zurückgenommen werden.

Arbeitslosigkeit könnten nur die abbauen, die sie verursacht hätten, und das sind lt. SVR nun einmal die lohdurchsetzenden Gewerkschaften sowie der sozial absichernde Staat. Das kapitalistische Wirtschaftssystem

wird so von endogenen Krisentendenzen, die aus der Struktur gewinngesteuerter Produktion und Verteilung resultieren, freigesprochen. Die Therapie spitzt sich insgesamt auf die Forderung zu, durch lohnpolitische Zurückhaltung sowie durch Umschichtung der Haushalte zugunsten „wachstumspolitischer Vorsorge“ die privatwirtschaftliche Gewinnlage zu verbessern, denn diese sei die Voraussetzung für Investitionen und damit neu entstehende Arbeitsplätze.

Gegen diese sich verbreitende Kriseninterpretation und die mit ihr verbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen wenden sich alle bisher vorgelegten „Memoranden“. Die Notwendigkeit dieser Kritik kann nicht genügend betont werden, zeigt sich doch, daß gerade angesichts sich vertiefender Krisentendenzen paradoxerweise auf längst totgeglaubte Ladenhüter der marktwirtschaftlichen Dogmengeschichte zurückgegriffen wird. Dieser Rückgriff hat insbesondere die Funktion, Lernprozesse aus der Wirtschaftskrise in Richtung notwendiger Reformen des Wirtschaftssystems zu verhindern. Der Forderung nach Krisenabbau durch weniger Markt wird die Parole nach noch mehr Markt entgegengesetzt. Nur so ist es zu verstehen, daß selbst die gesetzlich verankerten Errungenschaften keynesscher Einkommens- und Beschäftigungspolitik durch den SVR theoretisch und „politisch“ (1978) zum Großteil zurückgenommen werden. Denn der keynessche Nachweis, daß privatwirtschaftliche Systeme zu „unfreiwilliger“ Arbeitslosigkeit, also einer Situation, wo Arbeitswillige nicht arbeiten können, führen, stellt ein Ärgernis für Markttheoretiker dar. Anstatt die keynessche Wirtschaftspolitik über ihre eigenen Beschränkungen hinauszuführen, wird sie theoretisch zurückgenommen. Die Arbeitslosigkeit wird entweder zur „unechten“ (Mindestlohnarbeitslosigkeit) erklärt, oder aber sie wird als „freiwillig“ bezeichnet; sie soll aus der Suche

nach besseren Beschäftigungsbedingungen („Sucharbeitslosigkeit“) entstehen. Derartige, theoretische Verdrängungs- und Rationalisierungsversuche der Arbeitslosigkeit häufen sich in den letzten Jahren.

Die Kritik dieser Varianten der Verdrängung, Rationalisierung und Verharmlosung von Arbeitslosigkeit, die der SVR immer wieder aufgreift, würde sich nicht lohnen, handelte es sich nur um akademische Spielereien. Dem ist jedoch nicht so. In einer steigenden theoretischen und politischen Verunsicherung angesichts krisenhafter Tendenzen wächst der Einfluß dieser Denkweise, die durch machtvollen Instanzen und Medien pausenlos vermittelt wird, auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln. Fortschrittliche Kräfte in der Politik, aber auch die Gewerkschaften geraten unter massiven Dauerdruck. Verdeutlichen läßt sich dies auch an der tarifpolitischen Situation Ende 1979: Die gesamte organisierte Meinungsbildung wird mit scheintheoretischer Plausibilität auf die Notwendigkeit eingeschworen, erneut zurückhaltende Lohnabschlüsse zu praktizieren – der SVR fordert dies mit der Versprechung späterer, positiver Beschäftigungswirkungen; der Großteil der Massenmedien (Funk, Fernsehen, Presse) schließt sich dieser Argumentation an; die Bundesregierung begrüßt diese Präformierung der Tarifpolitik; die Bundesbank stellt ihre Geldpolitik so ein, daß die Lohnüberwälzung in höhere Preise von vornherein nicht finanzierbar wird; die Verbände des Wirtschafts- und Kreditsystems unterstützen diese Politik. Die gewerkschaftliche Politik steht damit einer massiven Einflußnahme durch scheinneutrale Politikberatung, Meinungsbildungsimperien sowie industriell orientierte Verbänden gegenüber.

Das Szenario ist so gestaltet, daß bei eventuell ansteigender Arbeitslosigkeit – selbst wenn sie auf gewinnwirksame Rationalisierungsinvestitionen

zurückgeht – diese der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zugeschanzt wird. Denn man erinnere sich der Festschreibung des Verschuldungsprinzips durch den SVR: Arbeitslosigkeit – egal woher sie kommt – indiziert immer ein zu hohes Lohnniveau. Anders ausgedrückt: die Löhne bleiben der einzige Schraubenschlüssel, der gegen Krisen eingesetzt werden soll. Gegen die Aussagen und Techniken, mit denen dieses umfassende offiziöse wirtschaftspolitische Programmierungskartell operiert und für das nur die gewerkschaftliche Politik gut ist, die ihren Vorstellungen folgt, ist die vereinzelte, individuelle wissenschaftliche Kritik hilflos.

3. Wirtschaftswissenschaftliche „Gegenöffentlichkeit“ geboten

Die Zurückdrängung des Einflusses dieses Beratungskartells auf die öffentliche Meinungsbildung verlangt die Mobilisierung einer Gegenöffentlichkeit. Die inhaltliche Orientierung dieser Gegenöffentlichkeit muß wissenschaftlich ausgerichtet sein. Denn das vorherrschende Beratungskartell basiert auf dem desorientierenden Anspruch, wissenschaftlich fundiert und wertneutral zu argumentieren. Zu zeigen, daß sich hinter dieser behaupteten Neutralität und Sachrationalität die Pflege spezifischer Wirtschaftsinteressen verbirgt, und daß die empfohlene Politik erfolglos bleibt, ist eine Hauptaufgabe der Kritik. Positiv gewendet heißt das: im Mittelpunkt der sozial-ökonomischen Alternativanalysen steht diagnostisch die Beschreibung der Lage der Arbeitnehmer und therapeutisch die Absicht, diese stetig zu verbessern.

Die Etablierung einer Gegenöffentlichkeit in diesem Sinne war und ist die vorrangige Aufgabe von „Memoranden zur alternativen Wirtschaftspolitik“.

Absicht der „Memoranden“ ist es, Wirtschaftswissenschaftler – unab-

hängig von ihrer sonstigen Tätigkeit und Einstellung – zusammenzubringen. Dabei eint diese Wirtschaftswissenschaftler die Grundauffassung, einerseits die Neutralitätsthese herrschender Politikberatung auf ihre Interessenstandpunkte hin aufzulösen und andererseits die Lage der Arbeitnehmer zum Ausgangspunkt der Analyse und Therapie zu nehmen. Instrumente der Etablierung einer „Gegenöffentlichkeit“ sind Pressekonferenzen, Vorträge, Bildungsarbeit und Veröffentlichungen, mit denen die erstellten und unterzeichneten „Memoranden“ verbreitet werden.

II. Die Adressaten

Aus der generellen Zielsetzung dieser „Gegenöffentlichkeit“, die sich autonom versteht und verstanden wissen will, ergeben sich die unterschiedlichen Adressaten für die „Memoranden“:

1. Die herrschende Wirtschaftswissenschaft

Die „Memoranden“ richten sich selbstverständlich gegen die herrschende Wirtschaftswissenschaft. Sie wollen sich an der Zielsetzung messen lassen, die ökonomischen Wirkungszusammenhänge sowie deren sozialökonomischen Folgen theoretisch zu analysieren und empirisch zu belegen. Die theoretische Kritik konzentriert sich insbesondere auf all die Versuche, Marktwirtschaften von der Krisentendenz freizusprechen. Darüber hinaus aber geht in die „Memoranden“ ein Wissenschaftsverständnis ein, das Theorie und Praxis explizit in Zusammenhang bringt. Die „Memoranden“ betonen die Möglichkeit alternativer Gestaltbarkeit ökonomisch-gesellschaftlicher Verhältnisse. Was in den herrschenden Modellen der Ökonomie gelegentlich in Form von Prämissen festgeschrieben wird – der ökonomische

rahmen – erweist sich bei näherem besehen als eine gesellschaftliche Option, die jedoch zur Disposition gestellt werden kann. Die Konzeption einer „alternativen Wirtschaftspolitik“ beruht auf diesem produktiv auszunutzenden Zusammenhang von Theorie und Praxis. Werden in der Analyse die Systemfolgen und -grenzen ökonomischer Reproduktion – etwa die Unvermeidbarkeit zyklischer Krisen – gezeigt, so fällt dem Nachweis von „Alternativen“ die Funktion zu, deutlich zu machen, wie durch institutionelle Veränderungen diese überwunden werden können. Die Intensität der Alternativen unterscheidet sich je nach der Tiefe des Eingriffs in die Systemstruktur. Diese Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis führt gelegentlich zu dem Vorwurf, man verlasse damit den Boden der Wissenschaftlichkeit. Indem jedoch die marktorthodoxe Ökonomietheorie die Thematisierung ihres vorgegebenen institutionellen Rahmens ausschließt, affirmiert sie diesen und gibt ihn nicht zur gesellschaftlichen Disposition frei. Schon allein deshalb bleibt die Reichweite entsprechender Theoriebildung sehr eng. Im Verhältnis zu den realen krisenhaften Vorgängen gerät diese Theorie leicht zur Rechtfertigungslehre.

Der Einfluß der „Memoranden“ auf die wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung ist nicht von der Hand zu weisen. Zum Teil ist es gelungen, diese in die Lehr- und Seminararbeit einzubeziehen. Sicherlich ist auch die wachsende Relevanz darin zu sehen, daß sich die etablierte Wirtschaftswissenschaft dazu gezwungen sah, sich mehrfach mit den „Memoranden“ auseinanderzusetzen².

Die Schärfe der Kritik, die ihren Nährboden in den marktwirtschaftlichen Dogmen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit den „Memoranden“ gesehen wird.

Selbstverständlich richten sich die „Memoranden“ auch auf die Arbeit

des „Sachverständigenrates“. Es wäre wohl naiv, bei der Zusammensetzung des „Rats der fünf Weisen“ erwarten zu wollen, daß die „Memoranden“ auf die inhaltliche Ausgestaltung der „Jahresgutachten“ zentralen Einfluß ausüben könnten. Immerhin sah sich der SVR aufgrund verschiedener Kritiken, die auch durch die „Memorandumsarbeit“ forciert wurden, dazu veranlaßt, Korrekturen bzw. Abschwächungen bei seiner Argumentation vorzunehmen. So ist die These zum Zusammenhang zwischen Lohnniveau und Beschäftigung im Jahresgutachten 1978/1979 mit deutlich mehr Zweifeln vorgetragen worden. Weiterhin hat der SVR im Gutachten für 1979/80 die Berechnungsgrundlage für die Bestimmung des „konjunkturellen Impulses“ in einem entscheidenden Punkt revidiert. Die Strukturquoten für staatliche Haushaltspolitik (Steuer-, Staatsausgaben-, Kreditfinanzierungsquote usw.) des Basisjahres 1966, für das volkswirtschaftliches Gleichgewicht unterstellt wurde, werden nicht mehr als Referenzgrößen herangezogen. Entsprechend der These, daß sich diese Strukturgrößen vor allem durch Krisenentwicklungen verändern, setzt der SVR jetzt Jahresdurchschnittswerte ein. Nach einer Phase scharf kritisierte Rücknahme keynesianischer Wirtschaftspolitik, die der SVR durch eine reine Angebotsstrategie zur Verbesserung der Gewinne ersetzt wissen wollte, wird jetzt wieder von der Doppelstrategie – Angebots- und Nachfragepolitik – ausgegangen.

2. Die breite Öffentlichkeit

Ein weiterer Adressat der „Memoranden“ ist die breite Öffentlichkeit, die über die Massenmedien informiert werden.

Sicherlich bilden in diesem Zusammenhang die Massenmedien keine stabile Basis für eine aktive „Gegenöffentlichkeit“. Die Tatsache aber, daß

die „Memoranden“ in Form von Pressekonzferenzen jeweils zum „1. Mai“ vorgelegt wurden, hat zu einer Verbreiterung der Information über Existenz und Zielsetzungen der Arbeitsgruppe geführt. Die Nachfrage nach „Memoranden“ war dann immer enorm. Es läßt sich auch feststellen, daß immer wieder „Memo“-Positionen in journalistische Analysen einbezogen werden. Dies trug dazu bei, das Beratungsmonopol des Sachverständigenrats ansatzweise einzuschränken.

3. Die Träger praktizierter Wirtschaftspolitik

Die „Memoranden“ wenden sich auch an die Träger der Wirtschaftspolitik, denn diese „Memos“ zeigen alternative Handlungsmuster prinzipiell auf. Hier jedoch unmittelbare, nachhaltige Einflüsse zu erwarten, wäre naiv. Die offiziellen Reaktionen beschränkten sich bisher auf kritische Kommentierungen durch den Sprecher der Bundesregierung. Durch Hinweise aus den zuständigen Abteilungen in den betroffenen Ministerien ist jedoch deutlich geworden, daß man sich dort durchaus mit den „Alternativgutachten“ beschäftigt. Von wesentlich größerer Relevanz sind die Möglichkeiten indirekter Einflußnahme. Dies rückt die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit in den im Bundestag vertretenen Parteien „Memorandum“-Positionen aufgegriffen werden. Abgesehen von vereinzelt Reaktionen aus der FDP beschränkt sich die teilweise positive parteipolitische Wahrnehmung auf die SPD.

4. Gewerkschaften als Adressaten

Durch die wissenschaftliche Grundausrichtung der „Memoranden“ ergeben sich vernünftigerweise enge Bezüge zu den Gewerkschaften, die die dauernde Verbesserung der Lage der

Arbeitnehmer i. w. S. als entscheiden des Organisationsziel haben. Eine der wichtigen Funktionen der von Wirtschaftswissenschaftlern vorgelegten „Memoranden“ liegt darin, die markti-deologisch immer wieder verdrängte Größe, die Arbeitnehmer, in den Mittelpunkt von Analysen und Alternativvorschlägen zu stellen. Daraus kann sich eine produktive Unterstützung allgemeiner Gewerkschaftsziele insoweit ergeben, als auch von der Wissenschaft her den grundlegenden Auffassungen der Gewerkschaften – nicht nur an den Universitäten – Platz geschaffen wird.

III. Theoretische Grundlagen der „Memoranden“

1. Die Grundorientierungen

Eine ausführliche Darstellung der theoretischen und empirischen Grundlagen der „Memoranden“ wurde 1978 vorgelegt. Unter dem Titel „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ ist neben der üblichen „Kurzfassung“ eine „Langfassung“ verfügbar gemacht worden, die im Bund-Verlag erschienen ist. Auch das im Folgejahr erschienene „Memorandum“ („Memo '79: Vorrang für Vollbeschäftigung“) ist bewußt ausführlicher gehalten worden, um empirische Weiterentwicklungen und theoretische Präzisierungen festzuhalten. Damit wird ein Charakteristikum der Arbeit der „Memorandum-Gruppen“ sichtbar: eine einmal gewonnene Position wird nicht gegen Kritik abgeschirmt und Jahr für Jahr fortgeschrieben. Über die Sicherung kontinuierlicher Forschungsarbeit, die auf die wesentlichen Problembereiche (Kurz- und Langfristanalyse, Sozial-, Haushaltspolitik, Außenwirtschaft usw.) ausgerichtet ist, werden die theoretischen und empirischen Grundlagen präzisiert und weiterentwickelt. Die wirtschaftspolitische Stoßrichtung eines

jeden „Memorandums“ ist auf die anliegenden Hauptprobleme situationsbezogen ausgerichtet. Dies erklärt, warum für das jüngste „Memorandum“ (1979) der Schwerpunkt „Vorrang für Vollbeschäftigung“ festgelegt worden ist.

Die Vorlage von „Memoranden“ hat zu einer lebhaften innertheoretischen Auseinandersetzung geführt. Die Kritiker, die zwar die Notwendigkeit und Möglichkeit alternativer Wirtschaftspolitik nicht bezweifeln, setzen jedoch die theoretischen Akzente und die wirtschaftspolitischen Konsequenzen anders³. Es steht aber außer Zweifel, die Vorlage der „Memoranden“ hat dazu beigetragen, insgesamt die kritische Wirtschaftswissenschaft – nach einer Phase wenig realer „Ableitungstheorien“ – auf den Anspruch, die Real- und Alternativanalyse voranzutreiben, auszurichten. Neben den „Memoranden“ liegen auch Einzelbeiträge vor, die die theoretischen und empirischen Grundlagen ausbreiten und weiterführen⁴).

Die empirisch abgesicherte, theoretische Analyse der „Memoranden“ ist grundsätzlich darauf angelegt, die folgenden realen Phänomene aus „einem Guß“ zu erklären:

- Für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Wirtschaft ist von Anfang an eine zyklische Bewegung (in Raten des wirtschaftlichen Wachstums) festzustellen.
- Mit der zyklischen Bewegung der wirtschaftlichen Entwicklung setzt sich langfristig ein Trend zunehmender Akkumulationsschwäche durch. Weiterhin zeigt sich, daß seit Ende der sechziger Jahre die Zyklen kürzer, ihre Ausschläge nach unten tiefer ausfallen und die Aufschwünge schwerer in Gang zu setzen sind.
- Seit Anfang der sechziger Jahre wird auch die Diskrepanz zwischen dem Tempo der Entwicklung der Arbeitsproduktivität einerseits und dem des wirtschaftlichen Wachstums andererseits größer. Während die sich aus dieser „öffnenden Sche-

re“ ergebende Arbeitsplatzvernichtung bis Anfang der siebziger Jahre durch arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen kompensiert werden konnte, gelang dies in den Folgejahren aufgrund steigender Akkumulationsschwächen und intensiver Rationalisierungen nicht mehr. Seit 1975 zeigt sich eine relative „Entkopplung“ zwischen Produktion- und Beschäftigungsentwicklung – ein Phänomen –, das erstmals theoretisch und empirisch Jörg Huffschmid ausführlich diskutiert hat⁵.

- In der wirtschaftlichen Entwicklung vollziehen sich insbesondere auf den Märkten Strukturveränderungen. Die fortschreitende Monopolisierung modifiziert die Wirkungsmechanismen des ökonomischen Systems. Dies schlägt sich im Preis-, Investitions-, Rationalisierungs- und Profitverwendungsverhalten, aber auch in der Beschäftigungspolitik nieder.
- Die zyklische und trendspezifische Wirtschaftsentwicklung bei gleichzeitig durchgesetzter Strukturdivergenzierung der Konkurrenzverhältnisse zugunsten großer Wirtschaftsaggregate fordert einerseits wachsende, ausdifferenzierte staatliche Interventionen heraus, die aber andererseits mit dem herrschenden Instrumentarium indirekter, auf marktwirtschaftliche Wirkungsmechanismen setzenden Wirtschaftspolitik nicht effizient und zielorientiert realisiert werden können.

Auf die empirische Präzisierung und die theoretische Erklärung dieser Entwicklungsphänomene sind die „Memoranden“ ausgerichtet. Verlangt ist eine analytische Deskription „aus einem Guß“. Es genügt nicht, ein „reines“ Zyklusmuster zu bestimmen und davon auszugehen, in der realen Entwicklung würde sich – in derselben Form – ein Zyklus an den anderen knüpfen. Mit der Zyklusentwicklung setzen sich veränderte Strukturbedingungen durch, die auf die Form des

wirtschaftlichen „Auf und Ab“ selbst wieder Einfluß haben. Ein weiteres Charakteristikum der „Memoranden“-Analyse ist festzuhalten. Durch den analytischen und empirischen Nachweis innerer Blockierungstendenzen gewinngesteuerter Systeme, die zu ungleich verteilten sozialökonomischen Lasten führen, werden die Hebel institutionell-struktureller Veränderungen aufgezeigt, die einzusetzen sind, wenn eine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden soll.

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Charakterisierung der „Memorandum“-Analyse lassen sich die theoretischen Elemente, die jedoch im Zusammenhang gesehen werden müssen, zusammenfassen.

2. Die Instabilitätsthese

Im Vordergrund der Analyse steht der Nachweis, daß die über einzelwirtschaftliche Gewinnerzielung gesteuerten Wirtschaftssysteme immer wieder zu Krisen und darüber langfristig zu sich vertiefenden Entwicklungsproblemen führen. Die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse einzelwirtschaftlicher Gewinnrationalität sind „irrational“, denn sie äußern sich kurzfristig in Form von Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen und langfristig in steigender Rentabilitäts- und Akkumulationsschwäche. Privatdezentrale Wirtschaftssysteme sind durch eine instabile Dynamik gekennzeichnet. Dieser Gedanke ist nicht neu. Er taucht in frühen Krisen-, aber auch Konjunkturtheorien (Marx, Lederer, Preiser, Schumpeter, Kalecki etc.) auf.

Die Tendenz marktwirtschaftlicher Systeme, die Produktionsmöglichkeiten kurzfristig aufgrund mangelnder gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht ausschöpfen zu können, und damit im Zustand von unterausgelasteten Kapazitäten und Arbeitslosigkeit zu verharren, hat John Maynard Key-

nes – aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise – beschrieben.

Im Anschluß an die keynessche, gesamtwirtschaftliche Theorie sind neuerdings Instabilitätstheorien (R. F. Harrod, R. M. Goodwin, Winfried Vogt, Jörg Glombowsky) entwickelt worden, die die zyklische Dynamik im Auge haben, aber auf die damit zusammenhängende Erklärung langfristiger Trendentwicklungen verzichten. Im Unterschied zu diesen Instabilitätstheorien stellt die „Memorandum“-Gruppe den Zusammenhang zwischen ungleicher Einkommensverteilung einerseits und die Wirkungen auf den Ausbau des Produktionsapparates sowie seiner Auslastung andererseits in den Vordergrund der kurz- und langfristigen Krisenerklärung. Es wird davon ausgegangen, daß für entwickelte kapitalistische Systeme die aus der ungleichen Einkommensverteilung immer wieder resultierende Disproportionalität zwischen Produktionsapparat und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage das Hauptproblem darstellt.

Dieser Grundgedanke läßt sich bei der Erklärung der konjunkturell-zyklischen Krise verdeutlichen; er wird aber – über die Einführung des technischen Fortschritts sowie der strukturell konsumtiven Nachfrageentwicklung – auch für die Erklärung der Langfristtendenz angewandt.

Setzt die Erklärung bei der zyklischen Entwicklung in der Situation des Aufschwungs ein, so läßt sich zeigen, wie darin bereits die Notwendigkeit des nächsten Abschwungs vorgezeichnet ist. Der Aufschwung ist durch besonders günstige Gewinnchancen gekennzeichnet. Die aus der Produktionssphäre hervorgehenden Profite, die über den Löhnen liegen, lassen sich anfänglich problemlos realisieren. Aus dieser ungleichen Einkommensverteilung jedoch resultiert eine folgenreiche, unterschiedliche Verwendungsstruktur. Angesichts günstiger Gewinnrealisierungsbedingungen werden die Profite großteils

per Investitionsnachfrage für den Ausbau von Produktionsanlagen verwandt; die vergleichsweise niedrigen Löhne fließen in die konsumtive Nachfrage. Durch die hohe Nachfrage nach Investitionen kommt es zwar anfangs zu einem konjunkturell verstärkten Aufschwung („Investitionskonjunktur“). Wenn jedoch die Produktionskapazitäten ausgereift sind, stellt sich das Problem ihrer Auslastung. Der trotz Aufschwung vergleichsweise zurückgebliebene private Konsum, der aus den relativ niedrigen Löhnen im Aufschwung resultiert, verschafft sich dann Geltung.

Die Investitionsnachfrage ist mittelbar über die Industrien, die Konsumgüter produzieren, vom Endverbrauch („definitiven Konsum“) abhängig. Unzureichende Konsumnachfrage bremst die Investitionsnachfrage; Überkapazitäten sind die Folge. Die Krise ist der Mechanismus, der durch Vernichtung und Entwertung diese Situation der Überakkumulation bereinigt. Erst wenn wieder die reale gesamtwirtschaftliche Nachfrage über den Produktionskapazitäten liegt, kommt es erneut zum Aufschwung. Dieses vereinfachende Grundmodell muß für die Erklärung realer konjunktureller Verläufe – so wie es die „Memoranden“ auch tun – komplettiert werden. Über die Entwicklung der Staats- und Auslandsnachfrage sind ebenso Aussagen zu machen, wie über die Art multiplikativer (Einkommenschaffung über Investitionen) und akzelerativer (Investitionszunahme aufgrund wachsender Nachfrage) Effekte. Die Periode der Reifung von Produktionsanlagen ist zu bestimmen.

Das Grundmodell zeigt jedoch – unter vereinfachenden Annahmen – wie jeder Konjunkturaufschwung die Tendenz zum Abschwung in sich trägt. Bestimmend ist die ungleiche Einkommensverteilung, die die Produktions- und Realisierungssphäre krisenerzeugend verkoppelt. Die zyklische Instabilität marktwirtschaftlicher Systeme besteht also darin: einzelwirt-

schaftliche Gewinnmaximierung, die in der Situation des Aufschwungs einen Ausbau der Produktionskapazitäten rational erscheinen läßt, führt in der gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu Überkapazitäten und damit zur Gewinnreduktion in der Krise. Bereits diese wenigen Aussagen zeigen: die Krise steckt in der Systemdynamik; sie ist endogen. Sie zu verhindern, verlangt die dominante Steuerung des ökonomischen Prozesses über Gewinne zurückzudrängen.

3. Die Rolle wachsender Monopolisierung

In der realen ökonomischen Krisenentwicklung, deren konjunkturelles Grundmuster hier angesprochen wurde, vollziehen sich zugleich strukturelle Veränderungen. Vor allem in Krisen, die neben Arbeitslosigkeit durch Unternehmenszusammenbrüche und verschärften Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet sind, verändern sich die Konkurrenzbedingungen. Monopolisierungstendenzen setzen sich durch. Über verschiedene Instrumente (Preispolitik, Markteintrittsbarrieren, Zugriff auf staatliche Leistungen etc.) sichern sich monopolistische Unternehmenseinheiten Gewinnvorteile. Auf die überzyklisch stabile, bessere Profitsituation (Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapital) der Monopole haben die „Memoranden“ auf der Basis von Arbeiten durch eine Autorengruppe um Jörg Huffschild hingewiesen⁶. Entscheidend ist der Einfluß der Monopolisierung auf das Profitverwendungsverhalten, das Herbert Schui untersuchte⁷. Die monopolisierten Einheiten berücksichtigen ihre Absatzchancen bei der Angebotsplanung. Müssen die Monopole davon ausgehen, daß sich die Nachfragesituation (Preisabsatzfunktion) nicht deutlich verbessert, dann verwenden sie die Profite nicht voll für Erweiterungsinvestitionen. Es kommt zu einem alternativen Profitverwendungs-

Verhalten. Profite werden anstatt in Erweiterungsinvestitionen in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen, Werbemaßnahmen, ins Ausland und in Geld- und Kapitalmarktpapiere gelenkt. Die Monopolisierung erklärt die relative Entkopplung der erzielten Profite von der Verwendung für arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen.

Erzielte Profite stellen also nicht die entscheidende Voraussetzung für Investitionspolitik dar. Erst wenn sich mittelfristig gesicherte Absatz- und damit Gewinnchancen zeigen, kommt es zur Aktivierung investiver Nachfrage, die dann freilich auch später zu Überkapazitäten führen kann. Die endogene Aufschwungskraft ökonomischer Systeme schwächt sich somit ab. Diese Tendenz wird über die monopolistische Preispolitik verstärkt. Die relativ entkoppelte Entwicklung von Preisen und Nachfrage führt dazu, daß in der Krise eine Realaufwertung der Nachfrage durch Preissenkungen nicht eingeleitet werden kann. Diese durch Monopolisierung mitverursachte Abschwächung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage verlangt wachsende, kompensierende Staatsinterventionen per Staatsausgaben und Steuerentlastungen. Empirisch läßt sich auf diesem Hintergrund erklären, warum die staatlich konjunkturellen Impulse in den letzten Jahren erheblich höher angesetzt werden mußten, um einen Investitions- und Produktionsaufschwung in Gang zu setzen.

4. Probleme der Konsumdynamik

Gewinnorientierte Produktion muß sich per kaufkraftfähiger Nachfrage über Märkte realisieren. Die quantitative Schwäche konsumtiver Nachfrage wird in der langfristigen Entwicklung durch qualitative Probleme gesamtwirtschaftlicher Realisierung überlagert. Das Prinzip einzelwirtschaftlicher Gewinnerzielung bevorzugt jene Produkte, die auf Märkten

verkauft werden können, d. h. die sich der Käufer durch Bezahlung des Preises aneignen kann. In der längerfristigen ökonomischen Entwicklung verschiebt sich jedoch auch die Nachfragestruktur. Die Nachfrage nach marktvermittelten, an das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül gekoppelte Waren nimmt relativ ab. Dafür schiebt sich die Nachfrage nach Produkten in den Vordergrund, die nach anderen Prinzipien erstellt und verteilt werden müssen. Dabei handelt es sich insbesondere um Leistungen im Rahmen der sozialen Infrastruktur, wie Bildungs-, Umwelt-, Dienstleistungsangebot. Da diese aufgrund ihrer sozialökonomischen Relevanz („externe Effekte“) nicht am Markt – per Preiszahlung – individuell angeeignet werden können (sollen), müssen alternative Formen der Produktion und Verteilung eingerichtet werden. Insbesondere der Staat übernimmt diese, von der Marktstruktur entkoppelte „politische Produktion“, die auf die Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Gruppen ausgerichtet ist.

Die fiskalische und zweckspezifische Abhängigkeit des Staates vom Markt – im Sinne der Notwendigkeit staatlicher Pflege privater Wertschöpfung – schränkt den Aktionsradius für die Entfaltung zukunfts-trächtiger öffentlicher Dienstleistungsproduktion erheblich ein. Sobald sich die wirtschaftliche Krisensituation verschärft und sich damit die finanziellen Bedingungen durch Steuerausfälle und der Notwendigkeit zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen verschlechtern, sind vorrangig diese wichtigen Bereiche politischer Produktion bedroht. Konservativ neoliberale Staatsökonomien empfehlen, entgegen der realen Entwicklung, diese Bereiche längerfristig durch Reprivatisierung und andere Methoden zu „entstaatlichen“. Diese Argumentation übersieht aber absichtsvoll, daß die gewinnorientierte Produktion dadurch ihre Realisierungschancen niemals verbessern kann, denn sie ist ja nicht in der

Lage, die wachsende qualitative Nachfrage nach öffentlicher Dienstleistungsproduktion einzulösen⁸. Aufgrund dieser Verschiebungen in der Nachfragestruktur resultiert eine sich abschwächende Dynamik marktvermittelten Konsums zugunsten direkt gebrauchswertorientierter, politischer Produktion. Aus diesem Entwicklungsmuster ergeben sich zusätzliche interne Grenzen für eine Wachstums- und Vollbeschäftigungsstrategie, die die Forcierung gewinnorientierter Produktion in den Vordergrund stellt.

Diese qualitative Betrachtung der Nachfrageentwicklung läßt sich auch auf die gesamten Voraussetzungen und Wirkungen einzelwirtschaftlich ausgerichteter Produktion und Verteilung übertragen. Das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül führt in seiner gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu Gefährdungen der Um- und Lebenswelt. Diese Auswirkungen treten immer erst *post festum* auf; das Gewinn-, Preissystem signalisiert sie nicht bei der einzelwirtschaftlichen Produktionsentscheidung.

6. Analyse langfristiger Krisentendenzen

Diese generelle Charakterisierung der in das Gewinnsystem nicht eingebauten Möglichkeiten, gesamtwirtschaftliche, negative Wirkungen bereits bei den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen beachten zu müssen, läßt sich auch für die kapitalistische Durchsetzung des technischen Fortschritts beschreiben. Der durch die Konkurrenz vermittelte Zwang, die Gewinnsituation über die Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen zu verbessern, führt im Trend zu gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, die die Rentabilitätserwartungen langfristig durchkreuzen. Für die Langfristanalyse lautet daher die Hauptthese der „Memoranden“: Die einzelwirtschaftlich gewinnorientierte Durchsetzung technischen Fortschritts führt

zu überkonjunktureller Überakkumulation und damit zur Verschlechterung der Kapitalrentabilität einerseits und Verlangsamung des Akkumulationstempos andererseits. Rationalisierungsinvestitionen, mit denen bei gesamtwirtschaftlicher Nachfrageschwäche die Kosten-Erlös-Relation verbessert werden soll, bilden nur ein kurzfristiges Schlupfloch. In der langen Frist führen sie zu einer Disproportionierung zwischen einem gigantischen Angebot, das auf einem hochtechnisierten Produktionsapparat erstellt werden kann, und einer einkommensspezifisch und qualitativ eingeschränkten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dieses Dilemma, demzufolge die Profitverwendung für Rationalisierungsinvestitionen zur längerfristigen Verschlechterung der Rentabilitätsbedingungen führt, gilt für alle Formen des technischen Fortschritts:

- Führt der technische Fortschritt zu einer Steigerung der Produktion je Arbeiter, bzw. je Beschäftigtenstunde (Zunahme der Arbeitsproduktivität) – bei angenommener, unveränderter Kapitalproduktivität – kommt es zu dieser beschriebenen Gewinnparadoxie. Werden keine zusätzlichen Investitionen vorgenommen, entsteht aufgrund der Arbeitsplatzvernichtung Arbeitslosigkeit einerseits und darüber Druck auf die Lohnabschlüsse andererseits. Einer darüber eingeschränkten konsumtiven Nachfrage steht ein technisch verbesserter, ergiebigerer Produktionsapparat gegenüber. Der Druck auf die Gewinne aufgrund der Realisierungsprobleme ist unübersehbar. Aber auch der Strategie, die Arbeitslosigkeit – bei gestiegenem Einsatz von Kapital pro Arbeiter (Kapitalintensität) – durch Erhöhung der Investitionen zu überwinden, ist kein Erfolg beschieden. Der relativ steigende Kapitaleinsatz (Neuinvestitionen) verlangt unter profitwirtschaftlichen Bedingungen eine entsprechende Erhöhung der Gewinne. Dies geht auf Kosten von

Lohn- oder/und Steuerquote. In beiden Fällen schwächt sich die daraus fließende staatliche und privat-konsumtive Nachfrage gegenüber dem erhöhten Produktionsangebot ab. Die Umstrukturierung der Nachfrage auf marktentkoppelte Produktion verschärft diese Situation. Das heißt: die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung über rein gewinninduziertes Wachstum blockiert sich selbst. Sie ist nicht nur nicht möglich, sie ist sozialökonomisch auch unerwünscht.

- Wird aber davon ausgegangen, der technische Fortschritt würde neben der Arbeitsproduktivität auch die Kapitalproduktivität erhöhen – also arbeits- und kapitalsparend wirken – so wiederholt sich das Gewinn-dilemma. Die Durchsetzung kapitalsparender Technologien – wie Mikroprozessoren – läßt sich zwar gesamtwirtschaftlich noch nicht durchschlagend feststellen; in einigen Branchen dominieren diese aber schon (vgl. die instruktiven Berechnungen von Jörg Huffschild)⁹. Ist der technische Fortschritt dadurch gekennzeichnet, daß durch ihn die Kapitalproduktivität mehr als die Arbeitsproduktivität steigt, dann sinkt der Kapitaleinsatz pro eingesetztem Arbeiter. Vergleichsweise sinkt damit der Kapitaleinsatz für die gesamtwirtschaftliche Produktion. Soll in dieser Situation Überakkumulation verhindert werden, müßten die Investitionen und damit auch die Profite gesenkt werden. Diese gesamtwirtschaftliche Anforderung widerspricht jedoch der Logik profitrationaler Durchsetzung des technischen Fortschritts. Im Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Nachfragebedingungen wächst ein überproportionaler Kapitalapparat heran. Aus der einzelwirtschaftlichen Gewinnmaximierung resultiert eine gesamtwirtschaftliche „Gewinnfalle“; die Kapitalrentabilität sinkt durch die unvermeidbare Überakkumulation.

Diese Langfristanalyse, die insbesondere im „Memorandum 1978“ vorgestellt wurde und an der weiter gearbeitet wird, zeigt, daß die rationale Steuerung durch das Prinzip einzelwirtschaftlicher Gewinnmaximierung blockiert wird. Gerade das, was der technische Fortschritt ermöglichen kann, wird durch die Gewinnlogik verhindert: die Weitergabe der Vorteile des technischen Fortschritts an die Arbeitnehmer. Politische Strategien, die auf die Überwindung dieses Gewinndilemmas ausgerichtet sind, müssen an der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und an der Erhöhung der Staatsquote zur Finanzierung politischer Produktion ausgerichtet werden. Dies bedeutet aber von den Kräfteverhältnissen her, die einzelwirtschaftlichen Profitansprüche zurückzudrängen, um das möglich zu machen, was ökonomisch notwendig und sozial erwünscht ist.

IV. Elemente einer alternativen Wirtschaftspolitik

Alternative Wirtschaftspolitik ist prinzipiell auf die Überwindung der hier theoretisch angedeuteten Blockierungstendenzen ausgerichtet. Dabei stellt sie die Lage der Arbeitnehmer in den Vordergrund politischen Handelns. Sie geht davon aus, daß die vorherrschenden Instrumente der Wirtschaftspolitik, die sich auf eine funktionsfähig unterstellte Marktwirtschaft indirekt und global beziehen, überhaupt nicht ausreichen, die kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsprobleme zu lösen. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Im Gegensatz zur keynesianischen Globalsteuerungspolitik, die seit 1967 im „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ verankert ist, wird in den „Memoranden“ davon ausgegangen, daß mit konjunkturpolitischen Maßnahmen der Ausbau der politischen Kontrolle verbunden werden muß. Denn durch Strukturveränderungen – etwa wie

Monopolisierung, Branchenverschiebungen sowie Rationalisierung – haben sich die Wirkungsmechanismen der Wirtschaft so verändert, daß die wirtschaftspolitischen Impulse nicht zielgerecht wirken. Daraus folgt die Notwendigkeit des Ausbaus eines politischen Kontrollsystems. Aus der mangelnden Effizienz keynesianischer Wirtschaftspolitik kann vernünftigerweise nicht das neoliberal-konservative Credo „Zurück von Keynes“, sondern nur die Devise „Keynes plus Auflagenpolitik“, die Preis-, Mengen- und Beschäftigungseffekte kontrolliert, resultieren.

Die Zurückdrängung der die Blockierungstendenzen verursachenden Gewinnsteuerung führt zu einem intensitätsmäßig gestuften Einsatz aufeinander bezogener Maßnahmen alternativer Wirtschaftspolitik, die hier spiegelstrichartig festgehalten werden sollen:

- expansive Lohnpolitik, die die Kaufkraft für immer noch erforderliche Marktprodukte sichert und damit die konjunkturellen Bewegungen abschwächt;
- beschäftigungs- und bedarfsorientierte Finanzpolitik, die den Spielraum für marktentkoppelte, sozialorientierte, politische Produktion erweitert;
- Arbeitszeitverkürzung, die mittelfristig die Vorteile der Rationalisierung an die Arbeitnehmer weitergibt und die, wie eine neue Untersuchung des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) belegt, in der Vergangenheit stärkere Arbeitslosigkeit verhindert hat (seit 1960 gehen 65 Prozent der Neueinstellungen auf Arbeitszeitverkürzung zurück) sowie bis in die achtziger Jahre dazu beiträgt, daß die zu erwartende Arbeitslosigkeit abgebaut wird (bei Verkürzung der Jahresarbeitszeit um jahresdurchschnittlich 2,2 Prozent und einem Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent pro Jahr bis 1985 wird die Arbeitslosigkeit auf ca. 250.000 abge-

baut; ansonsten schnellst sie auf ca. 1,6 Millionen registrierte Arbeitslose);

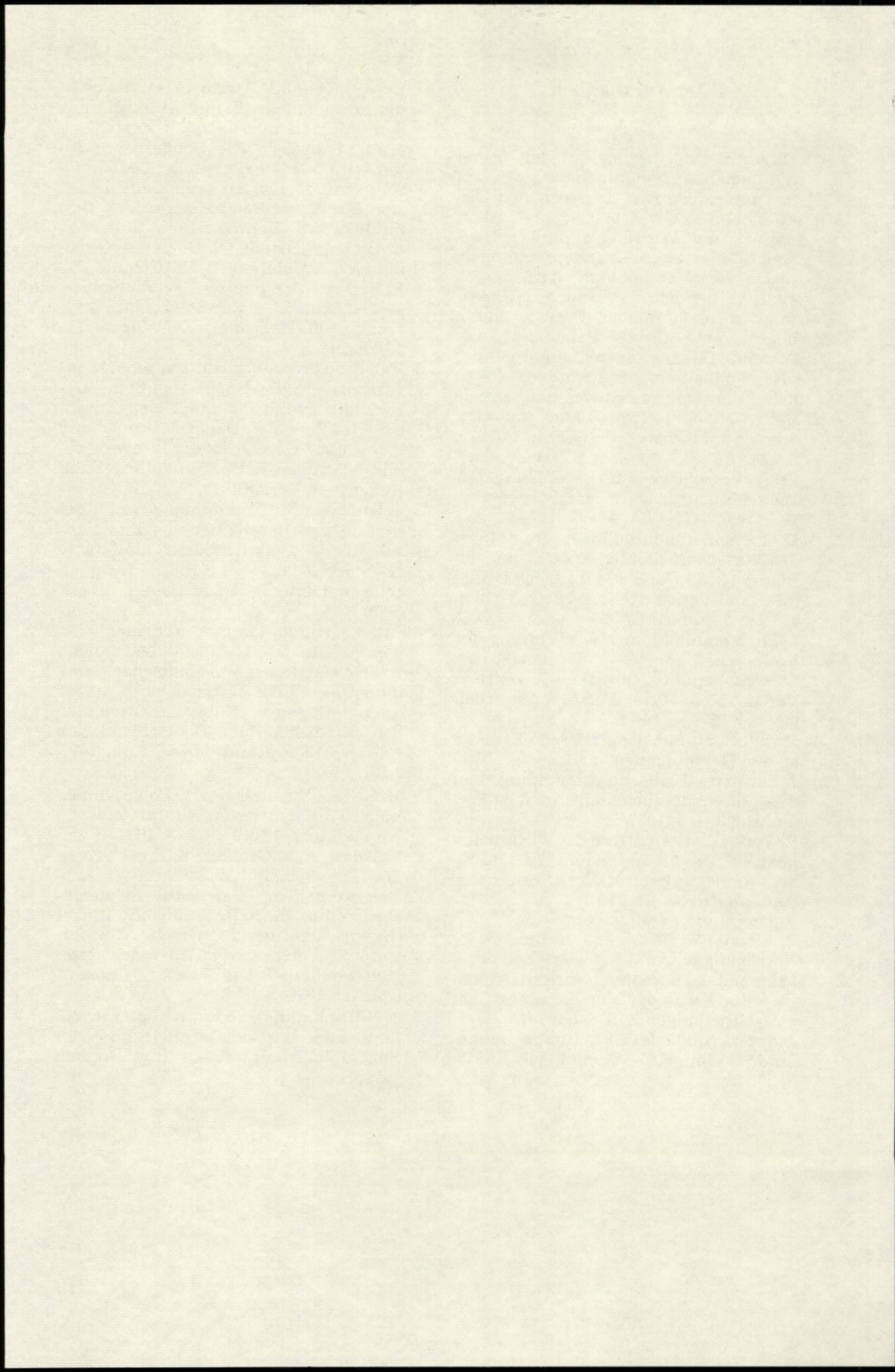
- Auflagenpolitik, die dafür sorgt, daß die mit Konjunktur- und Strukturprogrammen verbundenen Beschäftigungsziele nicht durch unkontrollierte Preissteigerungen und Rationalisierungen abgeschwächt werden.

Diese funktionellen, kurz- und mittelfristigen Forderungen werden von der Notwendigkeit institutioneller Veränderungen überlagert. Die Fortsetzung der Demokratisierung und Mitbestimmung sind eine wesentliche Voraussetzung zur erfolgreichen Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik. Der allmählichen politischen Zurückdrängung der gewinn-gesteuerten Wirtschaft steht die Notwendigkeit gegenüber, ein alternatives wirtschaftsdemokratisches System schrittweise durchzusetzen. Denn die Realisierung eines alternati-

ven krisenfreien Wachstumstyps, bei dem die Entscheidung über das Wie, Was, Wofür und Für wen der Produktion an die Arbeitnehmer und ihre Organisationen gegeben wird, verlangt eine bewußte, auf indirekte Wirkungen verzichtende demokratische ex ante-Planung. Aus dieser Perspektive heraus müssen die Ansätze zur Investitions- und Preislenkung als Einstieg in eine alternative demokratisierte Vergesellschaftung neu diskutiert und die soziale Phantasie darauf gelenkt werden. In Richtung Reformierung der Marktwirtschaft zielt eine Aussage, die der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter 1979 formuliert hat: „Wenn die Marktwirtschaft, wie das offenbar der Fall ist, das Recht auf Arbeit und die Vollbeschäftigung nicht garantieren kann, wenn immer wieder die Gewinninteressen für wenige über die Interessen der vielen Arbeitnehmer triumphieren, dann müssen wir die Marktwirtschaft reformieren.“

Literaturangaben

- *) Dieser Beitrag basiert auf den bisher erschienenen „Memoranden“ sowie auf den intensiven wissenschaftlichen Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“. Insofern referiert er die Grundauffassungen, die in die „Memoranden“ eingegangen sind. Es handelt sich jedoch um keine mit den „Memoranden“-Unterzeichnern abgestimmte offizielle Darstellung.
- 1 Folgende „Memoranden“ sind bisher der Öffentlichkeit vorgelegt worden:
1975: Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1975, S. 1287 ff.
1977: Vorschläge zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit; in: Blätter ... 5/1977, S. 625 ff.
1978: Memorandum '78 – Alternativen der Wirtschaftspolitik; Kurzfassung in: Blätter ... 5/1978, S. 624 ff.; Langfassung im Bund-Verlag Köln 1978 (zwischenzeitlich 2. Aufl. 1979)
1979: Memorandum '79 – Vorrang für Vollbeschäftigung – Alternativen der Wirtschaftspolitik; im: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979; Auszüge in: Blätter ... 5/1979, S. 614 ff.
 - 2 Marktorientierte, neoklassische Kritiken an den „Memoranden“ haben vorgelegt: J. Starbatty, Kritische Anmerkungen zu den „Alternativgutachten“; in: List-Forum, Bd. 9 H. 6 (1977/78)
R. Vaubel, „Alternativen der Wirtschaftspolitik“? Das Memorandum der 130: Eine Widerlegung; in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 56, Kiel 1978
 - 3 Vgl. dazu die Kritiken von:
E. Altvater/W. Semmler/J. Hoffmann, Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik – Zur Kritik des Memorandums“, in: WSI-Mitteilungen 2/1979, S. 61 ff.
Autorengruppe des SSI, Zum Memorandum 79; in: WSI-Mitteilungen 6/1979, S. 296 ff.
 - Eine umfassende Auseinandersetzung in der Form von Kritik und Antikritik mit den „Memoranden“ enthält der eigens dazu herausgegebene Sonderband: Alternative Wirtschaftspolitik – Methodische Grundlagen, Analysen und Diskussion; Argument Sonderband AS 35, Berlin 1979 (mit Beiträgen von: J. Berger, R. Hickel, M. Bolle, U. Geipel, J. Glombowsky, J. Goldberg, J. Huffscheid, K.-P. Kisker, A. Oppolzer, W. Pfaffenberger, H. Schneider, R. Seitenzahl, P. Strutyński, K. H. Tjaden, W. Vogt, H.-J. Weißbach)
 - 4 Vgl. dazu etwa Jörg Huffscheid, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik – Geschichte, Probleme und Perspektiven; in: U. Albrecht/F. Deppe/J. Huffscheid u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik – Beiträge, Kleine Bibliothek, Pahl-Rugenstein Verlag 1979, S. 40 ff.
 - 5 J. Huffscheid, Entkopplung von Konjunktur und Beschäftigung – Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise“; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1979, S. 75 ff.
 - 6 Arbeitsgruppe Großunternehmen, Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie – Eine Untersuchung der 50 umsatzgrößten Kapitalgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland von 1967 bis 1975, Bund-Verlag, Köln 1977, 2 Bde.
 - 7 H. Schui, Stagnation als Folge zunehmend differenzierter Profitraten; in: Konjunkturpolitik 1/1978, S. 16 ff.
 - 8 Vgl. dazu R. R. Grauhan/R. Hickel, Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Ausweichstrategien, Perspektiven staatlicher Politik; in: R. R. Grauhan/R. Hickel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien; Sonderheft 1/1978 des „Leviathan“, Opladen 1978, S. 24 ff.
 - 9 J. Huffscheid, Produktivkraftentwicklung und Wirtschaftsentwicklung im Spätkapitalismus, Manuskript, Bremen 1979, S. 5



BÜCHER

EMPIRISCHE POLITIK – EIN KONSERVATIV-RADIKALES PROGRAMM

Rezension von Robert Schediwy,
„Empirische Politik, Chancen und
Grenzen einer demokratischen
Gesellschaft“, Europa-Verlag, Wien,
1980.

Robert Schediwys „Empirische Politik“ verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: ausgehend von dem skeptisch-realistischen Demokratieverständnis des Schumpeter'schen Konkurrenzmodells soll eine Brücke zur schließlichen „Versöhnung von Interessenprinzip und normativem Idealismus“ geschlagen werden, die letztendlich eine fortschreitende Läuterung des „homo oeconomicus“ zu einem „homo ethicus“ in das Blickfeld einer besseren Zukunft rücken läßt. Um diesen „Punkt Omega“ kreisen, wie er sagt, die Gedanken seines Buches (S. 53). Die Chiffre ist übrigens von Teilhard de Chardin entlehnt, der damit – wie ich meiner Enzyklopädie entnehme – eine Art Endzustand der in Gott aufgehenden menschlichen Vernunft bezeichnete. Ein solcher Höhenflug ist Schediwy sicher fern gelegen, aber auch wenn wir im Diesseits bleiben, erscheint es mir mehr als fraglich, ob sein „realistischer“ Ansatz den Humanisierungsoptimismus seiner Schlußfolgerungen zu rechtfertigen imstande ist. Da ich selbst der skeptischen Überzeugung bin, daß unser aller Alphabet lange vor Omega zu Ende ist, möchte ich diesen Punkt dahingestellt sein lassen. Das Buch bietet auch so eine Fülle von anregenden Gedanken,

die sich auf einen großen Fundus von ideengeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Kenntnissen stützen und ein beträchtliches Geschick im Umgang mit den relevanten Theorien verraten.

Zunächst, was versteht Schediwy unter „empirischer Politik“? In seinen eigenen Worten handelt es sich um eine „Politik, die zwar von relativ kleinen, spezialisierten Führungsschichten gemacht wird, die sich aber dabei an den vorfindlichen und geäußerten Interessen der Bevölkerung zu *orientieren hat* (Unterstreichung d. V.): Politik, der aufgrund einer Vielzahl von Tatsachen ein tastender, distanzierter und experimenteller Zug innewohnt. Sie ist also jene Politik, die sich aus dem Selbsterhaltungsinteresse *einsichtiger* politischer Eliten (heraus) am Machbaren und dem Volk Genehmen orientiert“ (S. 78). Schon an dieser Definition läßt sich die Problematik aufzeigen, die mit Schediwys Vorhaben verbunden ist. Einerseits gründet sie sich ohne Vorbehalt auf das pessimistische Menschenbild der Elite-Theorien, die das Grundmotiv allen politischen Handelns auf das Eigeninteresse einer zwar ersetzbaren, aber immer neu sich bildenden „politischen Klasse“ zurückführen. Andererseits aber wird doch ein kategorischer Imperativ postuliert. Die richtig handelnden Eliten *haben* sich an den Interessen der Bevölkerung zu orientieren, sie *haben* einsichtig zu sein. So wird das normative Element, das in dieser Theorie eigentlich nichts zu suchen hat, durch die Hintertüre eingelassen. Den logischen Nexus bildet offenbar das Selbsterhaltungsinteresse der Eliten, das ja tatsächlich unter der Voraussetzung demokratischer Spielregeln an ein gewisses Maß von Identifikation mit dem, was man gemeinhin Gemeinwohl nennt, gebunden ist. Die Frage ist nur, wie die

akzeptierten Vorstellungen von Gemeinwohl zustande kommen und wie weit sie mit den Eigeninteressen der Eliten – an Macht und Geld – kompatibel sind.

Eben diese Frage versucht Schediwy zu beantworten. Sein historisches Subjekt ist – mit allerdings nicht unbedeutenden Einschränkungen – der *homo oeconomicus* in der geistigen Linie von Hume, Hobbes und Locke, die von den älteren Elite-Theoretikern (Mosca, Pareto, Schumpeter) bis zu den neueren Vertretern der „ökonomischen Theorie der Politik“ (Buchanan, Downs etc.) reicht. Indes, so hoch er den „aufklärerischen“, „entlarvenden“ Realitätsgehalt dieser Theorien einschätzt, so läßt er doch den blanken Zynismus nicht gelten, der besonders in ihren späteren Ausformungen zum Ausdruck kommt. Zwar hält er, wie diese, das materielle Interesse für die Haupttriebkraft des menschlichen Handelns – ethisch-normative Vorstellungen sind nur für Minderheiten entscheidende Motivation –, aber er läßt dieser Aussage einen ganzen Katalog von Differenzierungen und Vorbehalten folgen. Ganz richtig weist er darauf hin, daß alle Interessen, auch die materiellen, in ihrer Art und in der Form ihrer Durchsetzung durch das sozio-kulturelle Milieu bestimmt sind, in das sie eingebettet sind. Daraus läßt sich ein erweiterter Interessenbegriff ableiten, der dem Prinzip der Identifikation des reinen Egos mit näheren und fernerer Kollektivegos (Familie, Funktionsgemeinschaften aller Art, Institutionen, Klasse, Nation usw.) Rechnung trägt. Das weitere folgt dann, analog dem bekannten Schema von der abnehmenden Intensität der dringlicheren Bedürfnisse mit dem Grad ihrer Sättigung (Maslow und all that). Während die „ferneren“ Interessen in dem Maß zurücktreten als „nähere“ bedroht sind (einfacher ausgedrückt, das Hemd ist stets näher als der Rock), so besteht doch – so zumindest verstehe ich den für mich nicht völlig klaren Gedankengang Schedi-

wys in diesem Punkt – ein Konnex zwischen „eigenen“ Interessen und „Gemeinwohl“, sofern dieses nicht als ein normativ abgeleiteter Zustand, sondern als die „befriedigende Koordination der Einzelinteressen“ verstanden wird (S. 49). Da dies für den Normalbürger ebenso wie für die Mitglieder der „Eliten“ gilt, liegt die Chance „empirischer“ Politik in der Mobilisierung solcher „Interessenkonstellationen, die die Partikularinteressen der Führungsschicht“ zurückzudrängen imstande sind. Wie diese glückliche Konstellation aussehen könnte, wird leider nicht ausgeführt.

All das würde aber noch nichts darüber besagen, wieviel „Einsicht“ – bei der Masse oder bei den Eliten – in ihre eigenen Interessen besteht. Nun ist Schediwy allen Vorstellungen abhold, die am Marx'schen (oder Hegel'schen) Paradigma vom „wahren“ und „falschen“ Bewußtsein festgemacht sind. Es gibt also für ihn auch keine „wahren“ Interessen im Sinne einer solchen, auf Substanzeinsicht gerichteten Gesellschaftsphilosophie. Dennoch muß er die Möglichkeit der Einsicht irgendwie begründen, sonst könnte er nicht auf „einsichtige“ Eliten bauen. Seinen diesbezüglichen Optimismus (unbeschadet seines allgemeinen Pessimismus), der auf die Möglichkeit einer „vernünftigen“ Konsensfindung auf demokratischer Basis verweist, bezieht er geradewegs aus der älteren liberalen Tradition. Diese hielt ja stets – bei allen Zweifeln – doch an der fundamentalen Fähigkeit der Vielzahl der Menschen fest, ihre eigenen, durchaus bewußten Interessen im Rahmen ihrer Bindung an die Gesamtheit zu erkennen.

So weit der Hintergrund von Schediwy's konkreten Vorschlägen zur Demokratiereform, die er sehr bewußt als Gegensatz zu den heute dominanten, radikal-demokratischen, auf Partizipation gerichteten Bestrebungen auffaßt. Ohne diesen Bestrebungen ihre Berechtigung abzusprechen, bekennet er sich zu einem System der

Entscheidungsfindung, das von „oben“ nach „unten“ verläuft, wobei „die da oben“ auf die Wünsche „der da unten“ „programmiert“ werden müssen. Es ist, wenn man will, ein radikal-konservatives Manifest, das nur ein *second best* anstrebt, gestützt auf die Vermutung, daß die Ideale emanzipatorischer Radikalität ohnehin zum Scheitern verurteilt sind. So beschränkt sich sein Programm auch im wesentlichen auf das politische System, während alle vom Partizipationsprinzip ausgehende Theoriebildung eben in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sub-Systeme, vor allem des wirtschaftlichen, eine *conditio sine qua non* der Verwirklichung der demokratischen Ur-Idee sieht. Trotzdem kann man nicht sagen, daß das partizipatorische Element bei Schediwy völlig fehlt, es findet einen gewissen Platz in dem, was er „soziale Experimente“ nennt, allerdings nur als Hilfsmittel zur Erkundung alternativer Lösungen für bestimmte Problembereiche wie z. B. Wohnformen – bis hin zu Kommunen –, kulturelle Einrichtungen – bis hin zu Arenas –, Schulen – bis hin zu Kinderläden –, Verkehrsfragen usw. – kurzum für alle jene der Lebenswelt entspringenden Bedürfnisse und Ideen, die schon seit längerer Zeit den Gegenstand von Bürgerinitiativen und Selbstbetätigung einzelner Gruppen bilden. Die Möglichkeit des Experimentierens mit der Mitbestimmung im Betrieb wird zwar auch angedeutet (S. 247), nimmt aber keinen vorrangigen Platz ein. Partizipation findet also gewissermaßen im Glashaus statt, sie steht im Dienst der „wissenschaftlichen Erkundung“ dessen, was dem Volk „genehm“ ist und was auch funktioniert.

Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang weist Schediwy der Befragungstechnik zu – vermutlich der Punkt, der den größten Widerspruch herausfordern wird. Zwar leugnet er nicht den hohen Grad manipulativer Möglichkeiten, die das Instrument der

Demoskopie sowohl Parteipolitikern wie Medien eröffnet, nichtsdestoweniger sieht er darin, sofern der Zugang zu demoskopischen Untersuchungen nicht monopolisiert wird, doch ein positives Demokratisierungspotential. Hier hilft ihm sein oft bekräftigtes Vertrauen in die Rationalität des *common man* und seines *common sense*. Insbesondere verweist Schediwy auf den strategischen Gebrauch der Meinungsumfrage durch die normalerweise „liberalen“ und „aufgeklärteren“ Führungsspitzen zur Durchsetzung fortschrittlicher Reformen gegen die eigenen Funktionärskader, die ja – das ist kaum bestreitbar – in allen Parteien das konservativste Element bilden. Aber auch wenn das in einigen Fällen zutrifft – Beispiele gibt Schediwy in den Fußnoten, etwa hinsichtlich der Abtreibungsdiskussion in Frankreich und Italien – ließen sich sicher ebenso zahlreiche Gegenbeispiele anführen. Der grundsätzliche Einwand der Abhängigkeit demoskopischer Ergebnisse von unmittelbaren Zeitereignissen und von den Techniken der Befragung läßt sich dadurch sicher nicht aus dem Weg räumen. Die Demagogie liegt hier doch zu nahe an der prätextierten Demokratie, um das Mißtrauen selbst gemäßigter Systemverbesserer (wie ich es zum Beispiel bin) zu überwinden.

Drittens und letztens, wenn auch nicht an letzter Stelle, figuriert in Schediwys Programm die Volksabstimmung, zweifellos eine aktivere und dem direkt-demokratischen Prinzip näher liegende Art, das Volk zu befragen, als die passive und unverantwortliche Meinungsäußerung in einem privaten Interview. Auch hier gibt es viele Wenn und Aber, Einschränkungen und Vorbehalte, und letztlich doch ein Trotzdem. Man kann Schediwy nicht vorwerfen, daß er die Argumente gegen sich selbst unterschlägt. Das Kapitel bietet einen außerordentlich informativen Überblick über die Ergebnisse bisheriger Volksabstimmungen, sowohl in ihren tradi-

tionellen Zentren, Schweiz und einigen Staaten der USA, wie auch in den Ländern, wo sie erst in den letzten Jahren sporadisch angewendet wurden – England, Skandinavien, Kanada u. a. Das Fazit ist nicht überraschend, nämlich, daß Volksabstimmungen überwiegend die Grundwerte einer saturierten Mittelschicht zur Geltung bringen, so daß es im allgemeinen „konservative, beharrende Kräfte (sind), die mit den Ergebnissen der direkten Demokratie am meisten zufrieden sein können.“ (S. 143)

Das ist aber für Schediwy kein Grund, dieses demokratische Instrument schlechthin zu verwerfen. Er betrachtet im Gegenteil den verstärkten Rückgriff auf das Referendum, der in den siebziger Jahren zu beobachten ist, als eine „zweite Welle der bürgerlichen Revolution“. Das Referendum, sparsam, aber doch regelmäßig angewendet, erscheint ihm am besten geeignet, die Legitimationskrise der zeitgenössischen Konkurrenzdemokratie zu überwinden. Eine verstärkte Bindung der Regierenden an das Volk, die Außerfragestellung des auf diese Weise erzielten Konsens sind von seinem Standpunkt ausreichende Gründe für den verstärkten Einsatz des Instruments – unabhängig von den bestätigten oder verworfenen Inhalten. Das folgt logisch aus seiner Grundauffassung, die das Wesen der Demokratie in ihren Verfahrensformen und nicht in der Verwirklichung vorausbestimmter Ziele sieht.

Das ist natürlich das Dilemma, das in der Natur der demokratischen Entscheidungsfindung liegt. Demokratie heißt allemal, das Risiko der Niederlage des eigenen Standpunktes auf sich zu nehmen. Hier unterscheidet sich Schediwy von linkeren Demokraten mehr durch die betonte Risikofreude als durch das Prinzip. Insgesamt scheint mir allerdings sein Versuch, eine Verbindung zwischen der „realistischen“ Theorie der Demokratie herzustellen und einer letztlich doch opti-

mistisch-zielgerichteten Programmatik herzustellen, nicht recht geglückt zu sein. Wohl würde ich ihm – entgegen der im linksintellektuellen Milieu heute so gerne betriebenen Schwarzmalerei und Unglückspflege – zustimmen, daß auch die bisherige „reale“ Demokratie (in Analogie zum „realen Sozialismus“) der großen Masse der Menschen vermehrte Freiheitsräume und Entfaltungschancen gebracht hat. Und daß dieser Prozeß durch ein Mehr an direkt-demokratischen Verfahrensweisen vorangetrieben werden könnte.

Nur sehe ich nicht, was die Elite-Theorie dazu analytisch oder gar programmatisch beitragen kann. Selbst wenn man dieser Theorie so weit folgt, daß in allen komplexen Organisationen zwangsläufig Führungsschichten auftreten, die mehr Macht besitzen als die anderen und auch ein gesundes Eigeninteresse an der Beibehaltung dieser Macht entwickeln, so besitzt sie darüber hinaus nur geringe Erklärungskraft für das politische Geschehen. Sie besagt nichts über die Grundlagen der Macht in den sozio-ökonomischen Strukturen und daher nichts über die Triebkräfte des sozialen Wandels. Auch gibt es ja in der gesellschaftlichen Wirklichkeit keine klare Abgrenzung zwischen „Eliten“ und „Nicht-Eliten“, die differenzierten Strukturen der Machtverteilung in komplexen Gesellschaften lassen sich nicht in ein so einfaches Schema pressen. So führt dieser Theorieansatz leicht zu einem verkürzten Demokratiebegriff, der in der bloßen „Erkundung“ eines wie immer zustandegekommenen Mehrheitswillens durch eine frei im Raum schwebende, aus jeder Eigenverantwortung entlassenen Führungsschicht gipfelt. Für ein Programm der Demokratiereform mit, oder auch ohne Blick auf „Omega“, erscheint mir dieser Ansatz nach wie vor zu wenig herzugeben.

Maria Szecsi

ROTE MARKIERUNGEN '80

Rezension von Heinz Fischer (Hrsg.),
Rote Markierungen '80,
Wien-München-Zürich 1980,
Europaverlag

Es war einmal leicht, Sozialist zu sein, stellte anlässlich einer Diskussion um das neue SP-Programm der amerikanischen Sozialwissenschaftler Heilbroner fest. Mit dem Bekenntnis zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, dem Zugehörigfühlen zu einer homogenen Arbeiterklasse und einer Priorität für kollektive Strukturen, die auch ein stärkeres wirtschaftliches Wachstum ermöglichen sollten, waren hinreichende Wesenszüge angeführt, die den sozialistischen Charakter einer Bewegung oder einer Person ausmachten.

Heutzutage ist die Frage, was Sozialismus und/oder Sozialdemokratie ist, was eigentliches Ziel (und Mittel) des Strebens darstellt, sicherlich schwieriger zu umreißen. Keines dieser angeführten Merkmale kann unbefragt übernommen werden: Wirtschaftliches Wachstum scheint teils nicht (mehr) wünschbar, teils unmöglich zu sein, die Arbeiterklasse hat sich objektiv und subjektiv diversifiziert, die Vergesellschaftung von Produktionsmitteleigentum ist selbst als notwendige Voraussetzung fragwürdig geworden – die zahlreichen Debatten um die Grenzen von Planung und um die Rolle von Entscheidungen an Stelle von Eigentum geben davon beredtes Beispiel.

Umso bedeutsamer ist der Versuch von sechzehn Autoren zu werten, Standortbestimmung und Markierung für künftige Entwicklungen einer (österreichischen) Sozialdemokratie

zu erarbeiten. Auf der Suche nach dem, was heutzutage Sozialdemokratie ist und will, welche inhaltlichen Positionen einen Sozialisten ausmachen, begegnen einem naturgemäß vielfältige Antworten.

Eine naheliegende, auch im politischen Alltag oft gehörte Beschreibung taucht als erste auf: Sozialismus ist das, was in den letzten Jahren einer sozialistischen Alleinregierung erreicht wurde. Ein solcher „Jubelsozialismus“ kann bekanntermaßen auf einige Erfolge verweisen: große Fortschritte in bezug auf die Entwicklung der Wirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung, Anstrengungen im Kampf gegen die Armut, Verwirklichung einer großen Anzahl wichtiger Reformen, die Österreich insgesamt liberaler, offener und pluralistischer gemacht haben, Vollbeschäftigung nicht nur als deklarierte, sondern vergleichsweise optimal realisierte Zielsetzung, das „Neben-“ und „Miteinander“ einer Wirtschaftsverfassung, die den Kapitalismus bereits hinter sich gelassen hat – kurz: Sozialismus = der österreichische Weg. Daß dessen Fortführung in den achtziger Jahren schwieriger denn je wird, dämpft zugestandenmaßen diesen Jubel, der ohnehin mit Ländern ähnlicher Größe und mit oft anders ausgerichteten Regierungen geteilt werden muß.

Eine andere Möglichkeit, eine möglichst große Zustimmung für das zu bekommen, was Sozialismus sein kann und sein soll, wird mehrfach wahrgenommen: Sozialismus als humane Übereinkunft all derer, die für mehr Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Freiheit (plus Befreiung), Gleichheit sind, für die Selbstverwirklichung des Menschen, für die Abschaffung von Unterdrückung, für eine menschengerechte Wirtschaft. Dies erinnert etwas an den Lieblingsspruch des Grafen Leinsdorf: „Wir alle sind ja im Innersten Sozialisten.“ All die, die für die Realisierung solcher Grundwerte gesellschaftliche Wandlungen für not-

wendig halten, werden dann gern als Advokaten eines breit angelegten Sozialismus vereinnahmt. Der Zitatenschatz beispielsweise, der aufgewendet wird, um gewisse gemeinsame Interessen von Christen und Sozialisten aufzuzeigen, ist derartig beeindruckend, daß der „österreichische Weg“ als legitime Fortsetzung der Ansätze des Urchristentums erscheint, als säkularisierte Verwirklichung der Bergpredigt, so daß engagierte Christen dem lieben Gott danken müßten, daß er als weltliches Mittel zur Erlangung jenseitigen Heils die Sozialdemokratie erschaffen hat. Die Vereinnahmungstendenzen gehen aber über den religiösen Bereich hinaus: So wird die Überlebensformel für die Zukunft schlicht und einfach als humanistischer Sozialismus bezeichnet, Gefühl zum sozialistischen Grundwert erklärt. Nun ist es zwar durchaus wahrscheinlich, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Leuten nicht für alle der zitierten Grundwerte eintritt, es wäre aber zu einfach, Sozialismus auf einen Grundwertkatalog zu reduzieren, wobei dann von einer genaueren analytischen Erarbeitung der Widersprüche, die deren Realisierung entgegenstehen, gern die Dispens erteilt wird (nach dem Motto: verschieden die Wege, gemeinsam das Ziel) – das tut weder dem Sozialismus noch den Grundwerten gut.

Nun entbehren sowohl ein „Jubelsozialismus“ als auch gewisse „Vereinnahmungstendenzen“ nicht einer gewissen Berechtigung. Auch wenn Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit keine genuin sozialistischen Werte sind, so ist ihre breite Anerkennung nicht trennbar von dem mehr als hundertjährigen Prozeß des ständigen Versuches und Kampfes der Sozialdemokratie, sie politisch durchzusetzen. Auch wenn es nicht immer sozialdemokratische Regierungen sind, die Vollbeschäftigung, Wohlstand, eine möglichst breite Partizipation sichern, so ist die Übereinstimmung betreffend der Ziele und der

einzusetzenden Mittel in Annäherung an sozialdemokratische Vorstellungen erfolgt. Das, was ein „sozialdemokratischer Konsens“ hervorgebracht hat – Vollbeschäftigung, Wohlstand, Mitwirkungsrechte – ist, rückwirkend betrachtet, Grund genug zum Jubeln.

Ob diese Gründe auch in Zukunft weiterbestehen werden, ist bekanntermaßen fraglich. Und hier setzen die differenzierten Versuche an, Sozialismus zu orten, Grundwerte weiterhin zu realisieren. Da ist zunächst einmal die vielen Beiträgen zugrundeliegende Problematik, die Sache der Gleichheit weiterzuführen – der Kampf um Gleichheit als eine für den weiteren qualitativen Fortschritt einer sozialistischen Politik unentbehrlichen Perspektive. Das Streben nach mehr Gleichheit als harten Kern des Sozialismus ist zweifelsohne schwieriger geworden: unter welchen Konzeptionen ist Gleichheit zu sehen, hat die Abschaffung von Massenarmut das Streben nach Gleichheit nicht relativiert, dürfen Bedürfnisse bei einer differenzierten Konsumstruktur noch den generell gleichen Anspruch auf Befriedigung erheben, entsteht durch das Problem der „Positionsgüter“ nicht ein unauflösbares Dilemma für die Gleichheitspolitik? Trotz des Eingeständnisses des dezisionistischen Charakters der Kriterien zur Messung und Durchsetzung von Gleichheit (ein Vorwurf, der zumindest in gleichem Maß für den Status quo als Legitimation für Ungleichheit gilt) gelingt es, Maßstäbe und Handlungsanleitungen zu geben: Gleichheit als Chancengleichheit mit wesentlichen Errungenschaften auf dem Gebiet der Bildungspolitik, geringeren Einflußmöglichkeiten in der Vermögenspolitik; Gleichheit als Leistungsgerechtigkeit, die selbst bei Akzeptieren der „marktwirtschaftlichen Logik“ noch ein erhebliches Maß an größerer Egalität zuläßt; die tendenziell wachsende Bedeutung der Transfereinkommen als Instrument der Umverteilung nach dem Bedürfnisprinzip im Sinne einer

stärkeren Betonung von Subjekt- statt Objektförderung. Daß eine größere ökonomische Gleichheit auch im Sinne einer Systemfunktionalität nicht nur tragbar, sondern sogar wünschenswert und notwendig sein kann, zeigt besonders die Rolle der funktionellen Verteilung des Volkseinkommens im Rahmen der Beschäftigungspolitik bei niedrigeren Wachstumsraten; ebenso wie geringes Wachstum umso größere Desintegrationsprozesse auslöst, je stärker weitere Dimensionen von Ungleichheit (sozial, kulturell, politisch) nicht abgebaut werden.

Die Gleichheitsproblematik wird wohlthuend emotionslos und glaubwürdig behandelt. Offen bleibt allerdings die Frage, wieweit Gleichheit Ziel in sich selbst oder Mittel zur Entfaltung ist; man wird eher letzteres annehmen können. Unter gegebenen Verhältnissen müßte dann die Frage erlaubt sein, wo Gleichheitspolitik Entfaltungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Die Frage zielt andeutungsweise in die Richtung des Gegensatzes von gesellschaftlicher Statik und Dynamik. Der Hinweis, daß das Paradoxon der nicht vermehrbaren „Positionsgüter“ nicht Argument gegen, sondern für mehr Gleichheit ist, ist wichtig. Der Prozeß der Gleichheit kann aber einen Punkt erreichen, wo alle, weil sie gleiche Einflußmöglichkeiten besitzen, nichts mehr beeinflussen, wo niemand mehr, weil nicht nur gleiche Chancen gewährt, sondern auch realisiert wurden, Unterscheidungskriterien aufweist und so seine Chance wahrnehmen kann. Daß wir von diesem Punkt noch weit entfernt sind, rechtfertigt die konzentrierte Argumentation für eine Gleichheitspolitik – es sollte trotzdem nicht unbeachtet bleiben, daß eine asymptotische Annäherung an das formale Ziel von Gleichheit die Inhalte zum Problem werden lassen kann. Die oftmalige Versicherung, daß Freiheit und Gleichheit einander bedingen, kann die Entwicklungslogik nicht ganz auf-

heben. In einem anderen Zusammenhang wird die Problematik einer in die Ferne projizierten (machtmäßigen) Gleichheit aufgegriffen, wenn davor gewarnt wird, die Tendenz zur Demokratisierung nicht unbedingt zu verlängern, in dem Sinne, daß sie zu einer Abdankung der Repräsentativdemokratie oder zur Infragestellung des Repräsentationsprinzips führt; allgemeiner: daß an sich gute Substanzen eine bekömmliche Dosierung verlangen.

Versucht man herauszufinden, wie weit die Eigenschaft „sozialistisch“ durch die Zugehörigkeit zu einer Klasse umrissen wird, erhält man ebenfalls eher undogmatische Antworten (vorausgesetzt, man ist bereit zuzugeben, daß es auch in Österreich so etwas wie Klassen gibt). Daß Widersprüche, Gegensätze und Unterschiede nicht allein dichotomisch gedeutet werden können, Ungleichheit also nicht nur dadurch produziert wird, daß auf der einen Seite die proletarischen Ausgebeuteten (und damit Sozialisten), auf der anderen Seite die kapitalistischen Unterdrückten (und damit Konservativen) stehen, ist ein alter Hut. Es wird erinnert, daß bereits Karl Kautsky anführte, daß die Arbeiterbewegung für sich allein den sozialdemokratischen Gedanken nicht erzeugen kann. Daß der Hut einer aus einer einheitlichen Arbeiterklasse bestehenden Partei nicht erst seit heute alt ist, ändert nichts an der Tatsache, daß es umso schwieriger ist, die grundlegenden Prozesse, die Klassen und Ungleichheit schaffen, zu untersuchen. Daß es trotz eines gigantischen Vereinheitlichungsprozesses, den eine gewalttätige Vernichtung von Geschichte hervorruft, sehr unterschiedliche Lebenschancen und gesellschaftliche Situationen geben kann, wird überzeugend nachgewiesen. Daß ein Klassenbegriff damit nicht obsolet geworden ist, zeigen die Abgrenzungskriterien der Entscheidungsbefugnisse (Unternehmer, Topmanager einerseits, alle übrigen andererseits), der Ebene der materiellen Reproduktion und einer weitge-

faßten „Kultur“ (manuelle Arbeiter, Klein-, Mittelbauern gegenüber Angeestellten, Beamten, kleine Selbständige) und des Verhältnisses zur eigenen Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Beamte, contra kleine Selbständige, Klein-, Mittelbauern) auf. Gleichwohl, ob mit dieser fortschreitenden Differenzierung ein grundsätzlicher Klassenantagonismus noch aufrechterhalten wird oder nicht, wird damit der Anspruch einer einheitlichen Klassenpartei auch für die Zukunft aufgegeben; weder der alte noch weitere neue Interessensgegensätze konstituieren von sich aus Parteien (schon gar keine revolutionären). Damit wird auch konsequenterweise sowohl der eine Weg zum Sozialismus als auch der Weg zum einen Sozialismus aufgegeben. Bleibt die Hoffnung, daß trotz der vielen Wege und der vielen Sozialismen das Ziel nicht verfehlt wird.

Die Aufbrechung des einheitlichen Klassengegensatzes in zahlreiche andere Widersprüche verändert auch die Haltung zum Staat – sowohl hinsichtlich der Tatsache, daß er nicht mehr als das Instrument einer herrschenden Klasse angesehen wird (eine Vorstellung, die gerade in Österreich schon länger aufgegeben wurde), als auch hinsichtlich der Rolle, die ihm im Prozeß einer gesellschaftlichen Veränderung beigemessen wird. Viele Hinweise und Aspekte machen dies deutlich: die Relativierung der Staatsquote; der Hinweis, daß die wachsende Macht des Staates nur Teilaspekt der Vergrößerung gesellschaftlicher und individueller Macht sei; daß nicht der Staat als alleiniger Träger einer Gleichheitspolitik anzusehen sei; daß (auch in weiterer Hinsicht) die Entlastung von der persönlichen Verantwortung der einzelnen Person nicht zu weit zu treiben sei; daß der Staat (und Politik im weitern) überfordert wäre, müßte er sich die Lebensqualität des einzelnen zur Sorge machen. Daß deswegen der Staat und die Öffentlichkeit im Politischen nicht abdanken sollen, belegt die Aussage, daß nur Reiche sich ei-

nen armen Staat leisten können; ohne Sozialstaat ist die Sicherheit der existentiellen Basisversorgung nicht gegeben.

Sozialdemokratische Politik wird in Zukunft nicht leichter werden. Und das nicht nur, weil die materielle Wertschöpfung nicht in gleichem Ausmaß weiterwachsen wird und sich damit die Wertschätzung verringern könnte. Die Vergrößerung der Sozialistischen Partei zu einer mehrheitsfähigen Volkspartei brachte nicht nur eine Verschärfung des Problems mit sich, die Attraktivität für eine größere Anzahl von Wählern aufrechtzuerhalten (mehr Interessen müssen koordiniert und befriedigt werden); breiter gemacht hat sich auch das Spektrum der Parteizugehörigen und -führer – die (relative) Einigkeit der Grundhaltung der „Roten Markierungen“ ist nicht die der „Roten“. Eine weitere Schwierigkeit belegt das einem der Beiträge vorangestellte Zitat aus „Alice im Wunderland“: Man muß sehr schnell laufen, um auch nur auf der gleichen Stelle zu bleiben. Kein Wunder, daß man auch im Wunderland Österreich hin wieder mit Atembeschwerden zu kämpfen hat (auch dann, wenn es nicht um genuin sozialistische Anliegen geht).

Ein grober Vergleich der „Roten Markierungen“ mit dem etwas früher erschienenen Sammelband „Zur geistigen Situation der Zeit“, der die bundesrepublikanische Szene auch unter den Prämissen Standortbestimmung und Entwicklungen betrachtet, läßt letzteren ratloser, verzweifelter, resignativer, auch hoffnungsloser (womit das alte Wortspiel mit „hoffnungslos“ und „ernst“ ausgeschlossen wird) erscheinen. Das hat sicherlich mit den unterschiedlichen Gegebenheiten zu tun; vielleicht auch damit, daß österreichische Sozialisten der jetzigen Generation nie ganz so „links“ und nie ganz so „theoretisch“ waren und sich dabei die Fähigkeit, in einem gewissen Ausmaß auch „Macher“ zu bleiben, erhalten haben (wenn man schon

theoretische Stringenz und politische Handlungsfähigkeit als Null-Summen-Spiel ansieht, was ja ein bißchen gegen den Anspruch geht).

Dem Anspruch, theoretische Reflexion praktischer Probleme zu liefern, werden die „Roten Markierungen“ jedenfalls gerecht. In einer Zeit, in der sehr viel von einer nie genau definierten neuen Werthaltung und individueller Selbstverwirklichung im Grünen geredet wird, ist es wichtig, den überindividuellen und gemeinschaftlichen Charakter von Politik zu betonen und die strukturellen und internationalen Gegebenheiten zu reflektieren. Die meisten Beiträge zeichnen sich auch

durch eine gesunde Skepsis und Eigenkritik aus (die durch eine Reihe objektiver Bedingungen sicherlich gefördert wurde). Die Frage, ob die skizzierten Standorte und Markierungen unbedingt sozialistisch zu nennen sind, bleibt im Raume stehen. Sie bleibt allerdings dann von geringer praktischer Relevanz, solange es mehrere Wege zur Zielerreichung gibt. Und Wege kreuzen sich ja nicht nur, sondern münden hin und wieder ineinander. Die Farbe der Markierungen ist dann eher ein ästhetisches Problem.

Michael Steiner

WACHSTUMSKRISEN IN ÖSTERREICH

Rezension von Bernd Marin und
Michael Wagner, Wachstums Krisen in
Österreich? Band I: Grundlagen, und
Bernd Marin (Hrsg.), Band II:
Szenarios. Verlag Wilhelm
Braumüller, Wien 1979

Die beiden Bände „Wachstums Krisen in Österreich?“ zu rezensieren, stellt kein leichtes Unterfangen dar. Neben grundsätzlichen Überlegungen zum Charakter von Wachstums Krisen und den spezifisch österreichischen Möglichkeiten zur Krisenbewältigung werden konkrete Krisenprobleme für einige Sektoren und Teilbereiche des gesellschaftlichen Systems analysiert. Aus naheliegenden Gründen kann nur auf einige dieser Bereichsanalysen beispielhaft eingegangen werden.

Der erste Band beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bedingungen anhaltender Wirtschaftskrisen. Ausgangspunkt für die Erarbeitung von „Leitlinien einer Stagnationstheorie“ durch die Autoren sind zwei orthodoxe Stagnationstheorien: die These vom Wachstumsstopp infolge begrenzter Ressourcen und das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate. Beide Ansätze erachten das Ende des Wirtschaftswachstums als notwendig, nur für den letzteren Ansatz bedeutet dies jedoch eine gesellschaftliche Krise.

Dieser gesetzmäßigen Notwendigkeit treten die Autoren entgegen, indem sie eine „Stagnationstheorie mittlerer Reichweite“ konstruieren: Stagnationskrisen sind vorübergehende aber immer wiederkehrende Phänomene kapitalistischen Wachstums.

Für das Entstehen und die Ausbrei-

tung solcher Krisen ist der Zusammenhang von ökonomischen Entwicklungen und Krisenbewußtsein von großer Relevanz.

So tragen die Wahrnehmungen der Bevölkerung und die spezifische einseitige Empfindlichkeit in Richtung Inflation entscheidend zu Art und Ausmaß wirtschaftlicher und damit sozialer Krisen bei. Gelingt der Regierung ihre Beruhigungstaktik nicht, so wird sie zum Handeln gezwungen: „Der drohende Loyalitätsentzug läßt das politische System auf eine sich beschleunigende Inflation reagieren, ehe noch der Preisauftrieb das ökonomische Beziehungsgefüge stark stört. Das politische System reagiert auf zunehmende Inflationsraten, bevor potentielle Funktionsstörungen im ökonomischen System unmittelbar einen weitreichenden Zusammenbruch des Preissystems anzeigen.“ (I, S. 45)

Der Druck zum Handeln kommt – paradoxerweise – oft gerade von jenen Gruppen – z. B. seitens der Unternehmer – die selbst zum Opfer der Deflationspolitik werden können. Für das Zurückdrängen und Dämpfen der Arbeitnehmerforderungen („Anspruchsinflation“) müssen halt Opfer gebracht werden.

Ist die Konjunktur einmal abgewürgt, gibt es eine Reihe von Faktoren, die ein Anhalten der Stagnation bewirken. „Darin liegt gerade die Gefahr einer anhaltenden ökonomischen Stagnation: die Anpassungsvorgänge im ökonomischen, sozialen und politischen System stellen ein Gleichgewicht bei Arbeitslosigkeit, Leerkapazitäten und Stagnation her.“ (I, S. 55)

Beschäftigt sich das erste Kapitel mehr mit den Ursachen und dem Entwicklungsverlauf einer Krise, behandelt das zweite Kapitel mehr deren soziale und psychologische Folgen.

Für das Verständnis sozialer Reaktionen ist es notwendig, sich zu verdeutlichen, daß Krisen Angst und Isolation hervorrufen. Das bedeutet, daß, obwohl viele von der Krise betroffen sind, die Chancen auf Solidarität und

gemeinsamen Widerstand gering sind. Geradezu das Gegenteil wird bewirkt: „Krisen wirken ‚konservativ‘, insofern gerade die Auflösung bestehender Strukturen angesichts einer offenen Zukunft mehr Loyalität zu ihnen durch Unsicherheit erzeugt, als sie als gesicherte jemals erwarten konnten“ (I, S. 97)

Eine wesentliche Ursache für diese „konservative“ Wirkung von Wirtschaftskrisen liegt sicherlich in einer sozialen Segmentierung der Gesellschaft abseits der Trennung in soziale Schichten und Klassen. Die Beschäftigten stehen den Arbeitslosen gegenüber, einzelne Regionen sind unterschiedlich betroffen etc. Diese Spaltung schwächt vor allem die Schlagkraft der Gewerkschaften.

Zu Beginn des 2. Bandes versucht Bernd Marin die spezifisch österreichischen Ausgangsbedingungen der Krisenentwicklung und Krisenbewältigung zu analysieren. Unter dem Titel „Sonderfall Österreich?“ werden Vorzüge und Kosten der Gesellschaftsstruktur untersucht. Die Vorzüge scheinen dabei auf der Hand zu liegen: hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politische Stabilität und überdurchschnittliche Wohlfahrtsleistungen. Weniger erfreulich ist die Auflistung der sozialen Kosten unserer Gesellschaftsstruktur. Einerseits sind es die Privatisierung sozialer Belastungen und Mängel und die damit zusammenhängende politische Entfremdung und Apathie, andererseits das Überwiegen „bürokratischer Willensbildung“ und die geringe Neigung zu Innovation, Kreativität etc.

Marin geht davon aus, daß Erfolge dem politischen System zugerechnet werden, Mängel und Mißerfolge jedoch dem einzelnen „angehängt“ werden. Die große Anzahl individueller Mängel könne man an den hohen Raten an Selbstmorden, Verkehrs- und Arbeitsunfällen, Zwangseinweisungen in geschlossene Anstalten etc. ablesen. Österreich kann damit durch-

aus als eine der pathogensten Gesellschaften bezeichnet werden.

Allerdings ist eines der Beispiele, die der Autor für die Privatisierung von Mißerfolgen anführt, wenig überzeugend. Mit zunehmender Betonung der Vollbeschäftigung als politische Aufgabe und Zielsetzung kann nämlich Arbeitslosigkeit – zumindest bei gehäuftem Auftreten – immer weniger als selbstverschuldet angesehen werden.

Was nun das politische System betrifft, so anerkennt Marin die größere Handlungsmöglichkeit im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten. Die Funktionsfähigkeit des Systems ist jedoch von Faktoren abhängig, die gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen verloren gehen: „Wirtschaftswachstum und Ausbau des Wohlfahrtsstaates als integrative Leitvorstellungen erfüllten bislang die Funktion einer Neutralisierung von Verteilungskonflikten und erlaubten so auch eine beträchtliche Einheitlichkeit staatlichen Handelns.“ (II, S. 22)

Das reibungslose Funktionieren verlangt aber auch eine beträchtliche Unabhängigkeit der Machtelite – (der Spitzen der Interessensvertretungen) – gegenüber den von ihnen vertretenen Schichten der Bevölkerung. Die Loyalität der Mitglieder der einzelnen Verbände, insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder, hängt jedoch ebenso von Wachstum (sprich Arbeitsplätze) und Ausbau des Wohlfahrtsstaates ab. So meint auch Anton Pelinka in seinem Beitrag: „Das Einfallstor einer Destabilisierung ist die kausale Verflechtung der Sozialpartnerschaft mit Wachstumsorientierung und Vollbeschäftigung. Verlust der Arbeitsplatzsicherung, Verlust der Reallohnsteigerungen können Destabilisierung verursachen.“

Daß die stark ausgeprägte „Technobürokratie“ nicht negativere Auswirkungen als tatsächlich hat, liegt darin, daß trotz dieser „Entdemokratisierung“ wachsende demokratische Ansprüche an das System gestellt wer-

den. In der Tat ist es erstaunlich, in welch relativ starkem Ausmaß Forderungen nach mehr Gleichheit gestellt werden: relativ stärker gegenüber Forderungen nach Effizienz und Leistung und verglichen mit anderen kapitalistischen Ländern.

Der Staat in Österreich wurde so zur Drehscheibe sozialer Ansprüche – mehr als im Ausland. Eine Wirtschaftskrise würde dies sicherlich verstärken: „Er wird in Krisenzeiten zum beständigsten, verlässlichsten umfassendsten und umstrittensten Adressaten massiver Enttäuschungen, Unsicherheit, Angst, Wut, Machtansprüche und Auseinandersetzungen.“ (II, S. 31) Dies kann zwar Illusionen wecken, auf die Bereitschaft zur Krisenbekämpfung hat dies jedoch durchaus positive Wirkungen. Dies gilt, wie Marin es im Gegensatz zu anderen Äußerungen in seinem Beitrag anerkennt, vor allem für die Vollbeschäftigung. „Sie erhöht nicht nur die objektiven materiellen Lebenschancen der arbeitsfähigen Bevölkerung, sondern steigert zugleich das Anspruchsniveau bzw. den politischen Druck auf Regierung und Entscheidungsträger in diesem Bereich. Diese können daher auch zu ungleich größeren Anstrengungen gezwungen werden, wenigstens im Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten eine etwaige Krise nicht einfach auf Kosten einer Bevölkerungsgruppe zu „bereinigen“. (II, S. 35)

Marins Beitrag, obwohl sehr knapp gefaßt und manchmal widersprüchlich, scheint mir mit der zentrale Teil des ganzen Werkes. Ihm folgen Analysen der Auswirkungen von Wachstumskrise auf einzelnen Sektoren, auf die hier jedoch nur kurz und an Hand von Beispielen verwiesen wird.

Michael Wagner beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Wachstumskrise unter dem Blickwinkel der Exportstagnation. Traditionelle Stabilisierungspolitik versagt dann, wenn das Wirtschaftswachstum zu niedrig ist für die Erhaltung der Vollbeschäftigung, jedoch zu hoch ist, um einen

Ausgleich der Zahlungsbilanz zu ermöglichen – eine gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus realistische Wachstumsvariante. Auf die Möglichkeiten der Beschäftigungspolitik geht Ewald Walterskirchen in seinem Beitrag ein. Er analysiert die spezifischen Probleme der „Hauptleidtragenden einer internationalen Wachstumskrise“ und beschreibt die verschiedenen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Auf Grund der beschränkten Möglichkeiten der einzelnen Maßnahmen empfiehlt Walterskirchen unter allen Umständen die österreichische Wachstumsrate über jener des Auslands zu halten. Wäre das nicht möglich, müßte jedenfalls mit einem beträchtlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Wieweit die Lage der öffentlichen Finanzen überhaupt eine Strategie der Gegensteuerung ermöglicht, wird im Kapitel „Finanzsektor in der Stagnation“ untersucht. Ingo Schmoranz analysiert in seinem Beitrag die verschiedenen Maßnahmen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite. Daß sich in Zeiten einer Wirtschaftskrise der Effizienzgedanke stärker durchsetzt, kann dabei durchaus als positiv angesehen werden, schon weniger die Überlegungen staatliche Aufgaben abzubauen bzw. in den privaten Sektor zu verlagern, oder die Tendenz, die Tarifgestaltung mehr am Prinzip der Kostendeckung zu orientieren. Der letzte Satz des Beitrages über den Finanzsektor der ausdrückt: „daß von diesem Sektor grundsätzliche stagnative Tendenzen ausgehen, die zu einer Verschärfung des Problems führen werden“ macht jedenfalls die Hoffnungen zunichte, daß über das Budget in Zeiten einer internationalen Wirtschaftskrise die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden kann.

Von besonderer Auswirkung sind die Finanzierungsprobleme im Sozialbereich, insbesondere bei der Pensionsversicherung (Robert Holz-

mann). Die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erschließen, sind u. a. eine Erhöhung des Beitragssatzes, die Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage unter Beibehaltung der Höchstbemessungsgrundlage, eine progressive Tarifgestaltung. Auf der Ausgabenseite „bietet sich“ neben Maßnahmen zur Verringerung des Zugangs von Pensionsbezieherern geringere Pensionssteigerungen an. Dies bewirkt jedoch eine Vermehrung der Ausgleichszulagenbezieher und damit wieder zusätzliche Belastungen des Bundes, der die Kosten für die Ausgleichszulagen derzeit voll trägt.

Im Kapitel Gesundheitswesen analysieren die Autoren Peter Fleissner und Wilfried Schönböck drei Entwicklungsmöglichkeiten. Szenario I – die konservative Variante beinhaltet eine weitgehende Privatisierung inklusive Selbstbeteiligung, Szenario II – eine reformistische Variante beinhaltet kostensparende Reformen im Arzneimittelbereich und den Ausbau der innerbetrieblichen medizinischen Betreuung und der Gesundenuntersuchungen. Die basisdemokratische Variante – Szenario III – zeichnet sich sowohl durch stärkere gesundheitspolitische Aktivitäten der Basis (Gewerkschaft etc.) als auch durch mehr Kompetenzen des Bundes aus. Der Einfluß der „medizinischen Industrie“ und der Ärzte wird zurückgedrängt.

Schon diese Beispiele aus dem ökonomischen Bereich – abgesehen von den Beiträgen zu Fragen der Sicherheit und Kriminalität, auf die hier nicht eingegangen wird – zeigen die Verschiedenartigkeit der Ansätze, die die einzelnen Autoren wählen. Dementsprechend sind die zentralen Aussagen nicht miteinander verknüpfbar. Und dies ist auch der große Mangel dieses Werkes. Eine zusammenfassende, kohärente Schlußfolgerung fehlt völlig.

Aber wahrscheinlich wäre dies auch zuviel verlangt. Demjenigen, der an möglichen Folgen von Wirtschaftskrisen interessiert ist und der bereit ist, selbst Überlegungen anzustellen und Schlußfolgerungen zu ziehen, können diese beiden Bände jedoch nur empfohlen werden.

Mir drängt sich der Schluß auf, daß die Stabilität des wirtschaftlichen und politischen Systems in Österreich kurzfristig sicher von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung abhängt, vielleicht mehr als im Ausland. Gleichzeitig jedoch sind die Voraussetzungen für eine – vor allem vorbeugende – Krisenbekämpfung eher gegeben als in anderen kapitalistischen Staaten. Diese Möglichkeiten zu erweitern ist eine wichtige politische Aufgabe. Wirtschaftliche und soziale Veränderungen sind demgemäß nicht nur im Hinblick auf aktuelle Verbesserungen der Lebenssituation der arbeitenden Menschen notwendig. Die Wahrscheinlichkeit, Wirtschaftskrisen zu vermeiden bzw. demokratisch und mit hoher Verteilungsgerechtigkeit zu meistern, müßten erhöht werden. Das Beharren auf Vollbeschäftigungspolitik derzeit ist eine notwendige Voraussetzung, das Prinzip „Arbeit für alle“, unabhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchzusetzen. Andererseits bedürfen die anderen Aspekte der Gleichheitspolitik mehr Beachtung als bisher. Nur das steigende Bedürfnis nach Solidarität in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums kann für Krisenzeiten jenes Minimalausmaß an Hilfe und Verständnis für den sozial Schwächeren erwarten lassen, das für eine auch wirtschaftliche erfolgreiche Krisenbekämpfung notwendig ist.

Hannes Swoboda

+ (II S. 258)

ENTINDUSTRIALISIERUNG

Besprechung von Frank Blackaby
(Hrsg.), *De-Industrialization*, mit
Beiträgen von Lord Kaldor, Lord
Balogh, Michael Posner, Alec
Cairncross, A. Singh u. a.
National Institute of Economic and
Social Research, London 1979

Bei der Frage, in welche Richtung sich die Industriegesellschaft entwickelt, wird immer wieder auf das 3-Sektoren-Modell von Fourastié hingewiesen. Demnach ist derzeit der Anteil der Erwerbstätigen im landwirtschaftlichen Sektor am Pro-Kopf-Einkommen weiterhin sinkend. Die Industriequote nimmt ab, während der dritte Sektor, der Dienstleistungssektor, stetig wächst.

Die relative Abnahme der gewerblichen Sachgüterproduktion zugunsten von Dienstleistungen läßt nach der Industriegesellschaft eine „service-economy“ erwarten. Kennzeichen eines entwickelten – reichen – Landes wird es sein, mehr für Dienstleistungen auszugeben. Hinter dem konjunkturell bedingten rückgängigen Anteil der Industrie an Produktion und Beschäftigung vermutet man strukturelle Ursachen.

Das Buch „De-Industrialization“ ist eine Sammlung von Referaten, die auf einem Kongreß des National Institute of Economic and Social Research zu diesem Thema gehalten wurden. In den Beiträgen wird die Wirtschaftsstruktur Großbritanniens, des Geburtslandes des industriellen Kapitalismus, analysiert. Die Autoren versuchen zu den Anzeichen einer Entindustrialisierung Stellung zu nehmen. Obwohl die britische Wirtschaft im Mittelpunkt der Überlegungen steht und

eine einfache Übertragung auf andere Industrieländer nicht möglich ist, bleibt die grundsätzliche Problematik ähnlich. Industriepolitik kann jedenfalls kein binnenwirtschaftliches Problem mehr darstellen, sondern muß mehr denn je von der weltwirtschaftlichen Situation aus gesehen werden.

Um festzustellen, ob die derzeitige ökonomische Entwicklung eine Tendenz zur Entindustrialisierung aufweist oder nicht, muß man die Kriterien eines derartigen Prozesses ausfindig machen. Ist etwa die Verlangsamung der Expansion im industriell-gewerblichen Bereich oder das Investitionsverhalten der Unternehmer Indikator oder ist gar der fortschreitende Rückgang der Beschäftigten in der Industrie sowie der Anteil der Industrie an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung kennzeichnend für eine Entindustrialisierung?

Die wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern weist große Unterschiede auf. Das Hauptproblem aller ist aber das gleiche, nämlich die Notwendigkeit, gegen die bestehende Arbeitslosigkeit anzukämpfen und neue Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Rolle des sekundären Sektors, der als Motor des Wirtschaftswachstums gilt, heißt es hier zu untersuchen. Dabei sind für die zukünftige industrielle und postindustrielle Entwicklung die internationale Arbeitsteilung, die Nachfrage nach industriellen Produkten, die Technologie von entscheidender Bedeutung.

Zwei Haupttendenzen zeichnen sich in der britischen Diskussion ab. Die Autoren des Buches „To few producers“ Bacon und Eltis sehen die Ursache der Entindustrialisierung – als strukturelle Änderungen weg von der Industrie – in einer Aushöhlung der Ressourcen durch den Staat. Im industriellen Sektor kommt es daher zu einem Mangel an Arbeitskräften durch einen „ratchet-effect“, der besagt, daß öffentliche Stellen Arbeitskräfte in Boomphasen nicht mehr freigeben, und einem Mangel an Finanzie-

rungsmöglichkeiten für Investitionen. Dies und die hohe Besteuerung führten zur Industriekontraktion.

Die Thesen von Bacon und Eltis werden im vorliegenden Sammelband ziemlich übereinstimmend abgelehnt. Zunehmende Staatsausgaben sind nicht Ursache, sondern Reaktion auf eine wirtschaftliche Situation, die Arbeitslosigkeit erzeugt. Empirisch läßt sich nachweisen, daß Arbeitskräfte, die von der Industrie freigesetzt wurden, hauptsächlich Männer waren, während Arbeitskräfte, die vom Dienstleistungssektor bzw. der öffentlichen Hand aufgenommen wurden, primär Frauen waren. Weiters sind für Investitionsentscheidungen und damit für die Finanzierung von Investitionen, weniger der Zinssatz, sondern Nachfrageerwartungen und Profitabilität entscheidend. Und schließlich kann man für Großbritanniens Kapitalgesellschaften ein kontinuierliches Fallen der effektiven Steuerrate feststellen.

Die Ursachen der Entindustrialisierung sind damit eher eine Frage der Industriestruktur selbst. Es ist also nicht die inadäquate Kapazität, die das Wachstum limitiert, sondern vielmehr die inadäquate Nachfrage, wie es Vertreter der Cambridge-Schule formulieren. Die großen Kapitalexporte beweisen, daß die Kapitalakkumulation der Industrie nicht durch den Mangel an Ersparnissen begrenzt ist.

Für die Cambridge-Schule ist ein günstiges Abschneiden der britischen Industrie im Produktivitätsvergleich mit anderen Ländern wichtiger als der momentane Beschäftigungsstand bzw. das Produktionsvolumen der Industrie. Die für Großbritannien wichtigen Importe können nur über einen ausreichenden Exportüberschuß finanziert werden. Die Cambridge-Schule versteht daher unter Entindustrialisierung den Mangel an einem effizienten Industriesektor und den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

durch unzureichende Exportüberschüsse in der Industrie.

Produktivitätssteigerungen sind, um international konkurrenzfähig zu bleiben und damit die heimischen Arbeitsplätze zu sichern, notwendig. Nicholas Kaldor spricht von dynamischen economies of scale. Gesellschaften die schneller wachsen, haben einen schnelleren technischen Fortschritt, mehr Produkt-Innovationen und Verbesserungen bei den non-price-Faktoren. Eine höhere Wachstumsrate des industriellen Outputs und der Produktivität führen zu einer größeren Exportleistung. Die Wachstumsrate des Output ist wiederum durch die Wachstumsrate der Exporte determiniert. Der positive Einfluß des Produktionswachstums auf die Produktivität wird im Verdoorn-Gesetz festgelegt. Dieses Gesetz besagt, daß das Wachstum der Arbeitsproduktivität abhängig von der Wachstumsrate der Produktion ist.

Bezüglich der Relevanz des Industriesektors für Wirtschaftswachstum und der weiteren ökonomischen Entwicklung sind sich alle Autoren einig. Gegenüber dem Dienstleistungssektor ist der Beitrag der Industrie zum Wirtschaftswachstum aufgrund einer höheren Produktivitätswachstumsrate, einer wesentlich höheren Exportleistung bedeutend. Andererseits ist jedoch der industrielle Sektor zyklischen Schwankungen stärker als der Dienstleistungssektor unterworfen. Weiters ist die Einkommenselastizität der Nachfrage bei Dienstleistungen größer als bei Gütern.

Zweifellos muß sich aufgrund einer internationalen Arbeitsteilung die Industriestruktur Großbritanniens ändern. Bei der Frage des Wie scheiden sich die Geister.

In der traditionellen Außenhandels-theorie ist es die Variation des Wechselkurses, der auf die Exportentwicklung Einfluß nimmt. Alle Autoren sind sich aber darüber einig, daß die Effekte einer Variation des Wechselkurses, als Mittel einer Änderung der

realen Faktorwerte der Exporte, gering sind. Bei niedriger Produktivität kann eine Abwertung zu einem kostennmäßigen Vorteil für heimische Exporteure werden. Gleichzeitig werden Importe teurer. Zu diesem erwünschten Mengeneffekt kommt daher der Preiseffekt, die Inflation. Abwertung ist außerdem noch keine Garantie dafür, daß wirklich mehr exportiert wird. Auch die Cambridge-Schule spricht sich gegen eine Abwertung aus. Ihrer Meinung nach resultiert die Schwäche der Angebotsseite aus der Schwäche der Nachfrageseite. Und diese Schwächen berauben die Industrien um dynamische economies of scale.

Zusätzlich stellt sich die Frage, ob der Preismechanismus im internationalen Handel entsprechend wirksam ist. Die Wettbewerbskriterien für die Exportleistung sind die Faktorkosten, die Arbeitsproduktivität, die relativen Preise und vor allem die non-price-Faktoren. Ein Autor meint, daß es zwischen Exportleistung und innovativer Führerschaft eine Korrelation gibt. Faktorkosten werden erst dann wichtig, wenn sich das neue Produkt international etabliert.

Die Wichtigkeit von Innovation, Forschung und Entwicklung, von Investitionen in das Humankapital, zeigt sich in Großbritannien, wo trotz niedriger Arbeitskosten die Produktivität gering ist. Für Amerika zeigt das Leontief-Paradox – entgegen der Theorie der komparativen Kostenvorteile – daß die US-Exporte arbeitsintensiver sind als die US-Importe. Die US-Exporte sind arbeitsintensiv, gleichzeitig aber auch skill-intensiv.

Das niedrige Investitionsniveau in Großbritannien führt zu langsamen technischen Veränderungen und langsamen Nachfrageanpassungen. Um Rationalisierungen zu vermeiden und damit den Widerstand der Beschäftigten gegen technische Änderungen zu mindern, ist ein Produktionswachstum notwendig, das einen Zuwachs in

der Produktionsqualität mit gleichem Input ermöglicht.

Neben der Verbesserung der Exportleistung sind die Wachstumsraten der Inlandsnachfrage von Bedeutung. Die Konkurrenz der neu industrialisierten Länder, der sogenannten Schwellenländer, und die damit einhergehende Importpenetration der westlichen Industrieländer ist ein weiteres Indiz für strukturelle Änderungen im Industriesektor.

Einige Autoren sehen die Lösung der anstehenden Probleme in einer Konzentration auf die Angebotsseite, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Konkurrenz und äußerst zurückhaltender Staatsintervention. Importkontrollen bergen nach dieser Ansicht die Gefahr einer permanenten Flucht vor der Konkurrenz in sich.

Einiges verspricht man sich von der Konzentration auf die Produktion von Gütern mit hoher Einkommenselastizität. Wirtschaftspolitisch ist es notwendig, die Produktion solcher Güter zu fördern, nach denen die Nachfrage besonders steigt. Diese Notwendigkeit stellt sich vor allem in Großbritannien dar, wo die Welteinkommenselastizität nach britischen Exporten kleiner als die Einkommenselastizität Großbritanniens nach Importen ist.

Die Cambridge-Schule sieht einen Ausweg in den Nordseeölfunden. Die anfallenden „windfall profits“ sollen die Zahlungsbilanz verbessern und die Staatseinnahmen aus diesem Öl sollen über einen Fonds massiv in einzelne Projekte eingesetzt werden. Als flankierende Maßnahme sind für eine Zeit selektive Importkontrollen zur industriellen Regeneration notwendig.

Die Autoren dieses Buches, die sich hauptsächlich darin unterscheiden, ob die industrielle Regeneration mittels staatlicher Schutzmaßnahmen oder mittels Konkurrenz erfolgt, agieren im Rahmen der ökonomischen Bedingungen. Es geht primär darum, wer das bessere Rezept hat, den Kapitalismus wieder in Schwung zu bringen.

Die Vorstellungen der Cambridge-Schule suggerieren, daß nur ein entsprechender Anstoß fehlt, um Produktivitätswachstum zu induzieren. Danach lösen sich die anstehenden Probleme von selbst. In welche Richtung wirtschaftliches Wachstum gehen soll und für wen ist nicht mehr Untersuchungsgegenstand.

Ebenso wird auch nicht untersucht, welches die Wachstumsindustrien sind, die es zu fördern gilt. Die sozialen Kosten des Wirtschaftswachstums, die Auswirkungen neuer Technologien auf Beschäftigung und Ar-

beitsbedingungen, bleiben unberücksichtigt.

Der prognostische Wert des Buches beschränkt sich somit auf bis jetzt bekannte ökonomische und politische Determinanten des kapitalistischen Systems und seiner Handlungsmöglichkeiten und begibt sich dadurch der Möglichkeit, bereits bestehende alternative Ansätze im Bereich der Produktion und der Bedürfnisstruktur in die Untersuchung einzubeziehen. Trotz dieser Beschränkung hat dieser Sammelband einen hohen Informationswert.

Ulrike Moser

SOZIALFORSCHUNG UND SOZIALE DEMOKRATIE

Rezension von Lothar F. Neumann
(Hrsg.), Sozialforschung und soziale
Demokratie. Festschrift für Otto
Blume zum 60. Geburtstag. Verlag
Neue Gesellschaft, Bonn 1979.
396 Seiten.

In besonderem Maße ist Otto Blume Vertreter einer sozialpolitisch orientierten Sozialforschung, die demokratische Strukturen fundieren soll. Entsprechend den Hauptarbeitsgebieten des Jubilars sind auch die Beiträge zur vorliegenden Festschrift breit gefächert. Sie bieten in ihrer Gesamtheit geradezu ein Kompendium der wissenschaftlichen Fundierung einer Gesellschaftspolitik, wie sie von Köln aus durch das Wirken Gerhard Weisers sowie seiner Schüler und Freunde wesentlich auch das Handeln vieler Politiker und Sozialreformer mitgeprägt hat.

Am Anfang stehen Beiträge zu sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Grundproblemen. Auf einen frühen Vorläufer der kritischen Gesellschaftstheorie macht R. Simon-Schaefer aufmerksam. In bemerkenswerter Konsistenz stellt R. Prim die Aktionsforschung als Leitbild praxisverpflichteter Sozialwissenschaft dar. Besonders aktuell ist ein Aufsatz von H. Flohr über die Bedeutung biologischer und kultureller Evolutionslinien für die Politikwissenschaft. Die Beziehungen zwischen Arbeit, Freizeit und Konsum als Problem der Sozialpolitik untersucht G. Kleinhenz.

Von zentraler Bedeutung für das Verständnis der Grundintentionen der in diesem Band dargestellten Forschungsrichtung ist das Kapitel über

Selbsthilfe und Selbstverwaltung. Es wird eingeleitet von den Ausführungen G. Weisers zur volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung gemeinsamer wirtschaftlicher Selbsthilfe und gemeinsamer Selbstverantwortung. E. Liebermann umreißt näher den Standort der Selbsthilfe zwischen reaktionären und illusionären Bestrebungen. Von vorausschauender Aktualität ist der Beitrag H. P. Banks zur Mitwirkung und Mitbestimmung Betroffener an der Sozialpolitik, der vielfältige Anregungen für eine wünschbare Praxis enthält.

Zum nächsten Kapitel, das Problemen der Verbraucher und der Verbraucherpolitik gewidmet ist, leitet ein Beitrag W. W. Engelhardts über. Es behandelt die Verbraucherpolitik zugunsten sozial schwacher Konsumenten und die gemeinsame Selbstorganisation dieser Konsumenten. Fragen der Verbraucherorganisation, der Verbraucherbildung, des Verbraucherschutzes und entsprechender Institutionen werden anschließend von B. Biertvert, F.-W. Dörge, R. Bittermann, W. A. Glöckner und J. M. Jasschick behandelt.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Beiträge zum Thema „Sozialpolitische Problemgruppen“. W. Breuer kennzeichnet den Stellenwert der insbesondere von Blume vertretenen empirischen Lebenslagenforschung in bezug auf die „neue soziale Frage“, die neuen Formen gesellschaftlicher Armut. Spezieller behandelt J. Anthes die Vorurteile gegenüber ledigen Müttern, während sich A.-L. Köhne mit Diskriminierungsproblemen am Beispiel der Einstellung zu geistig behinderten Kindern beschäftigt. A. Legenaro liefert eine sehr kritische Auseinandersetzung mit psychiatrischen Kliniken als bloße Menschendeponie.

In einem weiteren Abschnitt werden Probleme der Altenforschung von M. Dick, G. Naegele und K. G. Specht behandelt.

Für den österreichischen Leser besonders interessant sind auch die Auf-

sätze zur sozialwissenschaftlichen Beratung der Politik. Hier behandelt K. Nemitz die Frage, ob das „Zeitalter der Ökonomen“ passé sei, während P. Rölke Anmerkungen zu den Bedingungen für die praktische Brauchbarkeit sozialwissenschaftlichen Wissens macht.

Die Beiträge zum Thema „Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen“ weisen ein besonders breites Spektrum auf. K.-H. Sohn beschäftigt sich mit den sozialökonomischen Auswirkungen einer internationalen Strukturpolitik. L. F. Neumann, der Herausgeber der Festschrift, bietet eine Typologie verschiedener Mitbestimmungskonzepte aus gesellschaftspolitischer Sicht. B. Otto behandelt die Möglichkeiten und Grenzen überbetrieblicher Mitbestimmung und setzt sich hierbei mit der aktuellen Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Ähnlich aktuelle Bezüge finden sich in den Beiträgen von P. Lauscher zur Tarifaufonomie und -schlichtung sowie von H. Cox zu Fragen der Lohnpolitik und Beschäftigung im Hinblick auf die Jahresgutachten des Sachverständigenrates. Die aktuelle Frage der überbetrieblichen oder betrieblichen Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen wird von U. Jens analysiert. Th. Thieme, der auch einige Jahre an der Universität Linz lehrte, beschäftigt sich mit den Aufgaben und Grenzen der staatlichen und freigemeinnützigen Betriebe in der Marktwirtschaft.

Im abschließenden Kapitel werden Beiträge zum Thema „Sozialpolitik

und Krise“ veröffentlicht. K. Lompe zeichnet Aspekte einer Reformpolitik in der Bundesrepublik Deutschland auf, G. Becker beschäftigt sich mit den Zusammenhängen zwischen Wirtschaftskrise und Rentenversicherung insbesondere hinsichtlich der auftretenden Finanzierungsprobleme, R. Bispinck behandelt das Thema „Humanisierung der Arbeit, Wirtschaftskrise und gewerkschaftliche Politik“. G. Bosch setzt sich mit dem Phänomen der strukturellen Arbeitslosigkeit auseinander, und K. Hofmann bietet eine sozialpolitische Analyse der Entwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes. Gerade diese Beiträge sind auch angesichts der österreichischen Situation von bemerkenswerter Aktualität.

Der Festschrift ist eine Liste der Veröffentlichungen des Jubilars beigefügt. Insgesamt bietet sie nicht nur eine außerordentlich materialreiche Übersicht über aktuelle theoretische und konkrete Probleme der Gesellschaftspolitik. Sie verdeutlicht darüber hinaus die Fruchtbarkeit eines Ansatzes, der sich durchaus wertbezogen an der Wünschbarkeit einer sozialen Demokratie orientiert und dennoch nicht auf objektive, wissenschaftlich fundierte Tatsachenanalyse verzichtet. Das breite Spektrum und die Qualität der Beiträge zeigen, daß es sich hierbei keineswegs nur um ein Programm, sondern bereits um einen wichtigen Aspekt auch politisch wirksam gewordener sozialwissenschaftlicher Realität handelt.

Friedrich Fürstenberg

Das führende Fachwerk im Bereich Buchhaltung und Bilanzierung:

jetzt in 5. Auflage erschienen!

Buchhaltungs- und Bilanzierungs-Handbuch

Von Mag. Dr. Walter Platzer und Mag. Dr. Franz Wolfgang Kros
Wien 1980, 448 Seiten, S 320,—, Best.-Nr. 13.07

In diesem Buch wird versucht, eine geschlossene Darstellung der Buchhaltung und Bilanzierung zu geben. Dabei stehen neben einer knapp gehaltenen Zusammenfassung der wichtigsten Grundlagen zwei Themenkreise im Mittelpunkt der Ausführungen: Die Verbuchung der laufenden Geschäftsfälle, unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes und seiner buchmäßigen Auswirkungen, sowie eine detaillierte Behandlung der Bilanzierungsprobleme, wo neben den handels- und steuerrechtlichen Grundlagen vor allem auch aktuelle betriebswirtschaftliche Aspekte (wie die Frage der Scheingewinne, der Wahlprobleme zwischen Investitionsbegünstigungen, der Finanzierungsfunktion von Abschreibungen und Rückstellungen usw.) berücksichtigt werden. Zum Zwecke der inhaltlichen Abrundung werden abschließend die Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses kritisch beleuchtet und Möglichkeiten ihrer Verbesserung in Form von Ergänzungsrechnungen (Nebenrechnung zur Eliminierung von Scheingewinnen, Cash Flow, Bewegungsbilanz und Kapitalflußrechnung) aufgezeigt.

Im Anschluß an die umfassende Überarbeitung und Erweiterung des Buches im Rahmen der mit Juli 1978 abgeschlossenen 4. Auflage, wurden nunmehr die in der Zwischenzeit wirksam gewordenen Änderungen der für die Buchhaltung und Bilanzierung relevanten steuerrechtlichen Bestimmungen verarbeitet. Dies gilt insbesondere für die Novellierungen des EStG 1972 und die EStR 1979. Auf Grund dessen wurden in erster Linie folgende Abschnitte modifiziert bzw. teilweise neugestaltet:

- Buchungsmäßige Behandlung von Renten bei Einnahmen-Ausgaben-Rechnern;
- Steuerliche Absetzbarkeit von Kfz-Kosten gem. § 20a EStG 1972;
- Ermittlung und Bilanzierung von Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen;
- Ausmaß und Anwendungsbereich der Investitionsbegünstigungen (einschließlich der Bildung und Verwendung von Investitionsrücklagen bei freiberuflich Tätigen);
- Berechnung der Gewerbesteuerückstellung nach Anhebung des Freibetrags für natürliche Personen.

Neben diesen durch die Änderung der Rechtsgrundlagen motivierten Überarbeitungen, wurde die Neuauflage auch zum Anlaß genommen, folgende Kapitel neu zu gestalten:

- Bilanzierung von Leasingvereinbarungen;
- Lohn- und Gehaltsverbuchung;
- Rückstellung für noch nicht konsumierte Urlaube;
- Ermittlung der steueroptimalen Ausschüttung.

Aus aktuellem Anlaß wurde überdies ein Abschnitt über die buchmäßigen Konsequenzen einer Rückdeckungsversicherung von Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen neu aufgenommen.

Schließlich beinhaltet die vorliegende Neuauflage auf vielfachen Wunsch ein ausführliches Stichwortverzeichnis. Mit diesem soll die Verwendung dieses Buches als Nachschlagewerk erleichtert werden.

Durch die detaillierte, in sich mehr oder weniger abgeschlossene Darstellung von Einzelproblemen, eignet sich dieses Buch besonders als Nachschlagewerk für die in der Praxis Tätigen. Daneben bietet die Behandlung dieses weitgespannten Themenkreises die Möglichkeit, sich relativ fundierte Kenntnisse der Buchhaltung und Bilanzierung zu erwerben, die über die Erlernung der reinen Buchungstechnik hinausgehen. Zur Erleichterung der Erarbeitung des dargebotenen Stoffes sowie zur Veranschaulichung der Ausführungen werden zahlreiche Beispiele eingefügt, wobei zwischen Demonstrationsbeispielen, bei denen die Lösung unmittelbar angegeben ist und weiteren Übungsbeispielen zu unterscheiden ist.

ORAC

Was

GRAZER HEFTE FÜR KULTUR UND POLITIK 26 590

BRAUCHEN
PARTEIEN
EINE
THEORIE?

Pberger
Strasser
Matzner
Schleicher



Hösele
Herper
Lehofer
Wilflinger

DANIEL BELL ÜBER ÖSTERREICH

Dieses Heft ist ein Beitrag zur Diskussion um die theoretische Grundlegung der Parteien im Jubiläumsjahr des Staatsvertrages.

Noch erhältlich:

IST ÖSTERREICH SOZIALISTISCH?
PROBLEME DER ARBEIT
ÖSTERREICH-NEUKAKANIEN?

Bestelladresse: A-8010 Graz,
Elisabethstraße 28.

Das Jahresabonnement (Vier Hefte) kostet 50
Schilling, das Einzelheft 15 Schilling.

Was-Herausgeber: Dr. Gerfried Sperl und
Dr. Michael Steiner.

